

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

24. Woche für die Zeit vom 8. bis 14. Juni 1906.

Posen, den 19. Juni 1906.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 3. Juni 1906 im Biskupski'schen Saale zu Kriewen, Kreis Kosten, abgehaltenen Protestversammlung gegen die Aufhebung des polnischen Religions- und Sprachunterrichts in der Mittelstufe der katholischen Elementarschule zu Kriewen.

Die von einem aus den Kaufleuten Spät sen. und jun. sowie dem Bankbeamten Czertwinski bestehenden Komitee einberufene Versammlung wurde von dem Kaufmann Spät sen. um 4 Uhr nachmittags eröffnet. Es hatten sich zu dieser Versammlung etwa 200 Personen aus Kriewen und Umgegend eingefunden, darunter Propst Sejnowicz-Rotdorf, Propst Nawrocki-Kriewen, Rittergutsbesitzer v. Chlapowski-Ropaszewo u. prakt. Arzt Dr. Suszczynski-Kriewen.

Der zum Vorsitzenden der Versammlung gewählte Rittergutsbesitzer von Chlapowski-Ropaszewo berief Smuczinski, Spät und Staniszewski zu Beisitzern und Groczynski zum Schriftführer.

Der als erster Redner auftretende Michalak aus Kriewen las von einem Manuskript folgende Rede ab:

Allen sei bekannt, daß aus der Schule alles verbannt werde, was polnisch sei. Vor 15 Jahren wäre der polnische Sprachunterricht beseitigt worden. Nach vielen Anstrengungen von Seiten der Polen sei er wieder zugelassen worden, doch nur auf kurze Zeit. Die preußische Regierung vergesse, daß ihr die göttlichen und menschlichen Rechte gegenüberständen; wer könne dagegen ankämpfen? Ob Franzose, Engländer oder Deutsche, jeder habe sein Nationalempfinden; warum sollten es die Polen einbüßen? (Bravo!) Warum sollten die Polen vergessen, daß sie aus einer 20 000 000 großen Nation hervorgegangen seien, von denen 4 000 000 hier lebten. Und jetzt wolle die preußische Regierung aus den Herzen der polnischen Kinder die polnische Sprache und die Religion in polnischer Sprache reißen, in der die Polen schon über 1000 Jahre beteten. (Bravo!) Jetzt werde ihnen der Religionsunterricht in der ihnen unverständlichen deutschen Sprache aufgedrängt.

Die Folge davon sei, daß die Kinder den Religionsunterricht nicht begriffen und religionslos erzogen würden. Mögen die polnischen Väter sich ein Beispiel nehmen an ihren Vätern und Großvätern während des Kulturkampfes, wo sie den größten Feinden gegenüber Stand gehalten hätten. Schulter an Schulter hätten sie sich gestellt, um den Sturm zu erwarten. Ein Feind nach dem anderen wäre zurückgedrängt worden, bis sie gesiegt hätten. Der Feind sei mit Scham und Schande von seinem Schritte zurückgewichen, und die Väter und Großväter hätten den Kulturkampf

ausgehalten. Die preußische Regierung habe nicht aufgehört, die Rechte der Polen mit Ausnahmegeetzen zu untergraben, und schon wieder trete ein neues Ausnahmegesetz in Erscheinung. Jetzt dürfe in den Elementarschulen polnischer Religions- und Sprachunterricht nicht erteilt werden, mit Ausnahme der Unterstufe. Die Polen gäben sich damit aber nicht zufrieden, sie protestierten dagegen und verlangten den Unterricht in der Muttersprache. (Bravo!) Er — Redner — erinnere die preußischen Beamten daran, was der preußische König in Posen zu ihnen gesagt habe, daß sie die Religion der Polen und ihre Traditionen nicht antasten sollten. Würde das erfüllt? Mögen die Polen angesichts dessen eine feste unzerbrechbare Mauer bilden, dann dürften sie hoffen, so wie ihre Väter und Großväter zu siegen und die Germanisation zurückzudrängen.

Er — Redner — appelliere durch die Zuhörer an ihre Frauen, daß sie nicht vergessen ihre Pflicht als Mütter zu erfüllen. Jede polnische Mutter müsse ihr Kind von klein auf polnisch sprechen und beten lehren. Wenn die polnische Mutter diese ihre Aufgabe erfülle, dann werde sie Ruhm ernten, sie werde auch den Ruhm ernten, daß sie nicht einen Sohn erzogen habe, der zum Königsmörder geworden wäre. Noch kein Pole sei zum Mörder eines Monarchen geworden. (Bravo!)

(— Hierauf sagte zu mir der neben mir sitzende Rittergutsbesitzer von Chlapowski-Ropaszewo: „Das müssen Sie notieren!“ — Der Berichterstatter.)

Die religionslosen Leute sagten, daß alles durch die Natur gekommen sei und mit der Natur ende; das sei aber der weltliche Gedanke, der zur Sozialdemokratie und zum Anarchismus führe. Er — Redner — appelliere an die polnischen Väter und Mütter, daß sie das heilige Kreuz ergreifen gegen den Feind; der Mönch Kordecki habe bei der Verteidigung Czestochau's bewiesen, daß niemand das heilige Kreuz besiegen könne.

Im Namen der Väter und Mütter aus Kriewen, Ropaszewo und Swinice protestiere er — Redner — gegen die Aufhebung des polnischen Religions- und Sprachunterrichts. So lange sie leben würden, würden sie nicht gestatten, daß ihre Kinder deutsch beteten und in den städtischen und ländlichen Wohnungen würde die deutsche Sprache niemals ertönen. (Bravo!)

Die zweite Rede hielt Propst Nawrocki-Kriewen.

Er führte folgendes aus:

Gelobt sei Jesus Christus!

Geehrte Väter und Versammlungsteilnehmer!

Mit Beginn des laufenden Schuljahrs wurde in der Mittelstufe der hiesigen katholischen Schule der Religionsunterricht in deutscher Sprache eingeführt, und seit der Zeit auch der auf Grund des Ministerial-

erlasses vom Jahre 1894 bestehende polnische Sprachunterricht aufgehoben. Diese Anordnung hat mich bis ins Innerste getroffen, denn die Väter und wir alle haben uns überzeugt von dem verderblichen Einfluß des deutschen Religionsunterrichts in der Oberstufe auf die Religiosität und moralische Erziehung unserer Kinder.

In Besorgnis um die Zukunft unserer Kinder, die derart erzogen werden sollen, haben wir feierlich dagegen protestiert, wir haben Bittgesuche und Beschwerden an die königliche Regierung gerichtet, den deutschen Religionsunterricht wieder aufzuheben.

Auf unser Gesuch vom 3. Mai d. Js. haben wir innerhalb 5 Tagen folgende Antwort erhalten: „Die Einführung des deutschen Religionsunterrichts in der Mittelstufe der katholischen Schule zu Kriewen ist erfolgt auf Grund der Prüfung der dortigen Verhältnisse, weshalb es bei der getroffenen Anordnung verbleiben muß.“

Das ist eine kurze und bündige Antwort. Merkwürdig ist jedoch, daß sie in so kurzer Zeit erteilt worden ist. Die Antwort ist für uns nicht nur schmerzhaft als ablehnender Bescheid, sondern auch deswegen, weil die Regierung es nicht für angebracht gehalten hat, die Verhältnisse nochmals zu prüfen. Diese Art der Behandlung ist für uns beleidigend und erniedrigend.

In welcher Weise hat denn die geehrte Regierung die Verhältnisse geprüft? Wir wissen, in welcher Weise das geschieht. Den Regierungsrevisoren werden die besten Schüler vorgestellt — wie die Pferde zur Parade — welche gute Antworten geben, und die sollen Zeugnis ablegen von der Fähigkeit der ganzen Klasse, oder die Prüfung der Verhältnisse beruht nur darauf, daß die Schulleiter oder die Lehrer der Schule angefragt werden, ob sie sich für die Einführung des deutschen Religionsunterrichts aussprechen. Es ist nicht schwer zu begreifen, in welcher Lage sich der Lehrer bei einer solchen Anfrage von oben befindet. Wir sehen, daß die geehrte königliche Regierung unsere Angelegenheit nur einseitig behandelt und deshalb auch die kurze und bündige Antwort, die aussieht, als wenn sie nach einem bestimmten Schema zugeschnitten wäre. Die Schulbehörde kennt nur ihr Recht, nicht aber das Recht anderer, und vor allem will sie von der Anerkennung unserer Sprache und von dem Rechte der Verteidigung unserer Sprache nichts wissen.

Sogar Minister Bosse hat im Landtage ausdrücklich gesagt: „Ich halte an dem Grundsatz fest, daß die Muttersprache in der Schule geachtet werden muß“. Er hat gesagt, daß es eine Vergewaltigung des Gewissens wäre, wenn der Religionsunterricht nicht in der Muttersprache erteilt würde. Er hat ferner gesagt: „Sobald erwiesen ist, daß die Eltern Polen sind und zu Hause polnisch gesprochen wird, muß dem Kinde polnischer Religionsunterricht erteilt werden, denn mit der Religion muß delikatsam umgegangen werden“. Die Worte unseres Allerdurchlauchtigsten Kaisers, die er im Provinzialständehause zu Posen gesprochen hat, die noch heute in unseren Ohren tönen und die uns Trost und Vertrauen zum Throne einflößen sollten, forderten die Beamten auf, die Religion und Tradition der Polen nicht anzutasten. Ich frage Sie, was kann teurer sein, als die Liebe zur Muttersprache (Bravo!), was ist mehr mit der Religion verbunden als die Muttersprache? Angesichts der feierlichen Zusicherung des kaiserlichen Monarchen verlangt die Regierung die Aufhebung des polnischen Religionsunterrichts in der Volksschule. Ich glaube der Name „Volksschule“ paßt hier nicht; wie kann von einer Volksschule die Rede sein, wenn in ihr die Sprache des Volkes nicht gelehrt

wird. Sie müßte „Regierungsschule“ heißen oder „Anstalt, in der die deutsche Sprache gelehrt wird“.

Solche Anordnung ist nur geeignet, das Vertrauen zu unserem Allerdurchlauchtigsten Herrn zu mißreditieren, an den wir uns in allen Bedürfnissen wenden sollen. Solche Anordnung kann nur Trauer, Erbitterung und sogar Haß in den Herzen erwecken.

Bis jetzt ist unser Volk noch weit von der Sozialdemokratie entfernt, aber durch die Verdrängung der polnischen Sprache wird es der Sozialdemokratie sehr nahe gebracht.

Was bleibt unseren Kindern noch nach dieser Anordnung von der Muttersprache? Welches Gefühl muß sich in ihr Herz festsetzen, wenn sie die Schule verlassen ohne Schreiben und Lesen, ohne die Religion in der Muttersprache gelernt zu haben. Welches Gefühl muß einen solchen Menschen beschleichen, wenn er nachher ein polnisches Andachtsbuch nicht lesen und an die Familie in der Muttersprache nicht schreiben kann?

Unser göttlicher Meister hat zu den Aposteln gesagt: „Geht hin und lehret alle Völker“. Wenn der göttliche Meister heute zu mir sagen würde: „Geht hin und lehre die Kinder“, dann müßte ich ihm antworten: „Göttlicher Meister, wie soll ich die Kleinen lehren, wenn ich es nicht in der Muttersprache tun darf“. Religionsunterricht in fremder Sprache muß religiöse Gleichgültigkeit und Verwilderung der Sitten hervorrufen. Aus eigener Erfahrung kann ich konstatieren, daß der Propst mit den Kindern, die zum Vorbereitungsunterricht für die heiligen Sakramente kommen, nicht weiß, was er anfangen soll. Sie haben ganz verwirrte Begriffe über die Religion; wie soll ein solches Kind in der kurzen Zeit von 2 Jahren ausgebildet werden. Das Kind wird schließlich zu sehr angestrengt, es wird unlustig und endlich gleichgültig gegenüber der Religion.

Der Staat und die Kirche als auch die Familie sind an der Schule gleich beteiligt. Was ist nun nach der letzten Anordnung der Regierung für die Familie verblieben? Welches Gebet soll sich das Kind zu eigen machen, das Gebet des Lehrers oder das Gebet der Mutter? (Der Mutter!)

Welche Garantie gibt übrigens die Schule der Mutter hinsichtlich der Erziehung ihrer Kinder? Statistisches Material kann ich nicht anführen, aber ich frage Sie, wo gibt es katholische Schulleiter oder katholische Lehrer? Weiter der Schulen sind meistens Protestanten. Kann ein solcher Schulleiter den Religionsunterricht überwachen, wenn ihm die Religion fremd ist?

Wie sieht demgegenüber die Versicherung unseres Allerdurchlauchtigsten Kaisers aus, daß die Religion der Polen nicht angetastet werden solle.

Jede Nation betrachtet ihre Sprache als den teuersten Schatz. Der deutsche Dichter Arndt sagt in einem seiner Gedichte: „O Muttersprache, Mutterlaut, wie bist du so wonnesam, so traut“.

Und wir sollten uns unserer schönen Sprache entäußern, von der bei der Einweihung des Slowackischen Denkmals in Miloslaw gesagt worden ist, sie sei so unvergleichlich schön, daß man sie nur mit der Sprache der früheren Hellenen vergleichen könne. Das Bestreben, die Traditionen, die Muttersprache zu bewahren, ist eine angeborene Kraft. (Bravo!)

Der eiserne Kanzler hat, als er seinerzeit in Frankfurt a. M. einem französischen Gottesdienste beiwohnen sollte, gesagt: „mit meinem Gotte spreche ich nur deutsch!“. Derselbe eiserne Reichskanzler hat den verwundeten polnischen Soldaten in Versailles polnische Gebetbücher geben lassen. Das war nur lobenswert. Und wir sollten unser heiliges Recht, den Religion=

unterricht in der Muttersprache zu verlangen, nicht verteidigen?

Wir haben gesehen, daß das Recht auf unserer Seite steht, das uns der Kaiser selbst angedeihen lassen will, indem er anerkannt hat, daß unsere heilige Religion nicht angetastet werden darf. Auch hier steht das Recht auf unserer Seite, indem die höchste Instanz uns zuerkannt hat, was wir fordern. Deshalb müssen wir bitten, den Religionsunterricht in deutscher Sprache wieder aufzuheben. Wir müssen gemeinsam mit ganzer Kraft danach streben, unseren Kindern das zu geben, was ihnen die Schule nicht gibt. Hierzu bietet uns der ehrwürdigste Herr Erzbischof selbst die Hand. Er hat viele Bruderschaften zugelassen, in denen alle Väter und Mütter arbeiten mußten. Der § 3 der Bruderschaftsatzungen schreibt als Zweck die „Erhaltung und Vervollkommenheit in der Religion“ vor. Der Herr Erzbischof legt uns selbst ans Herz, unseren heiligen Schatz, die Religion, in polnischer Sprache zu verteidigen.

Ich habe die Hoffnung, daß, wenn wir uns an den Thron des Höchsten wenden und gemeinsam arbeiten werden, uns der liebe Gott nicht verlassen wird. (Bravo!)

Hierauf verlas der Vorsitzende nachstehende Resolution, die an den Herrn Minister gesandt werden soll, und zwar wie der Vorsitzende sich ausdrückte: **„in deutscher Sprache, damit es Herr Studt versteht“:**

„Mit Beginn des laufenden Schuljahres ist in der Mittelstufe der katholischen Elementarschule zu Kriewen der polnische Religions- und Sprachunterricht aufgehoben worden.

Gegen diese, die Elternrechte beschränkenden Anordnungen haben die Väter protestiert und sich mit der Bitte an die Regierung gewendet, den deutschen Religionsunterricht aufzuheben. Die königliche Regierung hat ihnen hierauf, ohne nochmalige Prüfung der Verhältnisse, in 6 Tagen einen ablehnenden Bescheid erteilt.

Wir Unterzeichneten und die Väter in Kriewen fühlen uns in unseren Elternrechten geschmälert und durch die oberflächliche Behandlung der Angelegenheit durch die Regierung beleidigt.

Wir richten an Ew. Exzellenz die ergebenste Bitte, die Regierung zu Posen veranlassen zu wollen, den polnischen Religions- und Sprachunterricht in der Mittelstufe der katholischen Schule zu Kriewen wieder einzuführen.“

Nach Annahme der Resolution, die zur Unterzeichnung ausgelegt wurde, ergriff der **Vorsitzende** noch zu folgenden Ausführungen das Wort:

Meine Herren!

Mir kommt der frühere Kulturkampf in Erinnerung. Es waren damals schwere Zeiten. Der von Bismarck entfachte Kampf gegen die Unabhängigkeit der kath. Kirche wurde von der ganzen Maschine des preußischen Staates unterstützt. Die Regierung strengte alle Kräfte an, um unsere Kirche zu schwächen, ihre Verbindung mit Rom zu lockern und sie der staatlichen Macht zu unterstellen. Aber trotz der ganzen Macht mußte der mächtige Minister den Rückzug antreten.

Diese, unserem Glauben drohende Gefahr, ging an uns vorüber. Aber dann ging man über zum Angriff gegen unsere Nationalität, um, wie gesagt wird, das Deutschtum zu stärken; wir fassen das aber so auf, um die 3 oder 4 Millionen Polen nach und nach zu Deutschen umzuwandeln; als wenn wir Polen nicht existieren und wir nicht ehrbare und loyale preußische Untertanen sein könnten?

Der mächtigste Angriff erfolgte gegen die Schule, um die Kinder durch die Schule zu germanisieren.

Deshalb wird der polnische Religions- und Sprachunterricht immer mehr verdrängt.

Früher waren die preußischen Schulen gut, denn sie standen unter Aufsicht der Kirche, und sie haben einige Duzend von Generationen ordentlicher Menschen erzogen.

Als Grund für die Schaffung des neuen Ansiedlungsgesetzes hat der Minister Posadowsky angegeben, daß die Polen in wirtschaftlicher Beziehung derartige Fortschritte machten, daß die Deutschen mit ihnen nicht konkurrieren könnten und ganz Preußen der Polonisierung ausgesetzt sei.

Minister von Hammerstein hat im Herrenhause gesagt, daß die schlimmste Gefahr die Polonisierung der Deutschen sei. Es ist merkwürdig, daß die 3 oder 4 Millionen Polen den vielen Millionen Preußen gegenüber eine Gefahr bilden sollen.

Doch, das ist nur ein vorgegebener Grund. Sie möchten in Deutschland nur eine Nation haben, wie es in Frankreich und Belgien u. a. ist, und deshalb wollen Sie uns zu Deutschen umarbeiten. Wir aber verteidigen uns mit allen loyalen Mitteln; an Revolutionen denken wir nicht, denn das wäre wahnwitzig, und ist auch nach göttlichem und menschlichem Rechte nicht erlaubt. Unsere katholische Religion schreibt uns Gehorsam und Erfüllung der Staatsbürgerpflichten vor.

Die Angelegenheit des Religionsunterrichts beschäftigt uns heute, und gerade diese Wunde schmerzt uns am meisten. Wir haben Alles versucht. Unsere Abgeordneten haben in Berlin, so oft die Rede davon war, die Rechte unseres Volkes verteidigt. Unsere geistliche Behörde hat, so oft ein neues unsere Religion beeinträchtigendes Gesetz erschien, dagegen protestiert, nicht nur bei der Regierung, sondern auch der Herr Erzbischof hat sich oftmals an die Minister gewendet und sogar mehrmals direkt an Seine Kaiserliche Majestät geschrieben; mehr konnte er nicht tun. Unsere geistliche Behörden besitzen keine andere Macht, als daß sie protestieren und bitten. Von verschiedenen Personen wird gesagt, die geistlichen Behörden könnten ja den Lehrern überhaupt verbieten Religionsunterricht zu erteilen; dann wird auch angeführt, daß der frühere Erzbischof Ledochowski die Erteilung des Religionsunterrichtes in den unteren Klassen der Gymnasien verboten hätte, wenn den Kindern dieser Unterricht in einer den Kindern unverständlichen Sprache erteilt werden sollte, indem er gesagt hatte, daß der Religionsunterricht in fremder Sprache eine Qual für das Kind sei, und deshalb würde es unlustig und gleichgültig gegenüber Religion und Glauben, und anstatt einen Nutzen vom Glauben zu haben, sei der Religionsunterricht in fremder Sprache nur Gift für die Kinder. So stand es in dem Rundschreiben des früheren Erzbischofs Ledochowski, durch das er den Religionsunterricht in den unteren Klassen der Gymnasien verboten hatte.

Was würde heute die Folge eines solchen Verbots sein? Dem Erzbischof Ledochowski leisteten damals 5 Lehrer Gehorsam, und das waren Geistliche. Es fiel dem Erzbischof nicht schwer das Verbot auszusprechen und auch den Geistlichen nicht so schwer zu gehorchen. Doch heute, wo Hunderte von Lehrern von dem Verbot betroffen würden, ist das nicht möglich. Entweder würden alle Lehrer gehorchen und dadurch ihr Brot verlieren und der Armut ausgesetzt sein, oder sie würden nicht gehorchen. Was würde dann die Folge sein? Es würden viele Katholiken eine Todesünde begehen und keine Absolution erhalten.

Einige Lehrer würden vielleicht gehorchen und vielleicht den Mut haben, eine andere Beschäftigung

zu suchen, und zwar gerade diejenigen, die sehr aufrichtige und eifrige Katholiken sind.

Es würden diejenigen (Lehrer) bleiben, die sich sagen, für das Brot muß ich der Regierung dienen, und das werde ich voll und ganz tun. **Und so gibt es schon heute viele Lehrer, die weniger mit ihrem Gewissen rechnen, als mit dem, was von ihnen verlangt wird.**

Die geistliche Behörde kann uns also nicht mehr helfen und sie kann nicht mehr machen, als sie getan hat.

Wir werden uns an das Ministerium wenden, doch mit wenig Hoffnung — nur um unsere Pflicht zu erfüllen.

Wenn unsere Abgeordneten und unsere geistliche Behörde nichts erreicht hat, auch die Petitionen in derselben Angelegenheit im Jahre 1878 nichts genützt haben, dann wird auch die heutige Petition an die Regierung nichts nützen.

Deshalb müssen wir uns an diejenigen wenden, die das Böse abwenden können, d. h. an die Väter und an die Mütter. Denen kann niemand verbieten, den Kindern den Katechismus und die Religion zu lehren. Es ist ja für den Arbeiterstand schwer, den Kindern noch abends polnischen Unterricht zu erteilen, aber durchführbar ist es. Und wenn die Eltern mit ganzer Kraft an die Arbeit gehen, dann wird keine menschliche Macht instande sein, uns zu schädigen. Zu diesem Zwecke mußte auch die Versammlung abgehalten werden, um die Eltern an ihre Pflicht zu erinnern. **Jede Gemeinde mußte sich organisieren, überall mußten Personen sein, die sich der Sache eifrig annehmen, die die Schwächlinge zur Arbeit ermuntern und diejenigen, die keine Zeit haben, oder nicht befähigt sind, vertreten.**

Vor 20 Jahren, als das erste Gesetz kam, da bildeten sich solche Organisationen in allen Gemeinden, auch in den Dörfern wurden Versammlungen abgehalten, und die Sache ging ganz gut.

Daß das möglich ist habe ich selbst erlebt, als ich vor 30 Jahren bei Bekannten in Samogitien (das jetzige russische Gouvernement Kowno. Der Berichterstatter) war, eine an der Ostsee gelegene Provinz, die früher zu Polen gehört hat. Dort spricht die Bevölkerung nicht polnisch und nicht russisch, sondern samogitisch. Samogitische Schulbücher gab es nicht, das erlaubte die russische Regierung nicht; überhaupt war das Drucken von Büchern in samogitischer Sprache mit schwerer Strafe bedroht. Als ich dort zur Kirche ging, glaubte ich, daß kein Mensch ein Buch haben würde, aber wie erstaunte ich, als ich nicht ein Kind sah, daß kein Andachtsbuch hatte, und sie alle konnten lesen. **Das Unterrichten fremder Kinder war mit schweren Strafen bedroht, nicht wie in Preußen mit Geldstrafen, sondern mit der Verbannung nach Sibirien.** Und heute dürfen sie Bücher drucken und die katholische Religion bekennen. Denn der russische Kaiser hat unter dem Drucke der Gottesstrafe, unter dem Drucke des japanischen Krieges der katholischen Kirche, die er verfolgt hatte, die Freiheit wiedergegeben.

Das Resultat der heutigen Versammlung wäre das Unterschreiben der Petition und außerdem die **Erwärmung der Herzen für den polnischen Religions- und Sprachunterricht, wo es der Geistliche selbst nicht schaffen kann.** Denn jedes Jahr mehrere Hundert Kinder vorzubereiten und **vollständig zu unterrichten,** das ist nicht möglich. (Bravo.)

Nachdem dann noch **Probst Nawrocki - Kriewen** den Versammlungsteilnehmern für die bewahrte Ruhe und Würde, und dem Vorsitzenden für die Leitung der Versammlung und dafür, daß er schon so viele Jahre sich um die kirchlichen Angelegenheiten kümmere, gedankt hatte, erklärte der **Vorsitzende** um 5 Uhr nachmittags die Versammlung für geschlossen.

Wietusch,
Königlicher Polizeisekretär.

Mitglieder des „Strazvereins“.

Veränderungen.

(17. Liste.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

1. Szafranc, Jan, Propst, Wiskoc, Kr. Kosten,
2. Dr. Thiel, Stefan, Propst, Koryta bei Karmin, Kr. Pleschen,
3. Schwab, Wladyslaw, Propst, Bomst,
4. Meißner, Mieczyslaw, Vikar, Bomst,
5. Hechmann, Franciszek, Propst, Ostrowo bei Gembik, Kr. Mogilno,
6. Krol, Aleksander, Propst, Schildberg,
7. Hubert, Aleksander, Propst, Mikorzyn, Kr. Schildberg,
8. Kaldonski, A., Beamter, Dobornik,
9. Mnichowski, Marzymilian, Kaufmann, Mogilno,
10. Mnichowski, Boleslaus, " "
11. Stawicki, J., Landwirt, Kosiary, Kr. Strassburg Westpr.,
12. Szychalski, Miesz, Propst, Kosko, Kr. Filehne,
13. Skorupski, Antoni, Schmied, Demsin (Dembsen?), Kr. Posen West.

(18.)

In der Mitgliederliste sind gestrichen:

1. Brzostowski, Jan, Kaufmann, Berent Westpr.
2. Tabert, Andrzej, Restaurateur, Dembsen, Kr. Posen West,
3. Schneider, Stefan, Landwirt, Demben (Dembsen?), Kr. Posen West.

Es sind verzogen:

1. Otoniowski, Jzydor, Schneidermeister, von Rogasen nach Posen, Fabrikstraße 2,
 2. Demel, Julian, Zementarbeiter, von Düsseldorf nach Posen, Torstraße 11.
-

„Preßäußerungen in Sachen des Strazvereins“.

Aus Nr. 129 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 8. Juni 1906:

Aufklärung!

Wir erhalten was folgt:

Die geehrte Redaktion ersuche ich höflichst, die folgende Aufklärung und Berichtigung gütigst aufzunehmen.

In den letzten Tagen des Monats Mai brachten fast alle polnischen Blätter nach dem Dziennik Berlinski folgende Mitteilung:

„Einem gewissen polnischen Geistlichen wurde von der Geistlichen Behörde in Posen verboten, im Strazverein Amt zu verwalten und diesem Verein fernerhin als Mitglied anzugehören.

Gegen diese Vergewaltigung seiner bürgerlichen Rechte protestierte der Geistliche und begab sich zum Bischof Likowski, dem er erklärte, daß er sich im Falle des Aufrechterhaltens des Verbots mit einer Beschwerde nach Rom wenden würde.

Bischof Likowski antwortete ihm entrüstet: „Das wirst Du nicht tun!“

„Und doch werde ich es tun!“ war die Antwort des Propstes.

Der Geistliche soll sich mit einer Beschwerde nach Rom gewandt haben, doch man glaubt in den Kreisen der polnischen Geistlichen ganz bestimmt daran, daß jener polnische Geistliche mit seinem Protest durchfallen werde.“

Da die hohe geistliche Behörde und auch viele Privatpersonen meine Person mit jenem Geistlichen identifizieren, so erkläre ich mit Gegenwärtigem öffentlich:

Es ist wahr, daß ich von der Hohen Geistlichen Behörde ein Verbot erhalten habe, Amt im Strazverein zu verwalten, doch begab ich mich nicht aus freiem Antriebe, sondern auf eine telegraphische Aufforderung zum hochwürdigsten Bischof Dr. Likowski.

Es ist wahr, daß ich gegen die Einschränkung der bürgerlichen Rechte der Geistlichkeit protestiert habe, doch war die Art meines Protestes nicht beleidigend.

Auf meine Beweisführung zur Verteidigung des Strazvereins, daß derselbe nicht nur die Kirche nicht schädige, sondern im Gegenteil die Sache unserer Kirche unterstütze, antwortete der hochwürdigste Bischof, daß er sich auf keine Beweisführungen einlassen könne, daß er mir einzig und allein den Befehl des „Celissimi Domini“ wiederhole, damit ich das Amt eines „Straz-Starosten“ niederlege.

Gleichzeitig lenkte der hochwürdigste Bischof die Aufmerksamkeit auf die Verantwortlichkeit gegenüber unserem Volke, falls ich den Gehorsam der Hohen Geistlichen Behörde öffentlich verweigern würde.

Darauf habe ich geantwortet, daß ich der Hohen Geistlichen Behörde gegenüber niemals ungehorsam gewesen sei und es niemals sein würde, daß ich gezwungen sei, das Amt eines „Straz-Starosten“ zeitweilig niederzulegen, daß mir aber in diesem Falle nur der legale Weg zur Verteidigung meiner bürgerlichen Rechte übrig bleibe.

„Mache was Du willst!“ — war die Antwort des hochwürdigsten Bischofs.

Es ist daher eine Lüge, daß der hochwürdigste Bischof gesagt haben soll: „Das wirst Du nicht tun!“

Es ist eine Lüge, daß meine Antwort darauf gelautet haben soll: „Und dennoch werde ich es tun!“

Eine solche Antwort würde für die würdige Person des Herrn Bischofs beleidigend und eines polnischen Geistlichen unwürdig sein.

Der hochwürdigste Bischof verbot mir nicht, meine bürgerlichen Rechte auf legalem Wege zu verteidigen, selbst in Rom nicht.

Deshalb bitte ich auch den hochwürdigsten Bischof Dr. Likowski, für die ihm infolge meiner Sache widerfahrenen Unannehmlichkeiten mit Gegenwärtigem öffentlich untertänigst um Verzeihung.

Die polnischen Blätter, welche nach dem Dziennik Berlinski jene falsche Mitteilung gebracht haben, bitte ich ergebenst, im Namen der Wahrheit meine obige Aufklärung und Berichtigung aufnehmen zu wollen.

Zum Schluß füge ich noch hinzu, daß nach Besprechung meiner Angelegenheit, sowohl mit Privatpersonen wie auch mit geistlichen Brüdern, ich zu der Überzeugung gelangt bin, daß eine so wichtige Sache von einer einzelnen Person nicht erfolgreich verteidigt werden kann, daß darunter eventuell die allgemeine Sache Schaden erleiden könnte, und ich habe es deshalb aufgegeben, meine bürgerlichen Rechte auf legalem Wege nachzusuchen.

Hochachtungsvoll
Geistlicher A. Smorawski.

Wrontschin, den 6. Juni 1906.

NB. Wir erklären uns mit dem vom Geistlichen A. Smorawski eingenommenen Standpunkte vollkommen einverstanden, wir werden in Zukunft noch vorsichtiger in Wiederholungen von Nachrichten aus anderen Blättern sein.

Aus Nr. 130 des Dziennik Poznański
vom 9. Juni 1906:

Der Straz-Verein in Schlesien.

Vom Organisations-Ausschuß des Straz-Vereins erhalten wir nachstehende Mitteilung.

Indem wir ein Verzeichnis der Straz-Starosten in Oberschlesien zur öffentlichen Kenntnis bringen, bitten wir die Landsleute aus den Kreisen Cosel, Falkenberg, Kreuzburg, Leobschütz, Reisse, Gr. Wartenberg, sowie aus der Stadt Breslau, sich entweder selbst freiwillig zur Übernahme eines Starosten-Amtes zu melden, oder uns für dieses Amt geeignete Personen namhaft zu machen.

Verzeichnis der Starosten des Vereins „Straz“ für Oberschlesien vom 6. Juni 1906.

1. Kreis Beuthen I: Starost Josef A. Kopczyński, Deutsch-Piekar bei Scharley.
2. Kreis Beuthen II: Starost Klem. Wunkowski, Beuthen.
3. Kreis Beuthen III: Starost Paul Dombek, Beuthen, Bäckerstraße 29.
4. Beuthen Stadt: Starost Boleslaus Kuczyński, Beuthen, Mannheimer Str. 1.
5. Kreis Cosel: —
6. Kreis Cosel: —
7. Kreis Falkenberg: —
8. Kreis Gr. Strehlitz: Starost Czechiel Arzemył, Mokrolohna bei Gr. Strehlitz.

9. Kreis Gr. Strehlitz: —
10. Gleiwitz: Starost Jakob Jasiczek, Gleiwitz, Toststraße 35.
11. Kreis Rattowitz I Stadt: Starost Dr. Adamczewski, Rattowitz, Grundmannstr. 16.
12. Kreis Rattowitz II: Starost Dr. Peter Heylla, Rattowitz (Volksbank).
13. Kreis Rattowitz III: Starost Dr. J. N. Stenslicki, Siemianowitz.
14. Rattowitz IV: Starost Wenzel Szyperski, Rattowitz (Volksbank).
15. Königshütte I: Starost Zygmunt Szufalski, Königshütte, Synagogenstr. 5 I.
16. Königshütte II: Starost W. Samarzewski, Königshütte, Wasserstr. 2.
17. Kreis Kreuzburg I: —
18. Kreis Kreuzburg II: —
19. Kreis Leobischütz: —
20. Kreis Leobischütz: —
21. Kreis Lublinitz: Starost Max Rzeznicek, Lublinitz.
22. Kreis Reisse: —
23. Kreis Reisse: —
24. Kreis Neustadt: —
25. Kreis Oppeln I: Starost Stan. Szychalski, Oppeln, Oderstr. 25 I.
26. Kreis Oppeln II: Starost Jakob Rania, Schalkowitz bei Alt-Schalkowitz.
27. Kreis Oppeln mit Vorstadt: Starost Thaddäus Koraszewski, Oppeln, Breslauerstr. 10.
28. Kreis Pleß I: Starost Josef Lazar, Brzeskie bei Mizerau (?)
29. Kreis Pleß II: Starost Professor Johann Badura, Pleß.
30. Kreis Ratibor I: Starost Johann Passinger, Wojnowice.
31. Kreis Ratibor II: Starost Paul Gakla, Ratibor, Jungfrauenstr. 9.
32. Kreis Ratibor III: Starost Ludwig Raczek, Ratibor, Gartenstr. 23.
33. Kreis Rosenberg I: Starost Paul Klähr, Neukamionki (?) bei Bogdanowitz.
34. Kreis Rosenberg II: —
35. Kreis Rybnik II: Starost Theodor Staniczek, Pesow.
36. Kreis Rybnik I: Starost Alois Prus, Drzepowitz bei Rybnik.
37. Kreis Tarnowitz I: Starost Josef Ogiermann, Radzionkau.
38. Kreis Tarnowitz II: —
39. Kreis Tost-Gleiwitz I: Starost Adolf Lampner, Gleiwitz, Gardelstr. 11.
40. Kreis Tost-Gleiwitz II: —
41. Kreis Zabrze I: Starost Emanuel Jedalla, Chudow bei Bujakow.
42. Kreis Zabrze II: Starost Karl Schworc, Zaborze, Feldstraße 7.
43. Kreis Zabrze III: Starost R. Piecha, Zaborze, (Volksbank).
44. Kreis Gr. Wartenberg: —
45. Kreis Breslau: —

Im Monat Juli wird eine Zusammenkunft der Starosten des Vereins „Straz“ aus Oberschlesien an einem später zu bestimmenden Tage und Orte stattfinden. In dieser Versammlung wird jeder Starost aus Oberschlesien einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit mündlich oder schriftlich erstatten. Wir bitten, diese Tätigkeit nach folgenden drei Richtungen auszu dehnen:

- a) Im Kreise Kommissare zu ernennen, Druckchriften und Formulare zur Aufnahme von Mitgliedern und zur Annahme von Beiträgen unter sie zu

verteilen; wir bitten ferner, die Verzeichnisse der Kommissare mit genauer Angabe des Namens, des Standes und der Wohnung pünktlichst schon jetzt an das Bureau des Vereins „Straz“ zu übersenden;

- b) uns Verzeichnisse von Mitgliedern aus denjenigen Gemeinden zu übersenden, in denen die Mehrheit der polnischen Bevölkerung bereits organisiert ist und dem Verein „Straz“ beitreten will;
- c) an den Kassierer des Vereins „Straz“, Herrn St. Pfitzner (Posen, Alter Markt 6), den bisher gesammelten Barbestand zu übersenden.

Alle Druckfachen informatorischen und agitatorischen Inhalts, Diplome, Quittungsbücher usw. versenden wir auf Wunsch postwendend.

Möchte die Zusammenkunft im Juli eine erfolgreiche Arbeit und reichliche Frucht zeitigen.

Czuj Duch (Wache Geist).

Der Organisations-Ausschuß.

Aus Nr. 70 der Gazeta Grudziödzka (Graudenz) vom 12. Juni 1906:

Die Aufgaben der „Straz“.

über die Aufgaben der „Straz“ schreibt die Gaz. Grudz. u. a.:

Wir sind jedoch der Meinung, daß die **ökonomische Sektion** das Wachen über den Grund und Boden in ihren Tätigkeitsbereich ziehen mußte. Eine Bewachung des Grund und Bodens ist erforderlich! Die „Straz“ hat den Gedanken der Herausgabe des „schwarzen Buches“ materiell unterstützt, und das kann ihr nur zum Lobe gereichen, obwohl sie die Ausführung des Gedankens Brauseköpfen überlassen hat, die, ohne sich um die menschliche Ehre zu kümmern, vielen Leuten schreckliches Unrecht zugefügt und einen Sturm gegen das „schwarze Buch“ heraufbeschworen haben. Der Gedanke selbst, das wiederholen wir noch einmal, war gut. Nach unserer Meinung genügt aber die Brandmarkung der Verkäufer allein nicht. Und auch das energichste Vorgehen der Zeitungen wird die Verbreitung der schrecklichen Seuche des Verschacherertums nicht hindern können. Es muß über den „Handel“ des Grund und Bodens gewacht und es muß, soweit es möglich ist, das Verschachern des polnischen Grund und Bodens verhindert werden — und das mußte die „Straz“ tun! Die Starosten und Vertrauensmänner mußten sofort der „Straz“ davon Nachricht geben, wenn ein Stück polnischen Grund und Bodens bedroht ist, oder wenn man ein solches aus deutscher Gefangenschaft auskaufen kann, und die „Straz“ mußte auf die dazu berufenen Institute dahin einwirken, daß sie nach Kräften dazu beitragen, den bedrohten Grund und Boden zu retten.

Die preußischen Polenfreßer haben uns schon seit langem einer solchen Einrichtung verdächtig. Unsere Feinde überschätzen uns immer, sie halten uns für besser als wir es sind.

Schließlich wäre es unser Wunsch, daß die „Straz“, wenn auch nicht gleich, so doch mit der Zeit eine **Pressektion** bzw. ein **Pressebureau** schaffen würde. Heute weiß wohl jeder einigermaßen aufgeklärte Mensch, welche Macht die Zeitungen darstellen. Das erfahren wir am eigenen Leibe. Denn die preußischen Polenfreßer unterhalten ein eigenes Pressebureau, das uns Polen in allen deutschen Zeitungen anschwärzt. Aus diesem Grunde ändert sich auch, wenn auch allmählich, die gute Meinung über uns auch bei den Deutschen, die uns immer wohlgesinnt waren, d. i. bei den Sachsen,

Bayern, Württembergern, mit einem Worte bei allen Nicht-Preußen. Ja, die preußischen Polenfreßer verstehen es sogar, uns im Auslande anzuschwärzen, in Frankreich, England usw.

Deshalb gebrauchen wir auch ein Preßbureau, das vorläufig vielleicht nur ein deutsches Blatt herausgeben würde zur **Informierung der deutschen Zeitungen**, zur Berichtigung der von den preußischen Polenfreßern unaufhörlich ausgesäten Lügen, zur Aufklärung der Nicht-Preußen über unsere Lage, von denen die übergroße Mehrheit nicht weiß, was der Preuße mit uns treibt.

Sodann müßten mindestens die **hauptsächlichsten und meistgelesenen englischen, französischen und italienischen Blätter** ständig über unsere Lage im preußischen Anteile unterrichtet und die Welt daran erinnert werden, daß die polnische Frage eine internationale Frage ist. Dort vor dem breiten Forum der Welt muß die ganze Schändlichkeit der Preußen dargestellt werden. Und daß dies sogar auf die Preußen einen gewissen Eindruck macht, haben die Artikel bewiesen, die Herr v. Koscielski seinerzeit in englischen Blättern veröffentlicht hat.

Das sind Angelegenheiten, die nach unserer Meinung die „Straz“ früher oder später in den Bereich ihrer Tätigkeit ziehen muß. Bedingung unserer und unserer Leser Unterstützung ist jedoch vor allem, daß die „Straz“ alle Fehler und Mängel beseitigt, die wir in unseren vorhergehenden Artikeln besprochen haben. Da aber in dieser Beziehung, wie die seinerzeit in Posen gefaßten Beschlüsse und verschiedene Gefühls-ergüsse der Leiter der „Straz“ bewiesen haben, eine Wendung zum Besseren bestimmt eintreten wird, so können auch wir unseren Lesern die eifrige Unterstützung der „Straz“ nur empfehlen. Mögen unsere Leser die Versammlungen der „Straz“ so zahlreich wie möglich besuchen, mögen sie der „Straz“ so zahlreich wie möglich beitreten. Möge es dahin kommen, daß sich in der „Straz“ unsere ganze Volksversammlung zusammenfindet. Und das könnte geschehen, wenn die „Straz“ in entsprechender Weise arbeiten würde.

Nachdem wir unsere Meinung ausgesprochen haben, werden wir die „Straz“ auf das Wohlwollendste unterstützen, aber wir werden ihren Leitern und namentlich den Herren der Organisationssektion auf die Finger sehen. Unserem Beispiele werden gewiß auch unsere Leser folgen.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 130 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 9. Juni 1906:

Hakatifistische Wirtschaft in den Schützengilden!

Nach Posen machen sich die Hakatifisten an die Provinzialstädte heran und verbreiten dort, wo sie es nur können, den Preußengeist. Sie bedienen sich dabei derselben Taktik wie in Posen, indem sie zu Mitgliedern der Schützengilde Beamte anwerben, welche in den Versammlungen regelmäßig „Heil dir im Siegerkranz“ und ähnliche patriotische deutsche Lieder singen müssen. Wenn sie damit die Polen noch nicht aus den Schützengilden vertrieben haben, so wenden sie sich an den Oberpräsidenten, wie dies in Gnesen der Fall war, mit der Bitte, er möchte alle die Polen, welche dem Strazverein angehören, ausschließen.

In Lissa z. B. hat der Bürgermeister in seiner am zweiten Pfingstfeiertage an die Schützenbrüder

gehaltenen Rede, in welcher er an die geschichtliche, natürlich tendenziös geschilderte Vergangenheit Lissa's vor 250 Jahren erinnerte, mit Befriedigung hervorgehoben, daß heute ein ganz anderer Geist in der Schützengilde wehe, daß die Mitglieder sich heute nicht allein nur als Lissaer Bürger, sondern auch als Preußen und Deutsche fühlten! „Hinter uns steht die Nation in Waffen und wir bilden einen Teil des 60 Millionen zählenden Staates.“

Und solche und ähnliche Ansprachen hören sich die Polen demütig an, gleich den Deutschen „Hochs“ ausbringend. Dies sind alles die Folgen der großen Nachlässigkeit der Polen, welche, obwohl sie oftmals in großer Mehrheit, wie z. B. in Posen, waren, die Deutschen hereinließen, die im hakatifistischen Sinne die Satzungen änderten, die Überbleibsel alter besserer Zeiten dem Deutschtum preisgebend.

Welchen traurigen Eindruck macht das nämlich, wenn sich auf dem Marktplatz eine größere Anzahl Polen zusammenfinden und der Schützenmajor — ebenfalls ein Pole — sich nur des deutschen Kommandos bedient! Wir wundern uns darüber, wie es in einer solchen Gilde die ihre Nationalwürde achtenden Polen aushalten können und sie keine Schritte tun, damit das polnische Kommando erschalle. Das gehört doch nicht etwa zu den undurchführbaren Dingen?

Es müßte also in den Gilden, in denen die Polen sich in der Mehrzahl befinden, eine Reform eingeführt und die Satzungen entsprechend geändert werden. Das gebietet uns unsere Rationalehre.

Aus Nr. 130 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 9. Juni 1906:

G ö r c h e n.

Am zweiten Pfingstfeiertage fand hier ein Fest des katholischen Arbeitervereins statt und man vergnügte sich gemächlich. Lediglich dem Einschreiten der überwachenden Polizei ist es zu verdanken, daß die schöne Harmonie nicht bis zuletzt geblieben ist. Schon im Wäldchen mußten einige Ausschmückungen, die den Polizeivorchriften nicht entsprachen — es handelte sich hauptsächlich um die rot-weiße Farbe — beseitigt werden. Auf dem Rückmarsch nach der Stadt wollte man den Herrn Propst, welcher sich um die Entwicklung des Vereins sehr verdient gemacht hatte, durch eine besondere Ansprache ehren, welche die Polizei jedoch nicht beendigen ließ. Es wurde deshalb auf den Propst nur ein „Hoch“ ausgebracht. Will angesichts dieses jemand noch daran zweifeln, daß „deutsche Kultur“ Freiheit bedeute?

Aus Nr. 131 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 10. Juni 1906:

Es wird uns folgendes geschrieben:

Das Los der Polen ist traurig, überall wird uns das Brot genommen. Durch die Ansiedelungs-Kommission wird das Volk aus seinen Heimatsgegenden nach dem Inneren des Deutschen Reiches vertrieben, durch die verschiedensten Mittel wird die Existenz der polnischen Industrie und des polnischen Handels unterbunden, um auf diese Weise auf unserem fruchtbaren Boden den Deutschen Lebensunterhalt zu verschaffen. Trotzdem müssen die Polen zur Durchführung dieser Kulturmittel beitragen! Weshalb befreit man nicht die Polen von den ihnen auferlegten Lasten? Um die Polen loszuwerden, um sie aus den polnischen Landesteilen zu

vertreiben, wird in den Mitteln nicht gewählt. Am gestrigen Freitag begab sich der polnische Arbeiter nach mühsamer Arbeit am königlichen Schloßbau nach Hause, glücklich, daß er mit gestärkten Kräften am nächsten Tage werde weiter arbeiten können — doch heute begegnet ihm plötzlich eine Überraschung, denn 25 polnische Maurer aus Kosten wurden aus der Arbeit entlassen, obwohl sie dort während drei Wochen Beschäftigung gefunden hatten. Aus welcher Veranlassung dies geschah, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Vielleicht deshalb, um „Landsleuten“ Platz zu machen oder weil sie polnisch fühlten und dachten oder in polnischer Sprache Material verlangten? Wir wissen es nicht, aber es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß ihre Nationalität zu einem Hindernis für sie bei ihrer Weiterbeschäftigung an dem Schloßbau für den Kronprinzen geworden ist.

Aus Nr. 133 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 13. Juni 1906:

Das Turnerfest und die Polen.

Samter, den 11. Juni.

Am Sonntag, den 24. d. M. findet in Samter ein großes deutsches Turnerfest statt. Das Ehrenkomitee, mit dem Herrn Landrat und dem Bürgermeister an der Spitze, fordert im Kreisblatte alle Bürger zur Schmückung der Häuser und Straßen auf. Hierbei ist nichts Außergewöhnliches. Mögen die Deutschen doch nach Belieben Fenster und Häuser schmücken.

Was geschieht aber? Wir hören die Ansicht mancher Polen, dahinschallend, daß er doch sein Haus, seinen Laden oder seine Wohnung werde ausputzen müssen, weil sonst der Herr Bürgermeister es übelnehmen und ihn für einen Gefährlichen halten und ihm Schaden könnte!

Solche und ähnliche Ansichten werden hier von den polnischen Bürgern geäußert. Wo bleibt da die Nationalwürde? Wir lesen ja fortwährend, welche Schwierigkeiten unseren Sokols überall gemacht werden, nicht allein, daß kein öffentlicher Umzug gestattet wird, es werden sogar auch Sokolbeste untersagt. Und doch wollen die Polen hier in Samter für die deutschen Turner ihre Wohnungen, Geschäfte und Häuser schmücken! . . . Welch ein Geistesverfall! Worte fehlen zur Brandmarkung von Leuten, welche aus Furcht derartige Ansichten verkünden und welche ihre Häuser für die deutschen Turner schmücken wollen!

Möchten doch die Polen, welche mit solcher Freude die Turner empfangen wollen, daran denken, daß die Augen der Polen auf sie gerichtet sind, daß die polnische Kundschaft ebenfalls wissen wird, was sie von deren preußischem Patriotismus halten soll.

Mögen sie sich dann nicht wundern, wenn sie von ihren Landsleuten nicht unterstützt werden. Wer ein preußischer Kamerad sein will, dessen Geschäft mögen die „Turner“ und „Sänger“ unterstützen, möge er aber keinen Anspruch darauf erheben, daß ihn die polnische Gesellschaft mit ihren Groschen unterstütze! Übrigens können sie dabei schlecht fahren, denn sie werden die Landsleute abschrecken und die Deutschen werden sie auslachen!

Wer es nicht versteht, sich selber zu achten, der kann keinen Anspruch darauf erheben, daß ihn andere achten.

Nach dem Turnerfeste werde ich schreiben, wie sich unsere Leute verhalten haben.

Aus Nr. 132 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 12. Juni 1906:

Eine wichtige Angelegenheit.

Welnau, den 10. Juni.

Herr Thomas Balcerkiewicz hat als Vater seinen die Schule besuchenden Kindern verboten, die hl. Religion in deutscher Sprache zu lernen. Die Nachricht hiervon wurde in den Zeitungen schon früher veröffentlicht.

Um allen diese Sache betreffenden Fragen zu genügen und gleichzeitig die früher mitgeteilten Ungenauigkeiten zu berichtigen und die falschen Gerüchte zu widerlegen, bin ich gezwungen, öffentlich folgendes zu erklären:

1. Herr Balcerkiewicz hat, als man in der Schule aufgehört hatte, die hl. Religion in der Muttersprache zu lehren, seinen Kindern verboten, die hl. Religion in deutscher Sprache zu lernen, — er hat aber seinen Kindern nicht verboten, überhaupt deutsch zu lernen.

2. Herr Balcerkiewicz hat das mit ihm amtlich angenommene Protokoll unterschrieben, in welchem er ausdrücklich zugibt, daß er seinen Kindern verboten habe, die hl. Religion in deutscher Sprache zu lernen, — er unterschrieb aber nicht das ihm vorgelegte andere Protokoll, daß er seinen Kindern verboten haben soll, in der Schule deutsch zu lernen.

3. Herr Balcerkiewicz hat vollkommen selbstständig gehandelt — und hat mich vorher nicht um Rat gefragt, ob er so handeln solle.

4. Herr Balcerkiewicz hat nach vollendeter Tatsache mir nur einzig von seiner Handlung Mitteilung gemacht — und hat niemanden geraten, ebenso zu handeln, er hat auch von mir nicht verlangt, daß ich seine Bemühungen billigen solle.

5. Die Erklärung des Herrn Balcerkiewicz habe ich einfach zur Kenntnis genommen — ich enthielt mich im Augenblick aller Bemerkungen meinerseits — habe ihm aber meine Hilfe in der Bildung der Kinder in den Glaubens-Wahrheiten in geeigneter Weise zugesagt, da in der Folge das Bedürfnis hierzu sich zweifellos herausstellen wird.

6. Die Folgen sind gegenwärtig solche, daß die Kinder des Herrn Balcerkiewicz, während der sogenannten Religionsstunden in der Schule anwesend sind, doch werden Fragen an sie nicht gestellt.

Geistlicher Radonski.

N. B. Der Umstand, daß die Regierung die passive Anwesenheit der Schüler während des Religionsunterrichts gestattet, scheint zu bestätigen, daß das Recht auf Seiten der Eltern ist, wenn sie den Kindern nicht gestatten, die Religion in deutscher Sprache zu lernen.

Im Anschluß hieran knüpft der Drendownik Nr. 133 vom 13. Juni 1906 folgende Bemerkung:

Eine solche Auffassung der Sache ist nicht ganz klar. Deshalb prophezeit auch schon heute das Posener Tageblatt, daß die Kinder des Herrn Balcerkiewicz über das schulpflichtige 14. Lebensjahr hinaus in der Schule zurückgehalten werden würden. Jedenfalls deshalb, weil der Kreisschulinspektor entscheiden wird, daß die Kinder bis zum 14. Jahre sich die durch den Schulplan vorgeschriebenen Kenntnisse nicht angeeignet haben, da sie auf deutsche Fragen in der Religion keine deutschen Antworten werden geben können. Herr Balcerkiewicz wird dann seine Kinder noch vor Gericht verteidigen können.

Das Posener Tageblatt wundert sich, daß Herr Balcerkiewicz die Sache mit den Kindern so geschickt eingerichtet hat, als wäre er mit dem kanonischen und dem Zivil-Rechte vertraut. Herr Balcerkiewicz hat die

Sache wirklich geschieht eingerichtet, denn er gestattet seinen Kindern nicht, die katholische Religion in der Schule zu lernen, er schickt sie aber zum gleichen Religionsunterricht in deutscher Sprache. Das bedeutet: Herr Balcerkiewicz erkennt den Schulzwang in seinem ganzen Umfange an, also auch beim Religionsunterricht; er erkennt nur die Art des Religionsunterrichts nicht an und damit den Inhalt, und deshalb verbietet er den Kindern, Religion zu lernen. Auf diese Weise umgeht Herr Balcerkiewicz den Schulzwang.

Das Posener Tageblatt wittert, daß diesen geschickten Plan Herrn Balcerkiewicz jemand unterschoben habe. Die Sache ist unklar, bis zu welchem Grade Herr Balcerkiewicz so zu handeln berechtigt ist. Nach der preussischen Konstitution kann sich Herr Balcerkiewicz darauf berufen, daß den Religionsunterricht in der Schule — sowohl mit Rücksicht auf dessen Inhalt als auch auf die Form, also auch mit Rücksicht auf die Unterrichtssprache — der Erzbischof leitet und nicht der Kreisschulinspektor, oder der Regierungspräsident, oder der Kultusminister, oder auch die Regierung. Wenn dem Posener Tageblatt der Rechts-Witz des Herrn Balcerkiewicz so imponiert, so möge es die Bromberger Regierung darauf hinweisen, daß sie sich in Sachen der Kinder des Herrn Balcerkiewicz an den Erzbischof wenden solle, als an die Instanz, welche zufolge der preussischen Konstitution das einzige Recht besitzt, darüber zu beschließen, unter welchen Bedingungen das Kind in der Schule die katholische Religion lernen darf.

Nur mit Polizeistrafen zu drohen und einzuschüchtern, das ist keine Kunst, selbst keine politische Klugheit. Das Posener Tageblatt sollte, bei seinem in letzter Zeit geradezu brutalen und ordinären Verhalten gegenüber dem polnischen Element, zusammen mit dem Abgeordneten Geistl. Glowacki politischen Verstand lernen. Es ist ja den Deutschen selbst heute nicht zu lustig zu Mute in der Welt, wozu machen sie sich denn noch Sorgen wegen Welnau, vielleicht deshalb, damit die Engländer ein und das andere Welnau auf eigene Art ausnützen könnten.

Aus Nr. 131 des Orędownik (Posen)
vom 10. Juni 1906:

Wie man dem Goniec mitteilt, hat die Genossenschafts-Druckerei in Dortmund Konkurs angemeldet. Der in Dortmund erscheinende Dziennik Polski wird weiterhin in der Heimat erscheinen.

Als Ursache des Falles der Genossenschaft gilt angeblich der Wiarus, welcher alles getan hat, um ihre Existenz zu untergraben. Gegenwärtig erscheint der Dziennik Polski als Abklatsch des Goniec Wielkopolski unter einem abgeänderten Titel. Der Goniec von Sonnabend, den 9. Juni, ist gleichzeitig der Dziennik Polski für Sonntag.

Aus Nr. 126 des Orędownik (Posen)
vom 3. Juni 1906:

Wir betreten einen guten Weg!

Die Nachrichten, daß die preussische Regierung wieder in vielen Volksschulen in der Provinz den polnischen Religionsunterricht beseitigt, haben unsere Gesamtheit tief erschüttert. Ganz unverhofft, das heißt, ohne vorherige größere Beratungen und Vorbereitungen, haben sich hier und da die Eltern mit den Ortsgeistlichen zu einer öffentlichen Protestkundgebung gegen diesen, unserer Nationalität geltenden Anschlag ver-

einigt; sie haben sich ferner zur gegenseitigen gemeinschaftlichen Verteidigung zusammengetan, um den Kindern außerhalb der Schule eine gründlichere religiöse Erziehung zu sichern.

Seit Ostern haben infolge des deutschen Religionsunterrichts Versammlungen begonnen, zuerst in Czempin, dann in Kosten und Schrimm.

Nach diesen wurden gleichartige Versammlungen für den künftigen Sonntag in Kriewen und Kröben angekündigt. Es ist zu erwarten, daß dem Beispiele dieser Parochien auch andere folgen werden, in deren Schulen man jetzt ebenfalls den polnischen Religionsunterricht beseitigt hat.

Diese Selbstständigkeit, diese Hürigkeit, mit welcher die Eltern in jenen Städten an die Verteidigung ihrer Kinder vor den Folgen des deutschen Religionsunterrichts in der Schule herangegangen sind, ist eine sehr erfreuliche Erscheinung. Sie beweist bereits eine bedeutende Erhebung des nationalen Bewußtseins und der bürgerlichen Energie. In allen diesen Städten nahmen die Bürger Stellung — schnell und im Vertrauen auf die eigenen Kräfte, im Vertrauen in sich und auf sich selbst, ohne sich auch nach anderen umzusehen.

Hieraus ist zu ersehen, daß in diesen Kreisen ein gutes Begreifen der Lage vorhanden ist, daß gegen die Germanisierung in der Kirche früher oder später das Volk sich selber wird verteidigen müssen.

Eine Ausnahme bildet bisher das einzige Hohensalza, wo man in der Versammlung die ganze Sache — ohne jede tiefere Überlegung — der „Straz“ übertragen hat. Deshalb haben wir dies auch gleich eine Erscheinung eines allgemeinen politischen Geschreis genannt. Hohensalza — welches schließlich an der Spitze der Entwicklung der Volksbewegung stand — hat beschlossen, diesen Fehler gutzumachen und eine Versammlung, insbesondere zur Besprechung in Sachen des Religionsunterrichts in den Schulen, einzuberufen.

Eine zweite sehr erfreuliche Erscheinung ist, daß in den bisherigen drei Versammlungen zur gemeinschaftlichen Verteidigung der Kinder vor den Folgen des deutschen Religionsunterrichts — die Geistlichen und das Volk aufgetreten sind.

Eine solche Eintracht auf dem Gebiete der politischen Tätigkeit hatten wir seit mehreren Jahren nicht mehr zu verzeichnen. Die Versöhnungs-Politik des Erzbischofs hat bewirkt, daß in vielen Stellen nicht nur ein Bruch, sondern sogar ein erbitterter Kampf zwischen dem Volke und den Geistlichen eingetreten war. Noch vor drei Jahren, bei den letzten Wahlen, entstand in vielen Wahlversammlungen zwischen den Gönnern der Volkspartei und einigen Geistlichen eine scharfe Reibung. In den letzten drei Versammlungen haben sich die Ortsgeistlichen mit dem Volke die Hände zur gemeinschaftlichen und einträchtigen Verteidigung gereicht.

Wir neigen zu keinen Illusionen, aber wir fassen den gegenwärtigen Moment so auf, daß jetzt alle früheren Mißverständnisse zwischen einem gewissen Teile der Geistlichen und einem gewissen Teile der Gesamtheit begraben sein dürften, daß jetzt die Geistlichen mit dem Volke gemeinschaftlich gehen und handeln müßten, insofern es den Geistlichen ihre priesterliche und seelsorgerische Stellung mit Berücksichtigung des Druckes der preussischen Politik, sowohl auf unsere Kirche und Geistlichkeit, als auch auf unsere Gesamtheit — gestattet.

Es naht ein wichtiger Augenblick. Alle müßten ihn ausnützen. Es gestaltet sich im gegenwärtigen Augenblick alles darauf hin, daß die Geistlichen mit dem Volke und das Volk mit den Geistlichen den Weg betreten, welchen uns das preussische System mit der ganzen Hand zeigt. Mit den ersten drei Versamm-

lungen haben wir bereits diesen Weg betreten. Schreiten wir auf ihm weiter. Wie wir bereits gesagt haben, haben die Geistlichen, wenn sie in gewissen gemeinschaftlichen Angelegenheiten mit dem Volke gehen, nicht nötig, dabei weder ihren priesterlichen Stand, noch die wichtigen Interessen der Kirche zu schwächen. Unsere weltliche Gesamtheit kann dabei auch die völlige nationale Selbständigkeit bewahren, die politisch nötig ist, um sich gegen die Germanisierung in der Kirche erfolgreich wehren zu können.

Die Eintracht der Geistlichen mit dem Volke, des Volkes mit den Geistlichen, wie sie in den ersten drei Versammlungen an den Tag getreten ist, ist keine zufällig erhaschte, sondern eine durch gegenseitige Erfahrung hervorgerufene Erscheinung, daß die Einführung des deutschen Unterrichts in den Schulen die Türen unserer Kirchen zur weiteren Germanisierung durch die Kirche öffnen soll. Das fühlen und verstehen die Geistlichen, namentlich die der jüngeren Generation sehr gut. Das verstehen die breiten Volksschichten. Die Geistlichen und das Volk begegnen sich — was diesen Fall anbelangt — auf gemeinschaftlichem Gebiete. Das preussische System drängt sie auf dieses gemeinschaftliche Gebiet und fordert sie zur gemeinschaftlichen Verteidigung der gemeinschaftlichen Interessen auf.

Warum der gegenwärtige Augenblick so wichtig ist, dazu sind nicht viele Beweise nötig. Merkwürdig trafen die Verhältnisse zusammen, daß mehrere Monate vor der wiederholten Beseitigung des polnischen Religionsunterrichts aus den Schulen, wo er noch existierte, der Erzbischof zwei Rundschreiben an die Geistlichkeit erlassen hatte, worin er gegenüber den Geistlichen die Rechte der Muttersprache für die polnischen Kinder bei dem kirchlichen Vorbereitungs-Unterricht in der Religion zu den hl. Sakramenten wahrte. Dies ist auch ein merkwürdiges Zusammentreffen der Verhältnisse, daß in dem zweiten Rundschreiben der Erzbischof den ganzen Brief des deutschen Kaisers angeführt und ihn von den Kanzeln unserer Kirchen zu verlesen befohlen hat. Bereits einige Wochen nach diesem haben die Diener Seiner Majestät Dekrete ausgefertigt, welche den polnischen Religionsunterricht in den Schulen vieler erzbischöflichen Pfarochien beseitigten.

Und nun — das letzte Rundschreiben des Erzbischofs. Welch ein Bild! Welche Beleuchtung seiner traurigen und unbeschreiblichen Lage! Er, der Erzbischof, welcher bei Übernahme der Residenz des heil. Adalbert mit dreiften Händen die Leitung nicht nur der Kirche, sondern auch der weltlichen Gesamtheit erfaßte — bekennt sich nach 14 Jahren in einem besonderen Rundschreiben an seine Geistlichkeit — zur gänzlichen Ohnmacht gegenüber der preussischen Regierung, sogar im Religionsunterricht in den Schulen. Er bekennt sich zu einer vollständigen Niederlage, durch welche das preussische System seine versöhnungsparteilichen Gedanken niedergedrückt und zermalmt hat. Vor seiner eigenen Geistlichkeit und vor seinen eigenen Diözesanen demütigt er sich freiwillig selbst und bittet seine ihm unterstellte Geistlichkeit, daß sie ihn vor dem Volke schütze, daß sie dem Volke sage, daß er daran nicht Schuld sei, daß die ihm anvertraute Kirche ebenfalls zur Germanisierung des polnischen Volkes gebraucht werden soll.

Dieses letzte Rundschreiben — das ist eine offene Beichte und eine offene Reue für die Sünden, die er durch seine unglückliche Versöhnungs-Politik begangen hat.

Diese seine offene Reue ist auch ein lauter Aufruf an die Geistlichkeit und die Gläubigen, daß sie selbst und selbständig das durch den deutschen Unterricht in den Schulen bedrohte junge Geschlecht verteidigen sollen.

Nicht nur das preussische System, sondern auch das Rundschreiben des Erzbischofs zeigen der Geistlichkeit und dem Volke den Weg, welchen jetzt die Geistlichen mit dem Volke betreten sollen.

Der Erzbischof fordert im letzten Rundschreiben die Geistlichkeit direkt — „mit heißer Bitte zum verdoppelten Eifer auf“, damit sie — die Wahrheiten der Religion und die religiösen Gefühle in den Herzen der Jugend rette. Und in den früheren Rundschreiben hat er befohlen, daß sie dies — in der Muttersprache der Kinder tun solle.

Deshalb haben wir gesagt, daß sein letztes Rundschreiben der Geistlichkeit und dem Volke eine mächtige Waffe gegen die Germanisierung in der Kirche gibt.

Das zeugt ebenfalls von der Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblicks.

Sein letztes Rundschreiben ist — mit Rücksicht auf das preussische System — sein erzhirtliches Testament, welches er den Geistlichen und dem Volke hinterläßt; dies Testament fordert die Geistlichen und das Volk zur Verteidigung des Glaubens auf, also in der Folge auch unserer sich auf der letzten Postierung befindlichen Rationalität zur Verteidigung, d. h. auf den Schwellen unserer Pfarochial-Kirchen.

Indem wir hierauf die Aufmerksamkeit der Leser lenken, geben wir ihm (dem Erzbischof) das, was ihm mit Recht gebührt.

Wir betreten einen guten Weg — die Geistlichen und das Volk. Auf diesem Wege werden wir allseitiger und schneller die Gefahren seitens der Germanisierung in den Kirchen prüfen können. Keine Zeitungsartikel werden die Lehre ersetzen, welche das Leben selbst, welche der Kampf ums Leben gibt.

Ein Beweis dafür ist die Versammlung in Schrimm. Dort nahmen zur Verteidigung der Schulkinder zusammen mit dem Volke Stellung zwei Geistliche, der Orts-Stiftsgeistliche und ein anderer Stiftsgeistlicher aus dem benachbarten Dolzig. Nur der Orts-Seelsorger ist in der Versammlung nicht erschienen!

Er fehlte da, wo seine Pfarochianen mit seinem Vikar sich berieten und sich zur gemeinschaftlichen Verteidigung vorbereiteten. Er sonderte sich von dem Volke und seinem eigenen Vikar — in dem so wichtigen gegenwärtigen Augenblicke — angesichts „der heißen Bitte“ seines vorgesetzten Erzhirten, welche auch an ihn in dem letzten Rundschreiben gerichtet war, ab.

Während ein im Kulturkampfe sehr erfahrener Priester aus der benachbarten Diözese in unserem Blatte darauf hinweist, daß die Bischöfe anderer Diözesen schweigen, wo sie in Fulda am Grabe des hl. Bonifatius in Sachen der Verteidigung des polnischen Volkes sprechen sollten — so halte er — wo er nur den bescheidenen Posten eines Propstes in Schrimm einnehme — sich erst recht von der Versammlung fern und — schweigt.

Wir wollen nicht die Beweggründe untersuchen, welche den Propst in Schrimm hierzu bewogen haben, wir weisen nur auf die Tatsache hin, wie das Leben selbst praktische Fingerzeige gibt, mit welchen Geistlichen zusammen sich das Volk verteidigen kann, und vor welchen es die nötige Vorsicht bewahren muß.

Diese Lehre werden keine Zeitungsartikel geben. Morgen begehen wir die Feier des hl. Geistes. Möge der hl. Geist unsere Gedanken erleuchten und unsere Herzen stärken, er erwecke in uns, sowohl in der Geistlichkeit, wie auch im Volke die nötige Entschlossen-

heit, damit wir vor den Pforten unserer Kirchen und vom ganzen Volke die durch die Kirche gegen unseren Glauben und unsere Nationalität gerichteten Anschläge der Germanisierung erfolgreich zurückweisen könnten.

Aus Nr. 121 des Lech (Gnesen)

vom 30. Mai 1906:

Die geistliche Behörde und der deutsche Religionsunterricht.

Von einem Geistlichen unserer Diözese erhalten wir folgendes Schreiben:

Soeben las ich das an die Geistlichen gerichtete erzbischöfliche Rundschreiben, welches die geistliche Behörde von dem Vorwurfe befreien soll, als habe sie nicht entsprechende Schritte unternommen, um die Einführung des deutschen Religionsunterrichts in den Elementarschulen zu verhindern. Daß der Dziennik Poznański durch die Veröffentlichung des „geheimen“ Rundschreibens, welches in keinem Falle durch das der Dominikel nicht gefügige Organ, d. h. durch den Lech, zur öffentlichen Kenntnis gelangen sollte, diese Veröffentlichung durch andere Blätter verhindern wollte, ist klar. Wenn der Dziennik unter diesen Umständen behauptet, daß er Indiskretion begehe, so wird dem angesichts der Ankündigung der Veröffentlichung des Rundschreibens durch den Lech niemand Glauben schenken. Es ist eine beabsichtigte Indiskretion. Unsere Gesamtheit hat eine ziemlich nüchterne Anschauung über die „diplomatischen“ Schritte gewisser Personen, so daß sie sich durch solche Kunststückchen nicht irreführen läßt. In derartigen Sachen ist alle Geheimtueri deshalb unwürdig, weil es sich um wichtige Interessen der Allgemeinheit handelt, und es ist gut, daß die Autoren zu dieser Überzeugung gelangt sind, indem sie die Veröffentlichung des Rundschreibens in dem ihnen nicht genehmen Organe tolerieren.

Und nun zur Sache selbst. Was sollen wir von dem Inhalte des Rundschreibens halten? Daß die geistliche Behörde nicht gleichgültig auf das schwere Unrecht sehen konnte, welches unserer Gesamtheit durch die Einführung des deutschen Religionsunterrichtes zugefügt wird, und daß sie der Regierung Vorstellungen in diesem Maße machen mußte, das wußten wir alle recht gut, und außer einigen gewissen Daten und Einzelheiten bringt uns das Rundschreiben nichts neues. Gleichzeitig bestätigt das Rundschreiben die Fruchtlosigkeit dieser Vorstellungen und das bekannte „Klagen“, „Brechen des Herzens“ und „Übergehen der Galle“ darüber, daß sich die Sache nicht zum Besseren gewandt hat. Soll das etwa das letzte Resultat der Tätigkeit der geistlichen Behörde sein? Möge die geistliche Behörde heilig davon überzeugt sein, daß dies einer Kapitulation vor dem preußischen Systeme gleichkommt.

Es würde das von einer grenzenlosen Naivität zeugen, wenn jemand behaupten wollte, daß das preußische System angesichts der ferneren Bewahrung der Taktik, welche auf Protesten und Vorstellungen beruht, aufhören wird. Es steht fest, daß es früher oder später zu einem entscheidenden Schritte kommen muß. Und dieser Schritt wird einzig und allein der sein, daß man den katholischen Lehrern die Erlaubnis nimmt, solchen Kindern Religionsunterricht zu erteilen, welche die deutsche Sprache nicht genügend kennen und somit dem Unterrichte nicht ordentlich folgen können. Wir wissen recht gut, daß die Kinder in Dörfern und kleineren Städten selbst in den obersten Klassen diese Kenntnis nicht besitzen, und in größeren Städten besitzen sie diese Kenntnis

nur in Ausnahmefällen, und das auch kaum noch in den höchsten Klassen. Weil diese Ausnahmen stets bleiben werden, sollte man sich der Allgemeinheit der Kinder anzupassen suchen und verlangen, daß selbst in den höchsten Klassen der größeren Städte der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde.

Es handelt sich hier andererseits um die Wirkung des Unterrichts auf das Empfinden. Niemals wird der in einer fremden Sprache erteilte Religionsunterricht so wirken, wie der in der Muttersprache erteilte, im Gegenteil, der Religionsunterricht, welcher in einer fremden Sprache erteilt wird, kann aus Anlaß der Schwierigkeit des Sichausdrückens im Kinde Widerwillen erzeugen.

Dieses große, den Kindern, der Gesamtheit und der Kirche zugefügte Unrecht sollte die geistliche Behörde veranlassen, allen Lehrern, welche gezwungen sind, polnischen Kindern deutschen Religionsunterricht zu erteilen, die missio canonica zu entziehen. Die polnische Gesamtheit wird solches weiterhin verlangen, weil sie von der bisherigen Fruchtlosigkeit der Verteidigung aus dem allerneuesten Rundschreiben überzeugt ist. Und so lange die geistliche Behörde diesen Schritt nicht unternimmt, wird sie stets mit dem Vorwurfe rechnen müssen, noch nicht alle Mittel gegenüber der Regierung erschöpft zu haben. Nur fort mit dem Grundsatz „minus malum eligendum“. In einer so wichtigen Angelegenheit wäre das ein verderblicher Grundsatz, welcher die in der Gesamtheit vorhandene Anhänglichkeit an die Kirche und Religion vollständig schwächen könnte.

Aus Nr. 123 des Lech (Gnesen)

vom 1. Juni 1906:

Ein wichtiger Gedenktag

für die Erzdiozese Gnesen-Posen ist der 30. Mai gewesen, an dem vor 20 Jahren Erzbischof Dinder zum Oberhirten der Erzdiozese geweiht worden ist. Dinder ist hier kühl empfangen worden, weil er weder ein Pole noch ein Adeliger gewesen ist. In gewissen Kreisen hat sich die Ansicht eingebürgert, daß nur ein Adeliger auf dem Stuhle der polnischen Primasie sein dürfe. Bei dieser Gelegenheit erinnert der Postemp daran, daß gerade der adelige polnische Erzbischof Dr. v. Stablewski aufgehört habe, den Titel eines Primas von Polen zu führen. Diese Erscheinung dürfte für die Kreise nicht ohne Interesse sein, denen die Bestrebungen gewisser adeliger Kreise gegen die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles durch einen bürgerlichen Geistlichen bekannt sind.

Bei dieser Gelegenheit ehren wir das Andenken eines Priesters, der sich durch Einfachheit und Sorge um das Wohl seiner Diözesanen verdient gemacht hat.

Aus Nr. 125 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)

vom 3. Juni 1906:

In einem Artikel, betitelt: „Das Pfingstfest“ — schreibt der Dziennik Kujawski u. a.:

Alljährlich hören wir zum Pfingstfeste, daß der heilige Geist die Apostel fähig gemacht habe, in verschiedenen Sprachen zu reden, damit sie zu jedem Volke, dem sie das Licht des Evangeliums bringen sollten, in der Muttersprache reden konnten. Und hier sehen wir nach dem Verlaufe von 20 Jahrhunderten,

daß es auf der Welt einen Staat gibt, welcher den Religionsunterricht in der Muttersprache aufhebt, der nicht nur an die Erwachsenen, sondern auch an die Kinder die Forderung stellt, daß sie ihren Gott, seine Größe und Güte mit Hilfe einer fremden Sprache, die sie nur wenig beherrschen, die ihre Herzen nicht treffen kann, kennen lernen.

Und welches ist die Ursache, daß der Staat, der sich rühmt, an der Spitze der ganzen zivilisierten Welt zu stehen, eine solche Neugierde einführt, die gegen das Evangelium und gegen die von der ganzen Welt anerkannten Grundsätze verstößt, gegen die Grundsätze, daß der Religionsunterricht nur in der Muttersprache erteilt werden sollte? Welches ist denn wohl die Ursache dazu?

Die Staatsraison! Die preußischen Politiker sagen, der preußische Staat werde nur dann stark und beständig sein, wenn überall die deutsche Sprache erklingen, wenn in der Schule der polnische Unterricht aufhören werde — und nach diesem Grundsatz verfährt man, zwar langsam aber ständig.

Und was tut die polnische Gesamtheit angesichts dessen? Die Entrüstung und Erbitterung umfaßt immer weitere Kreise; nicht nur die gebildeten Leute, sondern auch das einfache Volk, das so herzlich seinem Glauben zugetan ist, erblickt in den Preußen seine Feinde, die Schule betrachtet es nicht als die Verbreiterin der wahren Aufklärung, sondern als die Marterkammer ihrer Kinder.

Es werden Versammlungen abgehalten, Proteste erhoben und Resolutionen gefaßt. Es entstehen verschiedene Projekte, — die einen rufen, die geistliche Behörde möge den Lehrern verbieten, Religionsunterricht zu erteilen und diese Pflicht den Geistlichen aufzulegen; andere wiederum raten, die Eltern sollten ihre Kinder nicht in die Schule zum Religionsunterricht schicken, sondern sich um privaten Religionsunterricht bemühen; noch andere schauen auf Rom und erhoffen Hilfe vom Stuhle des heiligen Vaters.

Alle diese Stimmen und Proteste sind der Weheruf der verletzten polnischen Seele, die sich beleidigt und bedroht fühlt in ihren allerheiligsten Empfindungen!

Lassen wir uns aber nicht täuschen — diese Proteste helfen uns nicht viel. Sehen wir nicht auf fremde Hilfe, denn das preußische System wird, so lange es sich kräftig fühlt, nicht zurücktreten, keine Macht der Welt wird es dazu zwingen.

Auf diese Ausdauer und Konsequenz des germanisierenden Systems werden wir ebenfalls mit Ausdauer und Unbeugbarkeit antworten.

Die Selbsthilfe — stille und ausdauernde Arbeit an der Aufklärung unserer Jugend möge von jetzt ab unsere erste und hauptsächlichste Lösung sein!

Bemühen wir uns öffentlich und privatim, die breitesten Kreise für unsere Jugend zu interessieren, damit sie die Kinder im polnischen Lesen unterrichten und ihnen die Glaubenswahrheiten in der Muttersprache beibrächten. Mögen unsere Wahlkomitees Hunderte und Tausende von Bibeln unter die ärmere Bevölkerung verteilen. Mögen die Eltern daran denken, daß heutzutage dem Kinde die polnische Bibel und der polnische Katechismus nötiger sind als ein Stücklein Brot. Mögen sie von den ersten Lebensjahren an den Herzen ihrer Kinder die Liebe zu Gott und zum Vaterlande einimpfen!

Polnisches Volk, erhebe Dich! Zeigen wir, daß die 100 jährige Knechtschaft unseren Geist gehärtet hat! Zeigen wir, daß wir auf alle Bedrückungen und Unbilden nicht nur mit dem Schrei der Verzweiflung antworten können; möge jeder Schlag des Feindes unseren Widerstand, unsere Entflammung für die gute Sache anfachen!

Wenn wir zeigen werden, daß jedes polnische Kind, noch ehe es in die Schule geht, eine polnische Bibel besitzt und etwas polnisch lesen kann — dann werden wir gewonnen haben und die preußische Schule wird unsere Kleinen nicht germanisieren. Dem die Jugend gehört, dem gehört auch die Zukunft!

Verteidigen und beschützen wir unsere Jugend wie das Auge im Kopfe, lassen wir ihr nicht die Seele aus dem Leibe reißen und ihre Herzen von den Idealen abwenden — dann werden wir an unserer Zukunft nicht zu zweifeln brauchen!

Die politische Situation ist gegenwärtig eine so unsichere, und die Zukunft des mächtigen Deutschen Reiches stellt sich in keinem besonders rosigem Lichte dar. Wer weiß, ob sich der Faschismus, der heute das Glaubensbekenntnis eines jeden Preußen ist, nicht schon in den letzten Zügen befindet! Wer weiß, ob angesichts der veränderten europäischen Verhältnisse das Germanisierungssystem nicht schon binnen kurzem von dem falschen Wege wieder zurückkehrt!

Inzwischen aber müssen wir auf dem so sehr bedrohten Posten mannhaft ausharren. Arbeiten wir angesichts des germanisatorischen Ansturms mit verdoppelter Energie an der Aufklärung des Volkes und an der religiösen und patriotischen Erziehung dieser unserer geliebten und teuren Jugend. Im Vertrauen auf die Hilfe Gottes, der die gute Sache stets zum Siege führt, gehen wir mannhaft und mit Ausdauer an diese Arbeit. Mögen uns stets die Worte unseres Dichters Krasiński voranleuchten:

Gehe hin und wirke,
Obgleich Dein Herz
In Deiner Brust verdorret,
Obgleich Du an Deinem Bruder verzweifelst —
Wirke unaufhörlich ohne Unterlaß.

Aus Nr. 126 des Dziennik Kujawski (Hohensta))

vom 6. Juni 1906:

Aus Bromberg

erhalten wir immer häufiger Korrespondenzen, deren Verfasser über den Mangel an polnisch nationalem Leben und polnischen Empfindungen unter den dortigen polnischen Bewohnern klagen. Das Polentum muß sich in B. versteckt halten, weil es den dortigen Polen an nationalem Ehrgeiz fehlt. Ein Beweis hierfür sind die wiederholten Verdeutschungen der polnischen Familiennamen. Jene Leute sehen keine andere Kultur als die deutsche und glauben deshalb, daß der Name „Pole“ minderwertig sei, und sie schämen sich deshalb, daß sie Polen sind.

Die Bromberger Intelligenz sollte sich mehr an dem öffentlichen Leben des Volkes beteiligen und mit Rücksicht auf die Gefahren, die dem Polentum in Bromberg drohen, aufhören, Kasten- bzw. Standespolitik zu betreiben; sie sollte überall auf den bedrohten Posten persönlich erscheinen und durch Worte und gute Beispiele fremde Einflüsse der deutschen Kultur zu vernichten suchen.

Es müßte auch dafür Sorge getragen werden, daß in den polnischen Häusern in Bromberg eine gute nationale Zeitung und eben solche Bücher Eingang fänden.

Zur Belebung eines größeren politischen Lebens und zur Vertiefung der nationalen Empfindungen müßte in Bromberg ein polnisch-politischer Verein gegründet werden, in dem über die Lage der Polen frei

und offen gesprochen und der polnische Geist belebt werden könnte. Wenn man für solche Versammlungen keinen entsprechenden Saal bekommen sollte, so müßte dem dadurch abgeholfen werden, daß man einen solchen kauft oder erbaut.

Es mangelt in B. auch an einer guten Organisation; um aber die wirtschaftliche Grundlage zu gewinnen, würde es sich empfehlen, eine Genossenschaft m. b. H. ins Leben zu rufen. Die Geschäftsanteile brauchten ja nicht zu hoch bemessen zu sein, um auch den minder Bemittelten den Beitritt zu ermöglichen, wodurch man eine größere Zahl von Mitgliedern und dadurch auch ein größeres Kapital und eine größere Haftsumme erhalten würde.

Einzig und allein durch eine energische und zielbewußte Tätigkeit kann das Bromberger Polentum vor seinem völligen Untergange gerettet werden.

Aus Nr. 126 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 3. Juni 1906:

Zu dem an der Prostituierten Klimkiewicz in Hohenjalza begangenen Morde schreibt der Dz. Kuj. u. a.:
Schon seit längerer Zeit gibt das Betragen hiesiger Soldaten, insbesondere in den Abendstunden, dem Bürgertum Grund zur Unzufriedenheit. Betrunkene Soldaten belästigen die Passanten auf der Straße und behandeln sie in brutaler Weise.

In anderen zivilisierten Ländern ist der Soldat den Bürgern gegenüber, welche für seine Unterhaltung Steuern zu zahlen haben, artig und zuvorkommend, bei uns dagegen brutal, weil es ihm scheint, er stehe hier deshalb beim Militär, um das Deutschtum und die preußische Kultur durch Brutalität und durch Morden zu verbreiten, wie das vor kurzem in Ostrowo und neuerdings hier in Hohenjalza geschehen ist.

Es sind das zum Teil die Folgen der antipolnischen Heße, daß der preußische Soldat auf der Straße gegenüber dem polnischen Publikum provozierend auftritt, sich angesichts der wehrlosen Passanten als verwegener Kerl aufspielt und sogar von der „blanken“ Waffe Gebrauch macht und eine Frauensperson mordet.

Die Militärbehörde sollte dagegen energisch einschreiten und in Zukunft ähnlichen Ausschreitungen, welche solche traurigen Folgen zeitigen wie die obige, vorbeugen. Wer eine Waffe trägt, der sollte es wissen, daß sie zur Verteidigung des Mitmenschen und dazu dient, um Achtung vor dem Gesetze zu erzielen, nicht aber dazu, um Gewalttätigkeiten und Gesetzeslosigkeiten damit zu begehen. Deshalb sollten alle nach dieser Richtung hin begangenen Ausschreitungen aufs strengste bestraft werden. Wir erwarten deshalb auch von der Militärbehörde, daß sie die Schuldigen streng bestrafen und entsprechende Maßregeln ergreifen wird, um das hiesige Bürgertum in Zukunft vor derartigen militärischen Ausschreitungen zu schützen.

Aus Nr. 126 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 3. Juni 1906:

Eine Volksbank in Kurnik.

Man teilt uns folgendes mit: Einem allgemeinen Wunsche entsprechend, gründete der Industrieverein in Kurnik auf Veranlassung des Vorsitzenden Herrn Syula am 13. Mai d. J. eine „Volksbank in Kurnik“, G. m. u. H. In den Vorstand dieser Genossenschaft wurden gewählt:

J. Rowicki, J. Glowinski und H. Piotrowski.

Die Bank wird sich in dem Hause des Baumeisters A. Buczynski befinden und ihre Tätigkeit anfangs Juni aufnehmen.

Wir wünschen der neuen Institution die gedeihlichste Entwicklung.

„Glück zu!“

Aus Nr. 66 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 9. Juni 1906:

Ein Bezirks-Informations-Bureau in Ostrowo.

Seit langem vermissen wir das Vorhandensein hinreichenden Materials bei allen agitatorischen Arbeiten. Gewöhnlich unvorbereitet, häufig sogar in der Lage, nicht zu wissen, was zu tun ist, gingen wir an die Arbeit, wenn uns das Wasser schon bis an den Kragen stieg. Um diese Mängel abzustellen, um zur Agitation die durchaus so notwendige Statistik zu sammeln, beschloßen die Kreiskomitees, auf Grund der Initiative des Ostrowoer Kreiskomitees, ein Bezirks-Informations-Bureau zu errichten.

Dieses Bureau soll, abgesehen von der Sammlung des Materials, darauf achten, daß kein Wahltermin unbeachtet vorübergehe, es sollen die interessierten Personen oder Institutionen schon vorher auf bevorstehende Wahlen aufmerksam gemacht werden, ohne Rücksicht darauf, ob der Wahltermin amtlich bekannt gegeben worden ist oder nicht.

Außerdem soll das Bezirks-Informations-Bureau praktische Ratschläge erteilen und um die rechtzeitige Durchführung der Agitation besorgt sein, damit jeder Wähler wüßte, welche Pflichten — und vor allen Dingen — welche Rechte er hat.

Wenn wir mit Erfolg arbeiten wollen, dann müssen wir eine reale Grundlage haben, ein Fundament, auf das wir uns stützen können. Ein solches Fundament sind vor allem Zahlen und Ziffern, welche die Abnahme oder den Zuwachs der Bevölkerung, der Mitglieder von Vereinen oder Institutionen mit Wahlrechten nachweisen.

Die Fehler, welche wir aus Unwissenheit in den letzten zwei Jahren begangen, haben uns da Niederlagen bereitet, wo ein Sieg möglich war.

Augenscheinlich wird dieses Bureau vor der Hand die großen Mängel nicht abstellen, insbesondere deshalb nicht, weil die Ausstattung dieser Institution vorläufig eine noch sehr bescheidene ist. Wir haben aber trotzdem die Hoffnung, daß sich binnen kurzem das Vorhandensein eines solchen Informationsbureaus insofern als vorteilhaft erweisen wird, als nicht nur unsere Komitees, sondern auch Privatpersonen an die Bedürfnisse des Bureaus bei verschiedenen Gelegenheiten, wie bei Hochzeiten, Namenstagen usw. denken werden.

Unsere Gesamtheit achtet noch immer nicht auf die groschenweisen Beiträge, sie denkt nicht daran, daß man durch kleine Spenden, welche jeder bei ein wenig gutem Willen opfern kann, Tausende von Mark zusammenbringt.

Sämtliche Briefe sind zu adressieren an

Stephan Rowinski,
Ostrowo.

Wolffschmidt für die
zu dem Anfang 1906

Aus Nr. 23 der Praca (Posen)

vom 10. Juni 1906:

Die preußische Schule.

Wenn wir in unserem nationalen Leben Umschau halten, fällt uns eine bezeichnende Erscheinung auf.

So oft wir unseren Kopf über die Schwelle unseres Hauses, über die enge Hausbeschäftigung hinausstecken, begegnen wir zwei Gefühlen: dem Wunsche und der Unzufriedenheit.

Gehst du, Bruder, zum Gericht, zum Kommissar, zum Gendarmen sogar, — so versteht man dich nirgends, wenn du außer deiner Muttersprache, des Polnischen, nicht auch eine dir fremde, die deutsche Sprache, verstehst.

Du würdest lieber wollen, daß man dich versteht, du würdest dich lieber in deiner eigenen Sprache verständigen; diesen Wunsch hast du. Man zwingt dich jedoch, in einer fremden Sprache zu sprechen, — du bist also unzufrieden!

Dieser Gegensatz ist stärker, wenn es sich um die Befriedigung nicht nur unserer persönlichen, sondern allgemeiner, öffentlicher Bedürfnisse handelt.

Umso stärker überkommen uns dann diese beiden Gefühle: der Wunsch und die Unzufriedenheit — und je heißer das erste Gefühl ist, je lebhafter es das allgemeine Bedürfnis betrifft, eine desto größere Unzufriedenheit erwacht, weil sie nicht befriedigt wird.

Es wird sicherlich niemand leugnen, daß das vitalste Bedürfnis jeder Volksgesamtheit — Bildung und Unterricht sind. Bildung und Unterricht muß jede Volksgesamtheit wünschen, jede Nation, welche mit ihren Nachbarn gleichen Schritt halten will, welche nicht will, daß man auf sie als auf ein abschreckendes Beispiel der Rückständigkeit und Unwissenheit zeige.

Den Wunsch, Gott zu preisen, hat heut die ganze polnische Nation, insbesondere auch unser preußischer Anteil.

Besitzen wir nun Mittel, diesen Wunsch zu befriedigen?

In der ganzen Welt bilden die Schüler die Grundlage der Bildung und des Unterrichts. Alle Staaten, welche eine eigene Entwicklung und das Wohlergehen ihrer Bürger wünschen, messen den Schulen als den Heiligtümern des Lichts und des Wissens die größte Bedeutung bei.

Das ist auch in Preußen der Fall. Jahrzehnte sind verflossen, seitdem in Preußen die Schulen eingeführt wurden. Der Schulzwang ist Gesetz geworden, welches jedem Vater und jeder Mutter zur Pflicht macht, ihre Kinder vom 6. bis zum 14. Lebensjahre in die Schule zu schicken.

Wie denn, ist die Möglichkeit und Gelegenheit vorhanden, Bildung und Wissen zu befriedigen?! Sie war einmal vorhanden, müssen wir darauf antworten. Sie war tatsächlich damals vorhanden, als in dieser preußischen Schule polnisch gesprochen wurde, sie war solange vorhanden, als diese Schule wirklichen Bildungs- und Unterrichtszwecken diente.

Und heut?

In jeder Gemeinde ist eine Schule und in dieser Schule ist ein Lehrer, der die Kinder unterrichtet. Und doch dient heutzutage die Schule nicht mehr Bildungszwecken und Unterrichtszwecken, sie dient heut Zwecken preußischer Staatspolitik, der Germanisierungspolitik.

Diese Schule, auf welche unsere Volksgesamtheit herabblickt, in welche sie ihre Kinder schickt, aus welcher Geschlechter hervorgehen sollen, auf deren Schultern in Zukunft das Geschick unserer Nationalität und das Geschick Polens überhaupt ruhen wird, diese Schule, welche eine Befriedigung des wichtigen Verlangens

nach Bildung und Wissen sein soll, sie erscheint uns als ein Spielzeug in der Hand der Regierung, als ein schreckliches Spielzeug. Sie gaukelt unseren Augen Bildung und Wissen vor, wenn wir uns ihr aber nähern, fordert sie von uns als Gegenleistung — unsere polnische Sprache und unsere polnische Seele.

Dieser Handel: Für die Bildung — das Polentum! — erscheint uns als eine schreckliche Spielerei!

Denn welches soll die Wahl sein? Das Polentum ist uns teuer — und die Bildung notwendig.

Die Wahl ist also scheinbar schwierig. — Sie wird uns durch das feindliche Ziel der preußischen Regierung erleichtert, und dieser Zweck ist die Germanisation unserer Volksgesamtheit.

Wenn uns also die preußische Regierung die freie Wahl ließe, die Kinder in die Schule zu schicken oder nicht, so würde — wir sind davon überzeugt — kein Vater und keine Mutter überlegen, was sie tun sollen.

Aber was dann?

Dann müßten wir dazu schreiten, aus eigenen Mitteln eine Schule zu schaffen, sowie aus eigenem Antriebe und selbständig Bildung zu suchen.

Und wir täten dies sicherlich mit Lust und Liebe. Als Vorbild würde uns Galizien dienen, welches trotz seiner sprichwörtlichen Armut alljährlich aus freiwillig gesammelten Beiträgen zahlreiche Schulen in Dörfern mit Hilfe des Volksschulvereins ins Leben ruft.

Leider läßt dies die preußische Regierung nicht zu.

Und so müssen wir uns in diesen Fesseln nicht verwirklichter Wünsche und Unzufriedenheiten weiter placken, wir müssen mit den feindlichen Bestrebungen der feindlichen Regierung kämpfen.

Als Verteidigungsmittel in dieser Plackerei bleiben nur die polnische Zeitung und das polnische Buch übrig, die angesichts des feindlichen preußischen und Germanisierungssystems für die Volksgesamtheit eine desto größere Bedeutung annehmen. So möge denn in keinem polnischen Hause eine polnische, echt nationale Zeitung, ein Buch über die polnische Vergangenheit fehlen. Die erste wird in der Volksgesamtheit das Bewußtsein der Gefahren ausbreiten und Abwehrmaßregeln angeben, das zweite wird auf die ruhmvolle Vergangenheit hinweisen, deren sich keine andere Nation rühmen kann.

Unsere Betrachtung über die Schule haben uns drei auf der Tagesordnung stehende Angelegenheiten eingegeben. So lasen wir im Lemberger Slowo Polskie die Nachricht, daß in Jloczow in Galizien eine Liga zum Schutz der Jugend (Liga ku ochronie młodości) gegründet worden sei. Es ist dies in einer Versammlung geschehen, die vom Lehrerverein zu einer Besprechung „über das Verhältnis der Schule zum Elternhause“ einberufen worden war. Die Besprechung fand im Saale des Gymnasiums statt.

Diese Mitteilung fiel uns auf und sie brachte uns das peinliche Verhältnis zum Bewußtsein, in welchem sich unsere Eltern zu den hiesigen Schulen befinden. Dieses Verhältnis könnte man eher feindlich, als freundschaftlich nennen. Wir erinnern nur an die häufigen Klagen und Beschwerden der Eltern über die Züchtigung von Kindern in der Schule.

Dort in Galizien dagegen setzt sich die Schule hinsichtlich der Erziehungsmittel mit den Eltern ins Einvernehmen.

Ein zweiter Umstand sind die unaufhörlichen Nachrichten über die Verdrängung des Restes der polnischen Sprache — sogar aus dem Religionsunterricht, und drittens die Mitteilung, daß die polnische Fraktion bei der dritten Lesung des Schulgesetzes das Wort ergreifen und das Schulsystem einer scharfen Kritik unterziehen wird.

Wir wollten daher die polnische Fraktion darauf aufmerksam machen, daß die Volksgesamtheit die Bedeutung der Schule versteht, daß sie sich, der Notwendigkeit der Schule bewußt, Rechenschaft ablegt, daß sie jedoch weiß, daß die Schule, die ihr die preußische Regierung gibt, ihre Bedürfnisse hinsichtlich der Schule und des Unterrichts nicht befriedigt.

Mit Recht ist also unsere Volksgesamtheit mit dieser Schule unzufrieden, und mit Recht wird aus dem Munde unserer Abgeordneten die Anklage fließen, daß die Regierung bewußt und absichtlich unser Bedürfnis hinsichtlich der Bildung und des Wissens nicht befriedigt, daß sie also die einfachste Aufgabe nicht erfüllt, welche ihr der gegenwärtige Kulturzustand in der Welt auferlegt.

Wie wird nun das Urteil in anbetracht dessen, daß Deutschtum Kultur und Freiheit bedeuten soll, ausfallen!?

Aus Nr. 23 der Pokraka (Posen)
vom 10. Juni 1906:

Nachrichten von nah und fern.

In den P. N. Nachrichten zeigt Frau M. Krazewska den Tod ihres Mannes Walentin Krazewski und die Zeit des Begräbnisses an — und es steht dort ausdrücklich „Walenty“, um gewissermaßen seine Nationalität zu dokumentieren — und nicht etwa „Walentin“.

In derselben Nummer zeigen die W. Lopinski'schen Eheleute die Reise ihres 4 Monate alten Töchterchen „Janina“ zu den Paradiesengeln an.

Wir sind der Meinung gewesen, daß Todes- und Begräbnisanzeigen vor allen Dingen für die Verwandten, Freunde und Bekannten sind und nicht des Geschäfts wegen, und da es sich hier, wie die „Namen“ der Verstorbenen ergeben, um einen polnischen Mann und um ein polnisches Kind handelt, warum werden sie also in deutschen Blättern veröffentlicht? **Wozu die fremde Presse noch bereichern?** Wir zweifeln daran, ob Fremde aus irgendwelchen freundschaftlichen Beweggründen von Walenty sel. Anged. Ware genommen haben; wir zweifeln daran, ob fremde Herzen aus Liebe zur Janina sel. Anged. mit Herrn L. in Geschäftsverbindung getreten sind. — Nein, die verstorbenen Personen waren für sie gleichgültig — nur allein das Geschäft hat über den Umgang entschieden. — Bewahren wir lieber den Groschen, der heute so schwer zu erwerben ist, — für die Unsrigen.

Posen.

Die Damen Jila und Jofia M. N. kaufen Leckerbissen, Hüte und verschiedene andere Sachen bei Semiten.

Pinne.

Herr Pawel Raczkowski hat die Maurerarbeit einem Fremden übergeben.

Herr Schuhmachermeister J. P. hat zur Ausführung von Malerarbeiten an seinem Hause auch einen Nicht-Unsrigen angenommen.

Herr A. R. hat bei einem Israeliten Stiefel gekauft, während wir hier zwei polnische Geschäfte haben.

Fräulein A. P. und A. W. haben bei einer Deutschen Hüte gekauft.

Bruchwitz.

Herr Dgr... aus Bacharcie kauft nur bei Andersgläubigen.

Tremessen.

Fräulein St. W... hat Blusenstoff bei einem Juden gekauft.

Herr M... hat bei einem Nicht-Unsrigen ein Repositorium gekauft, die Unsrigen haben wohl zu nassem Holz gehabt.

Herrn Pol... schmeckt ebenfalls die polnische Wurst nicht, denn er kauft sie bei Fremden.

Miloslau.

Die Fräuleins T... kaufen alle Schneiderartikel bei Andersgläubigen.

Und Herr Brz... wo hat er die Mütze gekauft? Und ebenfalls Fräulein D. R... die Bluse?

Czarnikau.

Hatte Herr Zintf... keine Zeit, Herrn Geg... die Photographie einzurahmen, so daß er zum Juden gehen mußte?

Schroda.

Herr Klawery L... hat sein Besitztum an einen Deutschen verkauft; nachher hat er Studzieniec und Kamieniec gekauft. Ob Herr Klawery diese Güter für sich oder für die preußische Kultur gekauft hat, wissen wir nicht.

Wanne.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der polnischen Berufsvereinigung kauft bei Fremden gegen bar und bei den Seinen auf Chefs. Da indessen die Chefs an Wert verloren haben, profitieren gegenwärtig nur die Fremden. Ein Nachbar kennt die Verhältnisse des anderen.
Ein Aufmerksamster.

Pinne.

Aus der Firma der Briefumschläge des Herrn J. Szafranski ist zu ersehen, daß sie nicht aus einer polnischen Druckerei stammen. Eine solche Mißgestaltung wie „Jósef“ kann nicht übersehen werden. Warum nicht „Jósef Schafransky“?

Lautenburg.

Ein Gewerbetreibender besucht nie die Vergnügen polnischer Vereine. Dafür kann man ihn auf jedem Vergnügen des hiesigen „Kriegervereins“ sehen, wo er trotz seiner nahezu 60 Jahre unter dem Kommando eines Unteroffiziers marschiert. Herr N. R. hat sein Vermögen durch Polen erworben.

Herr Ambrozj hat ein Schuhwarengeschäft, aber trotzdem kaufen die Herren A..., R... und viele andere die Schuhwaren bei einem Juden. Unsere Hausfrauen

und Töchter kaufen sich mitunter beinahe an den Haaren, um bei einem Andersgläubigen etwas kaufen zu können. — Wann wird schließlich eine Wendung zum Besseren eintreten?

Walchen bei Niedzwiedz, in der Briesener Gegend.

Ein gewisser „Mordzinski“ hat einem „Mikusiowi“ eine Wohnung vermietet und eine Anzahlung darauf genommen, da ihm aber der „Seine“ nicht gefallen hat, hat er ihm die Anzahlung zurückgeschickt und die Wohnung an einen Juden vermietet. Das ist eine schöne Handlungsweise eines Polen, wie? — Und Du Herr, der Du die Orgel quälst, schwadroniere nicht so viel mit den Jüdinnen auf der Straße, denn die Polinnen werden Mohrrüben schaben. Und Du Bildhändler (obrazkowy) drücke den Leuten die blauen Brillen nicht mit Gewalt in die Hand, denn solche haben Herr Grajewski und andere zum Verkauf, und Du könntest unwillkürlich der „Gewerbekontrevention“ verdächtigt werden.

Löbau.

Ein Gewerbetreibender, der sich Gott sei Dank so emporgearbeitet hat, daß er sein altes Haus, daß ihm schon zu bescheiden war, hat umbauen lassen können, hat die ganzen Glaserarbeiten an dem Bau nicht einem „Seinen“ übertragen, sondern einem solchen, der den Rabbiner im Tempel vertritt. Der hat ihm gefallen, obwohl er gern sieht, wenn ihn die „Seinen“ unterstützen. Ist es Recht, seinen Brüdern so zu vergelten? Glaubt er vielleicht, daß das neue Haus nur ausschließlich „fryce“ und „aronki“ betreten werden und er sich ohne die „Seinen“ wird begehen können?

Ganz anders hat Herr Bur. gehandelt. Der hat einem Arbeit suchenden Semiten nur zum „Tabak“ und den Verdienst einem Landsmann gegeben und er hat das garnicht bedauert. Wir brauchen mehr solcher Leute, um die Stadt von den Hasen und Judenbärten zu reinigen.

Der alte Woytek.

Recklinghausen.

Am Himmelfahrtstage feierte der hiesige deutsche „Männerverein“ sein Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe. Aus diesem Anlaß sind alle kirchlichen „katholischen Vereine“ aus dem Orte eingeladen worden, natürlich auch die polnischen, von denen wir hier drei haben. — Und o Wunder, was geschieht? Der älteste von ihnen — zwar nicht alle, sondern nur 30 Mitglieder — haben sich an dem Umzuge beteiligt. Doch die haben schön ausgesehen. Mit niedergeschlagenen Augen gingen sie wie die **Verbrecher**. (Der Verein zählt gegen 400 Mitglieder.) Also der „Männerverein“ hat an diesen paar Mitgliedern nicht viel Freude gehabt, darum haben sie auch sehr bedauert, daß sich nicht mehr gestellt haben.

Bruckhausen.

Ich war in Bruckhausen, um dort einen guten Bekannten aufzusuchen und ich traf mit Herrn Jakob zusammen. Ich frug ihn nach meinem Freunde Josef, von Beruf Schneidergeselle, und Herr Jakob sagt zu mir: „Mein Bartosz, gehe nur nach dem Saale des Herrn Brink und Du wirst sehen, wie der Herr Josef

dort herumspringt.“ Ich erstaunte, weil ich doch Josef als einen guten Glaubensbruder kannte; ich habe niemals angenommen, daß er sich in der kurzen Zeit so ändern könnte. Nicht genug damit, erfuhr ich noch weiter, daß Herr Josef viele deutsche Zeitungen liest und vor Schlaueit, die er aus ihnen schöpft, schon fahl geworden sein soll, doch von einer polnischen Zeitung will er nichts wissen. So schnell hat sich Herr Josef geändert. Hoffen wir, daß diese Tollheit bald vorübergeht und man Herrn Josef bald wieder dreist die Hand als einen guten Glaubensbruder wird reichen können.

Bruckhausen am Rhein.

Ein Gewerbetreibender, Vorstandsmitglied des Industrievereins, der hauptsächlich von Polen unterstützt wird, hat sich bei Cohn eine goldene Uhr für 150 Mk. gekauft, die Zigarren bezieht er von Silberstein und die Milch läßt er von einem Hasen holen. — Ebenso handelt ein Schuhmacher, der drei Meilen weit mit dem Sack nach Fleisch geht, um nur am Orte bei dem Landsmann nichts zu kaufen.

Aus Nr. 8 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 8. Juni 1906:

Ferienkurse für Frauen in Krakau.

Gemeinsamer Ausflug zu den Ferienkursen für Frauen nach Krakau. — Wie im verflossenen Jahre, wird auch im laufenden Jahre ein gemeinsamer Ausflug von Damen nach Krakau zu Vorlesungen, zu gemeinsamer Besichtigung der Denkmäler, Kunstwerke und der Umgegend Krakaus und nach Beendigung der Vorlesungen ein gemeinsamer Ausflug nach Zakopane zu einem beliebig langem Aufenthalt stattfinden. Allen Teilnehmerinnen wird eine entsprechende Umgebung, jüngerer Fräuleins aber Obhut in jeder Hinsicht zugesichert. Die Abreise von Posen erfolgt Ende Juni. Meldungen nimmt entgegen und jede Auskunft erteilt Fräulein Sophie Sokolnicka in Posen, Bäckerstraße Nr. 16, II. Stock.

Programm der Vorlesungen des Ferienkurses an der Jagiellonischen Universität in Krakau für die Zeit vom 25. Juni bis zum 20. Juli.

I. Polnische Geschichte.

Universitäts-Assistent Dr. Wenzel Tokarz: Geschichte des Großherzogtums Posen vom Jahre 1815 bis zur neuesten Zeit (10 Vorlesungen).

Universitäts-Professor Dr. Viktor Czermak: Geschichte im Jahre 1846 in den polnischen Landen (10 Vorlesungen).

Universitäts-Dozent Dr. Stanislaus Rutzeba: Verfassungen und Staatsformen Polens vom Jahre 1791 ab (10 Vorlesungen).

Universitäts-Dozent Dr. Franz Bujak: Die Bauernemanzipation und die Bauernfrage in Polen im XIX. Jahrhundert (10 Vorlesungen).

Universitäts-Professor Dr. Wladimir Czerkawski: Gegenwärtige Lage der polnischen Bevölkerung in den drei Landesteilen (10 Vorlesungen).

II. Literatur-Geschichte.

Prof. Dr. Stanislaus Turowski: Geschichte der polnischen Literatur im XVII Jahrhundert (10 Vorlesungen).

Prof. Anton Mazanowski: Polnische Lyrik des XIX. Jahrhunderts (10 Vorlesungen).

Universitäts-Professor Dr. Marianus Idziechowski: Soziale und politische Richtungen in der russischen Literatur des XIX. Jahrhunderts (10 Vorlesungen).

Universitäts-Dozent Dr. Anton Karbowiak: Geschichte der nationalen Edukations-Kommission (10 Vorlesungen).

III. Sprachwissenschaft.

Universitäts-Dozent Dr. Johann Los: Psychologie der polnischen Sprache (15 Vorlesungen).

IV. Polnische Kunst.

Direktor des Nationalmuseums Dr. Felix Kopera: Denkmäler der Stadt Krakau (10 Vorlesungen und Besichtigung dieser Denkmäler unter Leitung des Dozenten).

V. Pädagogik.

Schulrat Dr. August Sopolowski: Anleitung zum Unterricht in der polnischen Geschichte (6 Vorlesungen).

Universitäts-Dozent Dr. Thaddäus Grabowski: Anleitung zum Unterricht in der polnischen Literatur (10 Vorlesungen).

Professor Johann Magiera: Anleitung zum Unterricht in der polnischen Sprache (6 Vorlesungen).

VI. Naturwissenschaften.

Universitäts-Professor Dr. Adam Bochenek: Grundriß der Anatomie (10 Vorlesungen).

Universitäts-Professor Dr. Emil Godlewski (jun.): Grundzüge der Embryologie (10 Vorlesungen).

Universitäts-Professor Dr. Ladislaus Ratanon: Elektrizitäts-Sammler, theoretische Vorlesungen (1 Vorlesung).

Universitäts-Assistent Dr. Konstantin Zakrzewski: Elektrizitäts-Sammler, Experimental-Vorträge (3 Vorlesungen).

Universitäts-Dozent Dr. Ludwig Bruner: Ergebnisse und Aufgaben der zeitgenössischen Chemie (10 Vorlesungen).

Aus Nr. 134 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 14. Juni 1906:

Betrifft Ferienkurse für Frauen in Krakau.

Wir erhalten nachstehendes Schreiben (aus Krakau):

Geehrter Herr Redakteur!

Ziemlich oft erhalte ich Anfragen über die Ferienkurse an der Krakauer Universität, an welchem unsere weibliche Jugend auch aus dem preussischen Anteil seit mehreren Jahren teilnimmt.

Da ich auf die einzelnen Anfragen nicht besonders antworten kann bezw. um einerseits weiteren Anfragen, deren Beantwortung viel Zeit in Anspruch nimmt, vorzubeugen, andererseits zu möglichst zahlreicher Beteiligung an diesen Kursen anzuheuern möchte, bitte ich Sie, geehrter Herr, um Gastfreundschaft in den Spalten Ihres Blattes für einige Bemerkungen, die meines Erachtens der guten Sache dienen können.

Es wird wohl niemand daran zweifeln, daß gerade für Damen aus dem preussischen Landesteil die Teilnahme an diesen Ferienkursen von großer Tragweite ist.

Abgesehen nämlich von der wissenschaftlichen und praktischen Seite, ist die Rücksichtnahme auf die Anregung des unter den bei Ihnen herrschenden Verhältnissen bedrückten Geistes wichtig.

Die Berührung mit Landsleuten, die Dank der Großmütigkeit und dem politischen Verstande unseres Monarchen unter besseren Verhältnissen leben, das aufmerksame Kennenlernen der Errungenschaften der

Wissenschaft und Kunst während auch nur kurzer Zeit in den Klängen unserer Sprache, dieser proskribierten und heut sogar aus den niedrigsten Stufen des Schulwesens in Preußen verdrängten Sprache, der Sprache, um derentwillen fähige und brave polnische Beamte in rein deutsche Gegenden versetzt werden, der Sprache, deren wir uns hier jedoch überall, mithin auch auf den Kathedern bedienen dürfen, ferner die Besichtigung der Denkmäler unserer glänzenden Vergangenheit, die uns an die nationalen Traditionen erinnern, alles das wirkt auf ein makellofes Gemüt und Herz, und erst recht auf das empfindliche Gemüt junger Leute ein. Unter diesen Verhältnissen können und sollen die Teilnehmerinnen mit doppeltem, nämlich einem wissenschaftlichen und einem ethischen Nutzen in ihre heimatlichen Fluren zurückkehren, ist ja doch auch die Ethik eine wichtige Aufgabe der Erziehung.

Daß die in die Gemüter der Hörer gestreute Saat der Wissenschaft gesund sein wird, daß das hier verkündete Wort den Geist der Jugend, die aus den Kursen Nutzen zu ziehen wünscht, nicht verderben wird, das darf man nicht nur hoffen, sondern sogar bestimmt erwarten, denn ich kenne die Dozenten, deren Namen Euer Dziennik von neuem veröffentlicht hat, und wir können auch die Gewißheit haben, daß die Teilnehmerinnen der Kurse, namentlich die jüngeren während ihres Aufenthalts in Krakau, sich in guter Obhut befinden werden. Diese Gewißheit gewährt nämlich die Leiterin des Ausflugs, Fräulein Sophie Sokolnicka. Ich kenne sie von klein auf nur zu gut, ich kenne ihre zu Hause empfangene Erziehung, und darum habe ich Vertrauen zu ihren moralischen Grundsätzen, zu ihren religiösen Überzeugungen und zu ihren sozialen und politischen Anschauungen. Ich zweifle nicht, daß sie, wie sie einerseits zu dem Ausfluge unpassende Elemente nicht zulassen wird, andererseits auch hier, was wir kennen zu lernen schon früher Gelegenheit hatten, dafür sorgen wird, daß sie die Berührung der ihrer Obhut anvertrauten Personen mit Elementen verhindern wird, die einen verderblichen Einfluß, sei es in moralischer Beziehung, sei es hinsichtlich solcher Ideen, die den nationalen und sozialen Bestrebungen schaden würden, ausüben könnten.

So viel mir bekannt ist, befassen sich mit der Unterbringung der Kursteilnehmerinnen Damen, die dem Komitee der Ferienkurse angehören und volles Vertrauen verdienen.

Die Hauptvermittlerin in dieser Beziehung war, wie ich höre, Frau Luise Trzcinska, und als Häuser, in denen man vertrauensvoll die weibliche Jugend unterbringen kann, werden uns u. a. genannt die Pensionate der Frauen Gizycka, Jawornicka, Kaplinska, Bleszynska, der Schwester des bekannten verstorbenen Konst. Szaniacki.

Angeichts dieser Tatsachen glaube ich, daß dem Fräulein Sophie Sokolnicka für die mühevollen Übernahme der Leitung des Ausflugs Dankbarkeit gebührt, des Ausflugs, welcher die Aufgabe hat, die Teilnahme an den Ferienkursen zu erleichtern; und die polnische Volksgesamtheit im preussischen Landesteil wird zweifellos davon Gebrauch machen, sofern Gelegenheit und die Möglichkeit, die gegenseitigen Bande mit Galizien zu befestigen, vorhanden sein wird.

Wollen Sie, geehrter Herr Redakteur, meiner Hochachtung versichert sein, mit der ich verbleibe

Ihr ergebenster

Prof. Dr. B. Wicherkiewicz.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 66 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. Juni 1906:

In der Angelegenheit des

Verkaufs von Dzierzno

wird uns von geachteter Seite folgendes geschrieben:

Bei der Substation von Dzierzno ist ein neuer Vermittler der Ansiedlungskommission zutage getreten. Herrn Lengowski hat Herr Abramowski, Besitzer auf Jaskowie und Rat der westpreussischen Landschaft, im Bietungstermin überboten. Da er sich im Gerichtssaale als Landschaftsrat vorgestellt, und sich während des Termins mit dem Landschaftssyndikus an einen besonderen Tisch gesetzt hat, waren alle der Meinung, daß er für die Landschaft oder für sich selbst kaufe. Als er jedoch Herrn Lengowski zum zweiten Male überbot, da hielt es dessen Rechtsanwalt für angebracht, den Herrn Rat zu fragen, ob er für sich biete —, da er in diesem Falle eine Kaution verlangen müsse.

Erst dann holte Herr Abramowski eine Vollmacht hervor, mit der ihn die Ansiedlungskommission zum Ankauf von Dzierzno bevollmächtigt hatte.

Wir fragen nun, ob sich das mit den Anschauungen der intelligenten Welt verträgt, zu der sich Herr Rat Abramowski rechnet, um mit der Maske der eigenen Person die Ansiedlungskommission zu verdecken?

Aus Nr. 66 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. Juni 1906:

Aus Osehe

schreibt man uns, daß der dortige Lehrer K. den Kindern abends deutschen Kirchengesang lehre, um diesen Gesang in der dortigen Parochialkirche am zweiten Pfingstfeiertage vortragen zu lassen. Wahrscheinlich werden die dortigen Parochianen von der Prüfung der Germanisierung in der Kirche nicht erbaut sein. Dort existiert doch der schöne von dem Cäcilienverein ausgeführte Kirchengesang in der Muttersprache.

Wir nehmen daher an, daß die Eltern ihren Kindern wohl nicht erlauben werden, ihre eigene Parochie zu germanisieren.

Aus Nr. 66 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 7. Juni 1906:

N e u s t a d t W e s t p r .

Hier ist eine Bank gegründet worden, der man den Namen

„Kassubische Bank“

gegeben hat. Der Mehrheit der Teilhaber gefällt dieser Name sehr, was mit Freuden konstatiert werden muß. Bisher konnte man allgemein beobachten, daß der in der sogenannten Kassubei wohnhafte Pole den Namen Kassube als eine Geringschätzung betrachtet hat. Nun haben die kassubischen Brüder in Neustadt diesem Namen die Weihe gegeben, und von nun an werden sie sich den Namen Pole-Kassube zweifellos zur Ehre anrechnen. Bei der Gründung der neuen Genossenschaft hat sich Herr Dr. Litewski aus Danzig, Direktor des Kupiec in Neustadt, ein nicht geringes Verdienst erworben; der Kupiec entwickelt sich zwar langsam aber ständig und mit Erfolg und verspricht gute Ergebnisse.

Aus Nr. 69 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. Juni 1906:

Einen Artikel, der mit den Worten beginnt:

„Drei polnische Minister gehören dem gegenwärtigen österreichischen Ministerium an“,

schließt die Gazeta Grudziadzka mit nachstehender Betrachtung.

Die ganze polnische Nation muß voll Stolz und Freude erfüllt sein, daß wir in Österreich sogar drei Landsleute in so hohen Stellungen haben, und daß sogar die Deutschen deren Wissen und Fähigkeiten anerkennen und hochschätzen. Sogar die Berliner zentrumsparteiliche „Germania“ hat es getan, obwohl es ein den gegenüber Polen unfreundlich gesinntes Blatt ist und ihnen lieber etwas anhängen als sie loben möchte.

Angesichts dessen muß es umsomehr auffallen und sich in so schlechterem Lichte darstellen, daß in Preußen die Polen von allen besseren Ämtern ausgeschlossen sind, und zwar in so weitgehender Weise, daß es beinahe wörtlich genommen wahr ist, daß in Preußen ein Pole nur noch Nachtwächter oder höchstens Briefträger werden kann. Ebenso wie in Galizien sind doch auch im preussischen Anteile unter den Polen Leute, die, wie man zu sagen pflegt, nicht auf den Kopf gefallen sind. Außerdem erheischt es auch die Gerechtigkeit, daß die Polen nicht von den Ämtern ausgeschlossen werden, da dies im Widerspruch mit der Gleichberechtigung steht, die uns sowohl die Verfassung garantiert, als auch die Versprechungen und Zusicherungen, die der preussische König seinen Untergebenen polnischer Nationalität gegeben und übernommen hat. — Aber es ist ja wahr, selbst der alte Bismarck hat erklärt, daß solche Versprechungen und Zusicherungen keinen Pfifferling wert seien. **Daß Bismarck in dieser Beziehung vollständig Recht hatte, wenigstens soweit es Preußen betrifft, beweisen unsere traurigen Erfahrungen nur zu gut.**

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 70 des Katolik (Beuthen D.-S.)
vom 14. Juni 1906:

Das Volk hat sein Urteil gefällt

Zuschanden geworden sind die Reden, Bitten, Verschwörungen und Drohungen der Zentrumsleute. Es nützten nichts die Vorstellungen des Abgeordneten und Geistlichen Glowacki, die geradezu unwürdigen Vorwürfe des Geistlichen Kofott und seine empörenden Erklärungen. Die zahlreichen mißlungenen Versammlungen, in welchen fast mit Verzweiflung die ergraute Zentrumsfahne geschwungen wurde, vermochten den Niedergang der Zentrumsache nicht aufzuhalten. Zuschanden wurden die bissigen Artikel der zentrums-hafatistischen Oberschlesischen Zeitung und ihrer Genossin aus Königs- hütte, der Gazeta Katolicka. Vergeblich waren alle Anstrengungen. **Das Volk hat das Urteil gefällt! Es hat die Spreu abgewogen, die man ihm anstatt des Samenkorbes gab, es hat sie als Spreu erkannt und von sich geworfen. Napieralski hat gesiegt, er hat glänzend gesiegt!**

Das Volk hat das Urteil gefällt . . . Es hat das Urteil gefällt über das schlesische Zentrum, über seine eigene Zukunft. Von jetzt ab wird nicht das Zentrum, sondern das polnische Volk in Oberschlesien regieren, nicht die Geistlichkeit, welche den Geist des Volkes nicht versteht, sondern das gesunde, erbitterte, tatkräftige und seines Zieles sich bewußte polnische Volk

in Oberschlesien. Dieses Volk wird nicht allein und verlassen dastehen. Es werden sich ihm seine geborenen Führer, die landsmännlichen Geistlichen anschließen, diejenigen Geistlichen, die zwar heute noch formell im Zentrumslager stehen, die aber vor Freude über den Sieg des Volks zittern und mit Herzklopfen die Nachricht von dem Ergebnis der stattfindenden Wahlen erwarten. Das sind die geborenen Führer dieses Volks!

Der erste Gedanke des Volks nach den Wahlen richtet sich auf diese polnischen Geistlichen. Von ihnen erwartet es Hilfe, und es ist bereit, ihnen Hilfe zu leisten. Zu diesen Brüdern Geistlichen streckt das Volk seine polnischen Hände aus. Das Volk fühlt seine Macht, und es weiß, daß ihm die Zukunft gehört. Es weiß auch, daß es die Fähigkeit besitzt, diese seine Führer zu schützen. Wollen sie sich weigern, werden sie die Bruderhand des Volks abweisen? Nein, dreimal nein! Das Volk fordert von den Geistlichen nicht zuviel für seine polnische Sache. Es verlangt nur, daß sie das in Erwägung ziehen möchten, was seit mehreren Jahren in unserem Lande geschieht, es verlangt, sie möchten sich die Erscheinungen des lebendigen Lebens der Nation, diesen bezeichnenden Sieg von heute vor Augen führen, der die unumstößliche Tatsache besiegelt, daß unsere Nation lebt, daß sie aus dem Schlafe erwacht ist, daß sie den Weg erkannt hat, welchen sie zu gehen hat, und daß sie sich von diesem Wege durch keine irdische Macht verdrängen lassen wird. Mögen unsere polnischen Geistlichen darüber nachdenken. Und dann mögen sie dessen eingedenk sein, daß in der heutigen Welt Mannhaftigkeit nötig ist. Es genügt nicht mitzufühlen, mitarbeiten muß man! Gelegenheit bietet sich hierzu tagtäglich, sie bietet sich vor allem bei den nächsten Wahlen. Dann rechnen wir auf die Hilfe unserer Geistlichen, die wir als Abgeordnete des polnischen Volks sehen möchten.

Nicht gegen die Geistlichen hat das polnische Volk den Sieg davongetragen, auch für sie hat es ihn davongetragen. Es will sie nicht vom politischen Leben ausschließen, sondern es will sie hineinziehen. Auf einem Wege, auf einem Arbeitsfelde mögen sich das Volk und die Geistlichen begegnen! Der Bruderkampf, der den Hirten von den Schäflein trennt, möge zu Schanden gehen, verschwinden! Möge gegenseitiges Vertrauen und Friede zur Herrschaft gelangen!

Warum tobt der Kampf? Um den nächst der Religion heiligsten Schatz des Menschen: um die Nationalität, um die Muttersprache und die von den Vätern ererbte Sitte, den Vätern, die in unserer heiligen Erde bis in Ewigkeit ruhen! Fürwahr, das ist ein erhabener Kampf. Es möchte scheinen, daß der Mensch das Beste, was er hat, sein ganzes Talent, seine Fähigkeit, seine ganze unermessliche Liebe für diesen Kampf hingeben müßte. Wie soll der Priester abseits stehen, er, der uns die höchsten Pflichten, die erhabensten Wege vorzeichnet? Das ist doch kein in Haß, sondern ein in Liebe begonnener Kampf, das ist doch ein im vollen Sinne des Wortes guter Kampf!

Unser Volk wartet. Es wartet und glaubt an seine geistlichen Führer, es vertraut seinen Seelsorgern. Unsere Geistlichen aber mögen diesen Glauben, dieses Vertrauen nicht täuschen. Einmal getäuscht, läßt sich das Volk ein zweites Mal schwer wiedergewinnen. Den halben Sieg in Oberschlesien hat das Volk allein errungen. Mögen unsere Geistlichen nicht warten, bis es den ganzen Sieg erringen wird. Mögen sie beizeiten mitwirken, mögen sie sich, selbst in geringer Zahl, an diesem offenen Kampfe beteiligen, mögen sie aber im Volke nicht den Verdacht erregen, daß sie sich ihm in dem Zeitpunkt angeschlossen haben, als dieser Anschluß sowohl unumgänglich notwendig, als auch in moralischer Beziehung vorteilhaft geworden ist.

Das sind die Gedanken, die sich im Augenblick des Sieges unserer bemächtigen. An unsere Brüder Geistlichen richtet sich unser erster Gedanke.

Die polnische Bewegung, die sich in den Grenzen der göttlichen Gesetze bewegt, hat auch die Kraft, unchristliche Bewegungen zu unterdrücken. So haben die Sozialdemokraten bei dieser Wahl mehr als die Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt. Zusammen mit den Geistlichen wird sie das Volk vollends vernichten.

Aus Nr. 71 des Polak (Kattowitz)

vom 14. Juni 1906:

Sieg!

Einen neuen Triumph feiert das polnische Volk in Oberschlesien, den zweiten innerhalb nicht ganz eines Jahres. Vor kaum 9 Monaten zerschmetterten wir im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze den Zentrumssturm, zersprengten wir die konfessionslose und internationale Sozialdemokratie und brachten wir der Herrenpartei eine schändliche Niederlage bei. Das arme, von ihnen ausgebeutete Volk hat ihnen gezeigt, daß es selbst hier Herr sei.

Heute ist im Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz das polnische Volk dem Beispiele seiner Brüder aus dem Kreise Kattowitz-Zabrze gefolgt, und es hat in unblutigem Kampfe alle seine Gegner aufs Haupt geschlagen. Und es waren ihrer nicht wenige. Den Risse bekommenden Zentrumssturm in Schlesien verteidigend, beriefen die Zentrumsleute ihre tapfersten Kämpfer auf den Kampfplatz und richteten die Waffe größten Kalibers gegen uns. Geistliche, wie Glowacki und Kofott, stürzten sich mit ungezügelter Leidenschaft in das Gewühl des politischen Kampfes und traten, ohne auf das Ansehen des geistlichen Standes, ohne auf das Interesse der Kirche zu achten, als Feinde gegen das polnische Volk auf. Sie gingen sogar soweit, daß sie öffentlich in Versammlungen das polnische Volk hochverräterischer Bestrebungen anklagten, die die Losreißung von Preußen bezweckten, d. h. mit anderen Worten, sie forderten durch diese Anklage die Regierung und die maßgebenden Faktoren zur Unterdrückung dieser Gefahr auf, was natürlich nur durch neue Ausnahmegeetze geschehen kann. In dieser Beziehung unterschieden sich diese Geistlichen in nichts von den verbissensten Hatzfistern, denn diese schreien ebenfalls unablässig, daß wir Polen bedrückt werden müssen, weil wir für den preussischen Staat eine Gefahr bildeten.

Die Zentrumsleute haben alle Agitationsmittel angewandt. Manche Geistliche ermahnten von den Kanzeln, daß das Volk die Zentrumsversammlungen besuchen, daß es seine Stimmen dem Zentrums-kandidaten geben solle. Die Zentrumsleute veranstalteten fast überall Wahlversammlungen, und niemand beschränkte sie in ihrer Bürgerfreiheit. Eine Menge Aufrufe verteilten sie und in ihren Blättern agitierten sie nicht nur zugunsten ihres Auserwählten, sondern sie überschütteten mit dem Rot von Verleumdungen, Beschimpfungen und Schmähungen die ganze polnische Nation, unser armes Volk und seine Führer.

Jedoch waren alle ihre Bemühungen vergeblich. Unwiderruflich vorbei sind jene Zeiten, wo das unaufgeklärte Volk blindlings dem Befehle derjenigen folgte, die sich selbst als seine Verteidiger und Vormünder ausgerufen hatten. Sie haben eine schändliche Niederlage erlitten, und das Volk erteilte ihnen für die Zukunft die Lehre, daß es sich nicht zugunsten einer ihm fremden Partei mißbrauchen lasse, sondern daß es selbst über sein Schicksal entscheiden wolle.

Die roten Brüder kündigen bereits seit Jahren an, daß sie für ihre umstürzlerischen Ideen das ober-schlesische Volk gewinnen werden. Während der Zentrumswirtschaft näherten sie sich mit Riesenschritten ihrem ersehnten Ziele. Es trat ihnen aber die nationale Bewegung in den Weg, die sich auf die Grundsätze einer völkischen Politik stützt und ihnen nicht nur den Weg zum weiteren Fortschritte versperre, sondern ihnen auch das zerstückelte, was sie bisher in Schlesien mit Mühe aufgebaut hatten. Sie hatten auf sandigem Boden, nämlich auf dem mit der Zentrumswirtschaft unzufriedenen Volke gebaut. Die durch das preußische System ausgewählten Quellen nationaler Aufklärung sprudelten hervor, das sozialistische Gebäude wurde von dem Wasser fortgeschwemmt, und es blieben nur Trümmer zurück, die wir sobald wie möglich aus unserem Vaterlande fortzuschaffen müssen.

Auch die „Herren“, die an dem Blutschweiß des polnischen Volks Millionen verdienen, wollen sich jetzt nach dem Niedergang des Zentrums stets mit dem polnischen Volke messen. In dem Arbeitsverhältnis herrschen sie über dieses Volk, sie erzwingen von ihm blinden Gehorsam, indem sie unter die armen Arbeiterfamilien Schrecken austreuen, und sie glauben, daß sie sich auch während der Wahl mit diesen Kunstgriffen Einfluß verschaffen werden, um immer schlimmere Gesetze gegen das polnische Arbeitervolk schmieden zu können. Doch Wahlen sind kein Arbeitsverhältnis, meine Herren. In der Wahl erblickt das polnische Volk die sich selten darbietende Gelegenheit, Euch zu zeigen, daß es allein Herr in Schlesien ist, daß Ihr dagegen fremde Ankömmlinge seid, die Geldgier hierher gelockt hat.

Auch Ihr habt eine gebührende Abfertigung und Antwort auf die Bedrückung und Ausbeutung, in welcher das Volk lebt, erhalten.

So haben die ärmsten, verachteten, geschwächten Polen gesiegt. Dafür sei ihnen Ehre!

Und Ehre ruft Euch heut ganz Polen zu, das sich freut, daß ihr das Polentum dieses Landes gegen den hakatistischen Ansturm so wacker verteidigt.

Die Curigen beglückwünschen Euch zum Siege, und auch Fremde können Euch ihre Achtung nicht versagen, die Gegner aber blicken entsetzt darüber, was hier in Oberschlesien geschieht, in die Zukunft. Was geschieht hier? Hier erwacht das Volk aus jahrhundertem langem Schlaf! Hier ersteht für Polen ein neuer Kämpfer in dem armen polnischen Volke, hier wächst aus der Erde eine mannhafte Wehr empor, welche die westlichen Grenzen unseres Vaterlandes mit Ausdauer verteidigt. Dieser westlichen Wehr sei Ruhm und Ehre!

Aus Nr. 127 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 5. Juni 1906:

Stimme eines Landwirts in Sachen der Reichstagswahl in Bentzen-Tarnowitz.

(Zugleich eine Beleuchtung unserer Verhältnisse.)

R o ß b e r g.

Liebe Brüder Landwirte, ich warne Euch und ebenso auch alle anderen, die irgendein Stück Feld besitzen, vor der Stimmenabgabe zugunsten des Zentrumskandidaten Inspektors Herrn Muschallik. Diese herrschaftlichen Beamten haben wir bereits nur zu gut erkannt, denn sie haben uns furchtbar zugefetzt.

Ich erinnere Euch daran, daß wir jahrzehntelang für das Zentrum gewählt haben, und jaget, ob uns das Zentrum von den unermäßlichen Schäden, die

wir Besitzer erleiden, bewahrt hat? Es hat uns davon nicht bewahrt.

Es ist so weit gekommen, daß ein Landwirt auf seinem Grund und Boden ein Haus, in welchem er in seinem Alter wohnen könnte, nicht so bauen kann, wie er es wünscht.

Du bist, Bruder, Landbesitzer im Grubenbezirk, und so verbietet Dir die Grube zu bauen, selbst wenn Du den Bauplatz im Dorfe hättest. Warum? 1. Entweder hat sie Dir den Grund schon untergraben, ohne daß Du es wußtest, und sie will Dir keine größere Entschädigung zahlen, wenn Dir das erbaute Haus einzustürzen begönne; 2. oder die Grube bedarf Deines Bodens zur Errichtung von Grubengebäuden, z. B. für Schachte, Kleinbahnen, Galden usw.; 3. oder sie will den Grund und Boden untergraben und Schätze aus der Erde Deiner Väter ausbeuten, sie wird Dir also den Bau eines Hauses verbieten.

Sagt, hat uns das Zentrum in dieser Sache etwas geholfen? Hat es uns gebührend verteidigt? Ist es wenigstens einmal entschieden für unseren Schutz eingetreten? Nein, es hat für uns nichts getan, und, was noch ärger ist, es hat zur Verschlimmerung der bestehenden Gesetze beigetragen. Es entschuldigt sich, daß es nicht mehr habe erreichen können, denn das Zentrum habe weder im Reichstage, noch im Landtage eine Mehrheit.

Wenn das Zentrum gewollt hätte, so hätte es doch der Regierung erklären können, daß es z. B. für die Millionen der Flotte, des Heeres, der Kolonien, des Kriegs in Afrika, für königliche und kaiserliche Schlösser usw. nicht stimmen werde, wenn die Regierung der Verschlechterung der Gesetze für uns Landwirte ihre Zustimmung erteilen werde.

Das Zentrum tat dies nicht, denn es wollte nicht den Groll der Regierung auf sich laden! Wir sollen immer leiden, andere aber haben stets den Gewinn und Nutzen.

Brüder Landwirte! Das muß einmal ein Ende nehmen. Schöne Worte des Zentrums haben wir schon genug gehört, jetzt wollen wir auch einmal Taten sehen.

Wie kommt es, daß es uns schlecht geht?

Das kommt daher, daß die Zentrumsleute sich um uns Landwirte so gekümmert haben, wie sich ein Landwirt um das fünfte Rad am Wagen kümmert. Sie kümmern sich stets vor allem, ja sogar nur, um ihre Angelegenheiten. Wenn es sich um die Landwirte im Westen oder um die Großgrundbesitzer handelt, so sorgen sie anders für sie. Dies hat sich manchmal gezeigt, namentlich aber damals, als die Herren Volk, Bernhardi und der ganze Verband der ober-schlesischen Grubenbesitzer in Kattowitz für die Einführung der neuen Vorschrift gesorgt haben, auf Grund deren wir Wirte kein Haus bauen dürfen, wenn der Besitzer protestiert und beweist, daß sich unter unserem Bauplatz Bodenschätze (Kohlen, Galman, Blende) befinden, die einen größeren Wert besitzen als unser neues Haus. Bernhardi hat in einer Petition berechnet, daß unter einem Morgen Land Kohle im Werte von $\frac{1}{4}$ Million Mark vorhanden ist. Inzwischen ist die Kohle teurer geworden, und sie wird jetzt unter einem Morgen noch mehr wert sein als $\frac{1}{4}$ Million Mark.

Uns verbietet man zu bauen, — was sollen wir aber aus den Schätzen in unserem Boden machen? Ein Prozeß nach dem anderen! Wer es nicht aushalten und überdauern kann, wer keine Mittel zu Kosten und „Vorschüssen“ hat, der kann verarmen, der kann zugrunde gehen; seine Besizung kommt zur öffentlichen Versteigerung.

Die Zentrums Herren sind ebenfalls Grubenbesitzer und zwar sind sie durchaus nicht besser als die anderen

Ihr wißt es doch, daß Herr Dr. Stephan, General-Direktor des Grafen Schaffgotsch, Abgeordneter war. Hat er uns verteidigt oder einen Antrag gestellt, der uns etwas mehr von den Schätzen der Erde unserer Väter und Urväter gegeben hätte?

Und jetzt empfehlen uns die hochwürdigen Geistlichen wiederum einen Beamten des Grafen Hentzel, Herrn Muschallik?! Wird er besser sein als Herr Dr. Stephan, wenn er Beamter wie jener ist.

Gott sei es geklagt! Statt uns zu verteidigen, würden wir uns bis über die Ohren, ja sogar den ganzen Kopf, vergraben. Heut weinen ganze Hunderte, vielleicht Tausende von Wirten in Schlesien, ja sie verwünschen vielleicht diese Zentrums politik. Wir hofften, daß es besser werden dürfte, man sieht aber keine Besserung.

Es wäre Zeit, eine andere Politik zu versuchen. Wir haben uns verbrannt, daher blasen wir jetzt schon Kaltes an. Daß es uns so schlecht geht, kommt daher, daß in unserem Zentrumsabgeordneten eine deutsche und preussische Seele steckt. Die deutsche Seele zieht sie auf die deutsche Seite. Wenn es sich um deutschen Profit handelt, dann verteidigen sie ihn, uns aber vernachlässigen sie.

Wenn Du, Bruder Landwirt, in fernerer oder in landwirtschaftlichen Gegenden, oder auch im Industriebezirk wohnst, so mußt Du den Regierungspräsidenten nach einer Erlaubnis zum Bau eines neuen Hauses oder einer neuen Ansiedlung außerhalb des Dorfes fragen.

Es kann Dir furchtbares Unrecht geschehen, wenn er Dir die Erlaubnis aus irgendeinem nichtigen Grunde verweigert, und solche Fälle mehren sich fort und fort. Hat uns das Zentrum gegen dieses Unrecht geschützt? Nein, es hat gegen ein solches Gesetz gesprochen, es hat aber nichts Entschiedenes zu unserer Verteidigung getan.

Ihr, Brüder, die Ihr noch kein Unrecht auf eigener Haut verspürt habt, solltet nicht sagen, daß dies nicht so schlimm sein könne. Ich sage es Euch, daß es schlimm ist.

Früher war es anders, denn der Grundbesitzer hatte gewisse Rechte, Anteile an der Grube; das ist aber verloren gegangen. Das Zentrum hat keinen Antrag gestellt, daß uns diese alten Rechte wiedergegeben würden. Jetzt ist es so, daß die Grube die Grundstücke, Felder, Wiesen, Häuser vernichtet, das Wasser entzieht; Hütten und Fabriken vernichten Pflanzen und Gräser, sie vergiften oder verbrennen alles, was auf dem Felde steht, auch das Wasser in Teich und Fluß. Die Wirtschaft geht nieder, das Vieh ist elend, die Ernte könnte besser sein, wenn nicht jener Rauch, Dunst und die Säuren wären.

Selbst wenn Ihr, Brüder, dies alles noch nicht hättet, so seid überzeugt, daß auch über Euch diese böse Zeit kommen wird. Dann werdet Ihr zugleich mit uns klagen.

Grund und Boden dürfen wir weder kaufen, noch auf ihm eine neue Ansiedlung begründen. Wir haben fast keine Freiheit mehr, dagegen besitzen die Besitzer von Gruben, Fabriken und Hütten jegliche Freiheit. Sie heißen solche Gemeindevertreter wählen, wie sie wünschen. Die Gemeinde kann dagegen nichts tun, wenn Grubendirektoren die Mehrheit in der Gemeindevertretung haben. Sogar eine Ausdehnung der Gemeinde lassen sie nicht zu, und sie tun uns Unrecht, so oft es ihnen gefällt. Neuer Straßen und Wege halber müssen ganze Jahre Prozesse geführt werden, und doch kommt wenig dabei heraus. Wer verteidigt uns in dieser Not? Etwa die Zentrumsabgeordneten? Etwa die Zentrumsgrafen? Nie und nimmer. Ist denn Herr Muschallik auch nur ein einziges Mal für uns Hintangesetzte eingetreten?

Mit nichts, der Gemeinde hat er sogar einige Steine aus der großen Halde, die sich bei der Grube Rococco befindet, verweigert.

Die Grubenherren scharren alljährlich Millionen aus den Schätzen unserer Erde zusammen, wir fahren aber dabei schlecht. Heut kaufen sie sogar schon Häuser auf oder sie bauen solche, damit die Arbeiter darin wohnen könnten, weil sie sie ganz in ihrer Hand haben wollen. Wir Landwirte haben nur Schaden davon. Das Ende ist: Sie haben alle Gewinne, wir eine Masse Schaden. Manchem haben sie früher die Wirtschaft halb umsonst abgekauft, und sie versprochen ihm Verdienst durch Leistung von Vorspanndiensten mit Pferden, — wer hat aber diesen „guten“ Verdienst gesehen? Und wenn wirklich jemand mit seinen Pferden verdient, so verliert er dennoch vielleicht zehnmal soviel an Grund und Boden. — Die Lasten und Steuern in den Gemeinden wachsen. Wer aber sagen wollte, daß mancher sein Land an eine Grube verkauft und sich bereichert hat, dem erwidere ich, daß ein solches Glück und eine solche Freude gewöhnlich kurz ist, daß aber später darauf oft Not und Elend folgt. Das Beste ist, auf seinem eigenen Besitz Herr zu sein. Da habe ich eigenen Grund unter den Füßen und ein eigenes Dach über dem Haupte. Ich bin in meiner Wirtschaft ein freier Mann, ich habe keinen Herrn über mir, außer dem Allerhöchsten im Himmel, ich bin ein König. Wenn ich meinen Besitz verkaufe, bin ich ein Diener des Herrn, ich kann mich auf nichts stützen. Diese unsere heilige Erde wird uns immer noch ernähren, selbst wenn es mit Mühe verbunden wäre. Ohne Fleiß kein Preis! Das weiß Jedermann!?

Ich habe Euch genug erzählt, Brüder! Ich habe noch etwas auf dem Herzen, was unseren Kandidaten Herrn Napieralski betrifft. Davon will ich in nächster Nummer schreiben. Indes rufe ich Euch zu: Stimmt nicht für den Zentrums mann, Herrn Muschallik! Es lebe unser polnischer Kandidat, Herr Adam Napieralski! Ein alter Landwirt.

Aus Nr. 69 des Polak (Kattowitz)
vom 9. Juni 1906:

Schule und Familie.

An die in einer Lehrerversammlung zu Bentzen D.-S. gehaltenen Rede des Lehrers Wystrychowski anknüpfend, schreibt das Leiborgan Korfanti's was folgt:

Selbständiges Denken gehörte nie zu den Talenten der Lehrer. Daher wundern wir uns auch nicht allzu sehr über den Gedankengang in der Rede des Herrn Wystrychowski. Die Tatsachen, welche dieser Herr in seinem Vortrage vorbringt, entsprechen vollkommen der Wahrheit. Daß unser Volk diese preussische Schule schier haßt und in dem Lehrer nur einen preussischen Beamten erblickt, der mit Stock und Strafen des Volkes Kinder verdeutschend und ihren Herzen das Deutschtum einflößen soll, in dieser Beziehung hat der Zentrumslehrer recht. Die von ihm angeführten Gründe dieser Tatsachen aber sind völlig irrig und beweisen nur, daß er entweder keinen Begriff von der Seele des polnischen Volkes hat, oder daß er sich nicht für einen Erzieher und Lehrer, sondern für einen Beamten hielt, dessen Pflicht es ist, nicht nur die Kinder, sondern auch ihre Eltern zu germanisieren.

Welches ist die Aufgabe der Schule und des katholischen Lehrers? Die Kinder in der Gottesfurcht, in der christlichen Moral zu erziehen, unter ihnen Bildung zu verbreiten und ihre Herzen zu allem Schönen und Guten zu entzünden.

Es gibt nur eine Gottesfurcht in der ganzen christlichen Welt, nur eine Moral als Ausfluß der ewigen Wahrheiten des heiligen Glaubens, nur eine Bildung und eine Schönheit.

Unsere Kirche anerkennt nur eine Gottesfurcht, eine Moral, sie kennt aber keine deutsche, preussische, polnische usw. Gottesfurcht und Moral. Die Kultur hat auch nur eine Bildung, eine Schönheit, und sie fragt nicht, ob diese ein deutsches, polnisches oder anderes Gewand haben.

Um aber ihren Zweck zu erreichen, muß die Gottesfurcht und Moral nach den Lehren der Kirche in der Sprache, welche den Schülern am verständlichsten ist, in der Muttersprache gelehrt werden. Auch die wahre Kultur gebietet, daß man in der Muttersprache Bildung verbreiten und das Schöne lieben lehren solle, denn auf diesem Wege erreicht man am leichtesten das Ziel.

Läßt sich die preussische Schule von diesen Grundsätzen beim Unterricht der polnischen Kinder leiten? Nein! Die preussische Schule ist eine Einrichtung des preussischen Staats; wiewohl wir für sie zahlen müssen, bedient sich ihrer der Staat als Mittel zu seinen politischen Zielen, wenigstens bei uns in den polnischen Landesteilen, und jeder Gegenstand pflegt in der preussischen Schule als Mittel zur Germanisierung des polnischen Volks ausgebeutet zu werden. Das Werkzeug der Regierung aber in dieser Schulpolitik ist der Lehrer.

Kein Wunder also, daß unser Volk der Schule und dem Lehrer das größte Mißtrauen entgegenbringt, weil es die Überzeugung hat, daß diese Schule und ihr System mit seinen Anschauungen hinsichtlich Religion, Moral und Kultur im Widerspruch steht. Das müßte ein katholischer Lehrer wissen, welcher einem unter dem Schutze des Zentrums stehenden Verbands angehört, an dessen Zusammenkunft sogar der Zentrumsabgeordnete Rektor Ziesche teilnahm.

Unser Volk erstrebt Bildung und es lernt gern, großes Unrecht aber fügt ihm Herr Wystrychowski zu, wenn er es einer kulturfeindlichen Gesinnung bezichtigt. Mißbraucht nicht Bildung und Kultur als Mittel zur Germanisierung, sondern lehrt die Moral um der Moral willen, die Kultur um ihrer selbst willen, dann werdet Ihr Euch überzeugen, was sich aus unserem Volke machen läßt.

Das preussische System fügt uns das größte Unrecht dadurch zu, daß es mit polizeilichen Maßregeln, die eines Polizeistaats würdig sind, die Kultur-entwicklung unter dem polnischen Volke hemmt.

Von einem Zentrumslehrer mußte man eine andere Sachkenntnis erwarten, wenn die Parole seiner Partei: Für Wahrheit, Freiheit und Recht! keine leere Phrase ist.

Doch an so delikaten Materien, wie das System der Kinder- und Volkserziehung ist, erkennt man am besten die Gesinnung derer, die sich Freunde des polnischen Volkes nennen.

Der Vortrag des Herrn Wystrychowski hat die nackte Seele der Zentrumsleute enthüllt und uns gezeigt, daß sie sich in ihren Anschauungen über die preussische Schule und ihre Tätigkeit in den polnischen Landesteilen von den Skatisten absolut nicht unterscheiden. Darum laßt uns alle Kräfte aufbieten, um die Einflüsse des Zentrums aus den polnischen Landesteilen zu verdrängen.

Aus Nr. 128 des Górnoslazak (Rattowiz)
vom 6. Juni 1906:

Betrifft den Verband gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter Oberschlesiens.

Die Petitionen in Sachen der von den Arbeitern angeblich im Interesse der ober-schlesischen Knappschafft

geforderten Unterschriften der Grubenverwaltungen, die von dem Hauptbureau in Beuthen an das Oberbergamt in Breslau und an den Minister des Handels und Gewerbes in Berlin gerichtet worden sind, haben offenbar gewirkt, denn in den Gruben ist schließlich eine amtliche Bekanntmachung der Knappschafftsverwaltung in Tarnowiz an die Bergleute ergangen, in welcher ihnen erklärt wird, wozu die Unterschriften oder vielmehr die Verzeichnisse, die von ihnen gefordert werden, dienen sollen. Weshalb geschah dies denn nicht sofort? Schon heute wäre die Knappschafftsverwaltung im Besitze des Materials, dessen sie zu statistischen Nachweisungen bedarf, und es wäre alles ohne Erbitterung und ohne Beschwerden an die Behörden geschehen. Nun, es ist nun aber einmal so, daß „wir befehlen und ihr gehorchen müßt“.

Wir raten nun den Bergleuten, oder vielmehr den Knappschafftsmitgliedern, die Zettel, die sie von den Grubenverwaltungen zur Ausfüllung erhalten (die sogenannten Fragebogen), zu Hause auszufüllen und dann in der Zeche dem Beamten wieder zurückzugeben.

Wir machen sie jedoch ganz besonders darauf aufmerksam, unter keiner Bedingung ihre Unterschriften auf besondere leere Bogen zu leisten, wenn ihnen solche auf dieser oder jener Grube vorgelegt werden sollten. Es genügt vollkommen, wenn sie auf der Zählkarte angeben: 1. das Alter des Knappschafftsmitglieds und wie lange es Büchsengeld zahlt; 2. ferner die Verheiraten: das Geburtsjahr der Frau, ihren Vor- und Mädchennamen; die Vornamen und das Geburtsjahr der Kinder (einschließlich der verstorbenen); 3. die mehr Rechte besitzenden Mitglieder auch das Jahr, in welchem sie die größeren Rechte erhielten.

In Zukunft mögen die Arbeiter in ähnlichen Fällen von den Grubenverwaltungen volle Gewißheit verlangen, und mögen sie sich nicht durch irgendwelche Scheingründe täuschen lassen.

Die Knappschafftsverwaltung aber möge, um Unannehmlichkeiten, Verlust an Zeit und Geld zu vermeiden, den Arbeitern ausdrücklich und klar erklären, was sie von ihnen benötigt, und möge sie nicht verhehlen, daß die Arbeiter (Mitglieder) nicht für die Verwaltung da sind, sondern die Verwaltung für die Mitglieder, und sie darf sie nicht geringschätzig behandeln.

Der Vorstand des Verbands gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter Oberschlesiens in Beuthen.

Krolif.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)
vom Mai 1906:

Rattowiz.

Als am Sonntage, den 22. April, die Monatsversammlung des hiesigen Sokóls stattfinden sollte und die Kameraden, da noch einige Minuten bis zur festgesetzten Zeit, d. h. bis 5 Uhr, fehlten, vor der Turnhalle standen, trat der Polizei-Kommissar an den Vorsitzenden Szyperski heran und erklärte, daß er verbiete, von nun ab sowohl Versammlungen wie auch Turnübungen abzuhalten, und namentlich aus dem Grunde, weil der Bau stand der Turnhalle den vorgeschriebenen Bedingungen nicht entspreche; wir sind neugierig, ob man die in demselben Gebäude wohnenden Familien veranlassen wird, aus demselben ausziehen, denn die Armsten sind seit Sonntag allen möglichen Gefahren ausgesetzt — es sei denn, daß die Polizei um sie, als um Deutsche, wie es dies stets geschieht, weniger besorgt sein wird.

Wir bemerken, daß vor ungefähr zwei Jahren unsere Turnhalle amtlich geprüft wurde und daß man sie zur Abhaltung von Turnübungen und Versammlungen für geeignet befunden hat.

Die in diesem Falle seitens der Polizei an den Tag gelegte Sorge um unsere Sicherheit, um die Gesundheit und die Erhaltung unserer Köpfe, Beine und anderer Körperteile, wundert uns gar nicht, denn wir waren auf diese Besorgnis vorbereitet. Bereits seit mehreren Tagen wissen wir, daß eine gewisse hohe hiesige Person das Böses prophezeiende Losungswort — aber nicht für uns — erlassen hat: „Weg mit den Sokols!“

Das wird auch die Ursache des polizeilichen Verbots sein. Es mag schließlich sein, denn wir wissen, daß die Polizei stets mehr um die Erhaltung unserer polnischen Glieder besorgt ist, als um die Glieder der Deutschen. Diese Polizei hat für uns so viele Rücksichten und ist um unser Leben so besorgt infolge der vulkanischen Ausbrüche und des Erdbebens in Italien und Amerika, da sie von der Begründung ausgeht, daß das Schwanke der Erde — o Grausen — wenn auch nicht auf ganz Rattowiz, so doch jedenfalls auf die Turnhalle in Rattowiz übertragen werden könnte.

Unsere Schar verliert jedoch nicht den Mut, im Gegenteil, durch solche Schläge, die uns nicht schaden aber viel helfen, härten wir unsere Herzen immer mehr ab — und diese Herzen kann uns niemand herausreißen!

Wir werden nicht fallen! sondern wir werden in die Höhe gehen! Und wieder ist das deutsche Vaterland gerettet! Hurra!

Czolem!

Sokol.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 119 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 26. Mai 1906:

Asseln.

Der Antoniusverein besteht seit 2. März d. J. vier Jahre. Es traten 38 Mitglieder ein, von denen 11 ausgeschlossen wurden, 1 starb, 2 kamen zum Militär.

An Einnahme waren 104 Mark
Ausgaben 61 „

blieben 43 Mark.

An der Fahnenweihe zu Scharnhorst, Altenhöge und Heeren, ferner an den Jahresfesten in Ramen und Courl wurde teilgenommen. Der polnische Geistliche war viermal anwesend. In den Vorstand wurden gewählt: Ed. Gojzewski, Vorsitz.; W. Mikolajczak, Stellv.; Wojc. Rybski, Schriftf.; Joh. Komorowski, Stellv.; J. Przybylski, Kassierer; A. Wolowski, Stellv.; A. Gabysiat, Bücherwart; St. Ruslinski, Stellv.

Aus Nr. 123 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 29. Mai 1906:

Ein neuer Gesangsverein in Schalke.

Am 20. d. M. fand im Gesang-Verein „Zgoda“ eine Versammlung statt, in welcher in den Vorstand gewählt wurden: Stephan Piotrowski als Vorsitzender; Franz Odrowski, Stellvert.; Mich. Gielnik, Schriftf.; Franz Krajka, Stellv.; Wojc. Wildaczek, Kassierer; August Dombrowski, Stellv.; Mich. Bogusinski, Bücherwart; Joh. Blaszek, Stellv. Dem Verein gehören 40 Mitglieder an; die Versammlungen finden jeden 3. Sonntag bei Eversloh in der Dststraße statt.

Aus Nr. 121 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 29. Mai 1906:

Die Versammlung der Polen und Polinnen zu Gelsenkirchen

am 24. d. Mts. wurde von Andreas Kranc abgehalten. Als Schriftführer fungierten Mathias Wattencheid und Straburski-Neckendorf.

Es sprachen Apollonia Pawlat über Kinder-Erziehung, ferner S. Wilkowska aus Rotthausen über polnische Vereine und Namen, die in Kranc geborene Smolarek über polnisch-kirchliche Trauungen, Straburski über die Verhältnisse der Landsleute zum Vaterlande usw.; die Polin Wierzbica-Bottrop bedauerte, daß der nationale Schmuck hier immer mehr verschwinde.

Es wurde folgende Resolution angenommen:

1. Die polnischen Mütter streben danach, daß ihre Nachkommen als wahre Polen und Katholiken erzogen werden.
2. Unser Bestreben soll es sein, daß wir so bald wie möglich in die Heimat zurückkehren.
3. Wir hier versammelten Polinnen protestieren gegen die schädliche Arbeit des Dortmunder Dziennik.
4. Die versammelten Polen und Polinnen wenden sich mit der dringenden Bitte an die Landsleute ihrer Heimat, sie möchten nicht das schwer verdiente Geld zur Sprengung der Einigkeit der Polen in der Fremde, indem sie für den Dortmunder Dziennik Geld ausgeben, vergeuden.

Aus Nr. 124 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 3. Juni 1906:

Pfingsten.

„Zu Pfingsten, dem Feste der Maien, sausen die frühen Wälder.“ So singt unser nationale Dichter Vinzent Pol in den Liedern von unserer Erde. Ganz gewiß sausen bei uns daheim in Polen die frischen Wälder; Wiesen und Felder sind in saftiges Grün gehüllt. Der Schall der Glocken ertönt freudig in den weiten Gefilden. Hier in dem vom Rauche der Fabriken und vom Kohlenstaube beschmutzten Westfalen erfährt der polnische Arbeiter nicht diese feiertägliche Stimmung, wie er sie einst in Polen hatte. Selbst die Freiheit hat man ihm geschmälert, damit er sich etwa ja nicht als Pole fühle. Deshalb begaben sich denn auch zahlreiche Sokols am ersten Pfingstfeiertage zu einer Zusammenkunft nach Holland. Da atmet die polnische Brust freier auf. Die polnische Allgemeinheit bleibt in banger Sehnsucht nach der Heimat zu Hause. Wie lange wird diese Irrfahrt noch dauern? So manch einer wird noch in diesem Jahre nach Polen sich begeben, viele neue Auswanderer dagegen werden hierherkommen; o, möchten sie doch alle wieder zurückkehren in der Mutter Schoß — nach Polen! In diesem Sinne wünschen wir allen unseren geehrten Lesern ein fröhliches Pfingstfest!

Aus Nr. 5 des Sokol (Posen)

vom Mai 1906:

Gau V (Westgau). Versammlung der Vorsitzenden und Turnwarte des V. (westlichen) Gaues in Berlin am 25. 3. 06.

Versammlungsprotokoll.

Tagesordnung:

1. Eröffnung.
2. Feststellung der anwesenden Vorsitzenden und Turnwarte.
3. Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung vom 26. 11. 05.
4. Berichterstattung des Gauvorstandes.
5. Gauturnfest 1905.
6. Vereinsanträge.
7. Vorträge über das Turnen.
8. Diskussion.

1. Eröffnung: Um 3¹/₄ Uhr nachmittags eröffnete der Vorsitzende Kamerad Andrzejewski die Versammlung durch Begrüßung der Eingetroffenen mit dem Sokollosungswort „Czołem“.

2. Feststellung der anwesenden Vorsitzenden und Turnwarte: Alle dem Gau V angehörenden Vereine sind vertreten.

Verein:	Vorsitzender:	Turnwart:
1. Berlin I	Kam. Runowski,	Kam. Lange.
2. Berlin II (Moabit)	„ Schmidt,	„ Zydowicz.
3. Charlottenburg	„ Dr. Labendzinski,	„ Bialasit.
4. Hamburg	„ Abwesenheit	„ Zukasz.
	gerechtfertigt,	
5. Hennigsdorf	„ Szymanski,	„ Janaszak.
6. Kallberge	„ Janowski,	„ Jarusz.
7. Kl.-Räichen	„ Zielonacki,	„ Klimczak.
8. Leipzig	„ Abwesenheit	„ Kaczynski.
	entschuld.,	
9. Nixdorf	„ Andrzejewski,	„ Grabowski
10. Weissensee	„ Tyslerowicz,	„ Renczienski
11. Senftenberg	„ Kaczmarek,	„ Konieczki.

Es sind ebenfalls anwesend alle Mitglieder des Gau-Vorstandes und drei Gäste (Kamerad Grzesinski, Teclaw und Slupski).

3. Verlesung des Protokolls über die am 26. November 1905 stattgefundene Versammlung der Vorsitzenden und Turnwarte.

Der Schriftführer des Gau-Vorstandes verlas das Protokoll, welches ohne Änderung angenommen wurde.

4. Berichterstattung des Gau-Vorstandes.

Der Vorsitzende, Kamerad Andrzejewski, gibt eine allgemeine Übersicht der Arbeit des Gau-Vorstandes in der verflossenen Zeit. Er bestätigt mit Bedauern, daß der Verein in Delmenhorst eingegangen ist. Auf die Briefe des Gau-Vorstandes erhalten wir keine Antwort.

Ein neuer Verein wurde in Klein-Räichen gegründet; derselbe zählt gegenwärtig 46 Mitglieder, darunter über 30 turnende. Wir bemühen uns, in nachstehenden Städten Vereine zu gründen: Stettin, Spandau und Königs-Wusterhausen. In letzterem Orte sollen sich etwa 50 Radfahrer befinden, die bereit wären, sofort eine Radfahrer-Abteilung zu gründen. Der Gau zählt gegenwärtig 734 Mitglieder, 334 turnende, — 68 Schüler — 334 Sokol-Abonnenten.

Der Vorsitzende schließt sein Referat mit einem Appell an die Anwesenden, daß sie sich bemühen möchten, zu dem nächsten Gauturnfeste möglichst viel turnende Kameraden zu schicken. Hierauf erstattet der Vorsitzende einen Bericht über die Gau-Delegiertenversammlung, wobei er die drei angenommenen Resolutionen in Erinnerung bringt. Der Gauturnwart Kamerad Lange teilt mit, daß die Beschäftigung mancher Vereine aus Anlaß der weiten Entfernung viele Schwierigkeiten bereite. Das Turnen entwickelt sich gut, namentlich in den neu gegründeten

Vereinen in welchen die Turnerschar eifrig an die Arbeit geht. Auf dem Gauturnfeste der vorletzten Ortschaft sollen sich gegen 50 turnende befinden. Der Technische Kreis des Gau V, welcher 12 Mitglieder zählt, ist auf jede Art und Weise um die Entwicklung auf dem Gebiete des Turnens bemüht. Die Bearbeitung des Turn-Handbuches übernahm der „Technische Kreis des Verbandes“, 8 Vereine haben sich Sommerturnplätze verschafft. Die übrigen Vereine, denen die Einrichtung eines Turnplatzes zu viel Schwierigkeiten bereitet, beschloßen öftere Ausflüge nach außerhalb der Stadt und verschiedene Spiele zu veranstalten. Der Gau-Schatzmeister Kam. Runowski erstattet Bericht über den Kassenstand.

Nach einer kurzen Diskussion, in welcher die Kameraden Bialasit, Schmidt, Borowicz, Lange, Kaczynski und der Vorsitzende das Wort erhielten, wurde der Bericht zur Kenntnis genommen.

5. Das Gauturnfest 1906.

Der Vorsitzende, Kamerad Andrzejewski, teilt mit, daß das Gauturnfest am 8. August in Jungfernhaide bei Berlin stattfinden werde. Kamerad Lange legt das Programm der Übungen vor. — Gemeinschaftliche Übungen mit Stäben, welche der Gau-Vorstand den Vereinen zusenden wird. Nach der Diskussion, zu welcher den Kameraden Jarosz, Zydowicz, Lange, Bialasit und Kaczynski das Wort erteilt wurde, wurde der Gau-Vorstand mit der Veranstaltung des Gauturnfestes beauftragt, und wird derselbe zur Hilfe eine Kommission bestimmen.

6. Anträge der Vereine:

a) Kl.-Räichen bittet, man möge mit der Rechnung für Stäbe noch warten, bis sich die Vereinskasse gehoben haben werde. Man ging darauf ein. Kl.-Räichen beantragt, daß die Gaukasse die Reisekosten des Turnwarte tragen solle. — Es wurde beschlossen, daß die Gaukasse ausnahmsweise für die Billets der Turnwarte von Kl.-Räichen, Hamburg, Leipzig und Senftenberg bezahle.

b) Charlottenburg bittet den Gauvorstand um eine Anleihe von 100 Mark.

Berlin II (Moabit) beantragt, daß auf dem folgenden Resolution:

„Kein Verein darf als Mitglieder solche Herren aufnehmen, welche in letzter Zeit Ehebindnisse mit deutschen Frauen geschlossen haben.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berlin II (Moabit) beantragt, daß auf dem künftigen Gauturnfeste in Turnhallen geturnt werde. — Der Antrag wurde angenommen.

7. Vorträge über das Turnen.

In Ausführung des Beschlusses der letzten Versammlung der Vorsitzenden und Turnwarte beschaffte und verteilte der Gauvorstand nachstehende Broschüren:

1. Über die Bedeutung der körperlichen Übungen für die Gesundheit (Dr. A. Kaczynski).

2. Ein kurzer historischer Umriss über Gymnastik (Dr. Zegota Krowczynski).

3. Ermahnungen und gesundheitliche Ratsschläge für die erwachsene Jugend (Ausschuß der Gesundheitskommission).

4. Wie lange müßte ein Mensch leben.

Informationen mit Beziehung auf die Vorträge erteilte der Schriftführer des Gauvorstandes. Es wurde auch empfohlen, daß jeder Verein 1—2 Exemplare des Gymnastischen Führers (Adresse: Lemberg, Akademiestraße 25) lese.

8. Diskussion.

Hennigsdorf und Senftenberg laden zum Jahresfeste am 6. Mai resp. 20. Mai 1906 ein. Es wurde beschlossen, zu diesen Festlichkeiten Gauausflüge zu veranstalten.

Senftenberg beschwert sich darüber, daß der Turnhofenlieferant die Hosen nicht wie bestellt geliefert habe. Der Gauvorstand verspricht, die Sache zu untersuchen.

Weißensee erinnert daran, daß es bis jetzt die Hanteln noch nicht erhalten habe. Der Gauturnwart verspricht, die Sache in kürzester Zeit zu erledigen.

Kamerad Dr. Labendzinski erinnert die Vorsitzenden an den Entschluß wegen Verbreitung der Bildung und fordert die anwesenden Vorsitzenden auf, polnischen Unterricht in ihren Vereinen einzuführen.

Der Gauturnwart Kamerad Lange teilt mit, daß an den Wettspielen auf dem Gauveste Kameraden aus allen Gauen teilnehmen könnten.

Hiermit wurden die Beratungen geschlossen.

Nach Absingung des „Marsz za Bug“ (Marsch über den Bug [Fluß, Bug]) schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Berlin, 26. 3. 06.

„Czołem!“

W. Andrzejewski, Vorj. Cz. Borowicz, Schriftf.
Berlin S.-D. Raunynstr. 2.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)

vom Mai 1906:

Alteneffen.

Das Berichtsjahr währte vom 8. Januar 1905 bis 6. Januar 1906.

Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Jahres 1905 49 Kameraden und vergrößerte sich im Laufe des Jahres bis 101. Von dieser Zahl sind ausgetreten resp. wurden, weil sie ihre Monatsbeiträge nicht zahlten, oder aus anderen Gründen 35 Kameraden gestrichen, außerdem traten dem preußischen Militär 6 Kameraden bei, so daß die Gesamtziffer der zahlenden Kameraden gegenwärtig 60 beträgt.

Von der obigen Zahl der Kameraden zahlen wir auch Beiträge. Der Verein hatte im Jahre 1905 eine Einnahme von 259,30 Mark und eine Ausgabe von 189,78 Mark; es verbleiben in der Kasse für das Jahr 1906 69,52 Mark.

Am 8. Januar 1906 fand die jährliche Generalversammlung statt, in welcher ein neuer Vorstand gewählt wurde, und zwar: Michael Wasielewski, Vorsitzender; Valerian Szymkowiak, Schriftführer; Josef Wozniak, Schatzmeister.

In den Rat wurden gewählt: Roch Wawrzniak, Stellvertreter des Vorsitzenden; Thomas Naskrent, Stellvertreter des Schriftführers; Johann Rndziak, Stellvertreter des Schatzmeisters; Anton Blajczyk, Turnwart; Thomas Cegilny, Unterturnwart; Johann Jasinski, Gerätemwart; Josef Grajek und Josef Szymkowiak, Kassenrevisoren; Peter Nowak und Josef Malecki, Beisitzer.

Achtungsvoll

Michael Wasielewski, Vorsitzender,
Carnap, Gravelottestraße 42/26.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)

vom Mai 1906:

Kirchlinde.

Berichterstattung über das Wirken des Turnvereins „Sokol“ in Kirchlinde vom 1. Januar 1904 bis 1. Januar 1905.

Zu Beginn des letzten Jahres, d. h. 1904, zählte unser Verein 39 Mitglieder. Im Laufe des Jahres fanden 2 Generalversammlungen, 10 ordentliche und 3 außerordentliche Versammlungen statt. Der Verein veranstaltete 2 Vergnügungen und eine Abendunterhaltung. An den Übungen nahmen 14 bis 20 Kameraden teil. An Ausflügen nahm der Verein sechsmal teil. Die Turnübungen finden jeden Sonntag und bei freier Zeit auch zweimal wöchentlich statt. Der Verein hatte für das ganze Jahr eine Einnahme von 204,50 Mark zu verzeichnen; die Ausgaben betrugen 264,68 Mark, vom letzten Jahre verblieben in der Kasse 108,97 Mark; es verbleiben mithin für das laufende Jahr 48,79 Mark. Außerdem besitzt der Verein 1 Sprungbrett, 1 Red, 1 Matratze, 1 Flinte, 1 Schrank, 32 Übungsstäbe und 12 Stangen. Für das laufende Jahr wurden in den Vorstand gewählt die Kameraden: Franz Krawiec, Vorsitzender; Josef Gorski, Schriftführer; Jakob Makala, Schatzmeister. Außer dem Vorstände wurden in den Rat gewählt: Martin Szymanski, Stellvertreter des Vorsitzenden; Michael Tatarek, Stellvertreter des Schriftführers; Stanislaus Jagielka, Stellvertreter des Schatzmeisters; Johann Cieslak, Turnwart; Ignaz Mrzewka, Stellvertreter des Turnwarts; Josef Skowronski, Bibliothekar; Kasimir Dadek, Vertreter des Bibliothekars; Josef Bogorzelski und Konstantin Siczynski, Kassenrevisoren.

J. Gorecki, Schriftführer.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 127 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 7. Juni 1906:

Er ist gekommen!

Heute, am Mittwoch früh, kam Wilhelm II. als Gast des Kaisers von Österreich nach Schönbrunn. Die Besuche „des Bundesgenossen“ hören in Österreich auf, eine Sensation zu bilden, und steigen zur Reihe von Tagesereignissen herab, welche höchstens Gelegenheit zu einem von der Großstadtbevölkerung stets erwünschten Schauspiel bieten. Kaiser Wilhelm reist nämlich gern und ist häufiger Gast in der Hauptstadt Österreichs.

Ob die persönliche Zusammenkunft der Monarchen zweier verbündeter Staaten diesmal dazu beitragen wird, die locker gewordenen Bande des Dreibundes enger zu knüpfen? Vielleicht ist dies eben der Zweck des deutschen Besuches, vielleicht wird er die diplomatische Kombination aufrecht erhalten, welche angeblich Europa vor dem Kriege schützen soll, tatsächlich aber ausschließlich Deutschland zum Vorteil gereicht.

Italien erkannte zuerst, leider zu spät, daß der Dreibund viel kostet und keinen Nutzen bringt; es begann deshalb, auf eigene Hand auswärtige Politik mit Frankreich, gegen welches der Dreibund indirekt gerichtet ist, zu betreiben. Italien folgte in diesem Falle übrigens dem Beispiele Deutschlands, welches vorher schon alle möglichen Schritte in die Wege leitete, um mit Rußland, dem zweiten

Feinde des Dreibundes, die besten Beziehungen zu schaffen, wobei man auf Österreich keine Rücksicht nahm. Angesichts dessen also, daß jeder der beiden Bundesgenossen von der Politik der freien Hand den Staaten gegenüber, vor deren Invasion Österreich, Deutschland und Italien unter der Dreibundefahne sich schützen sollen, vollsten Gebrauch machen; angesichts dessen auch, daß das bürgerliche Frankreich nichts weniger wünscht als den Krieg und das durch Revolution und Niederlage im fernen Osten zerrüttete Rußland für eine lange Reihe von Jahren zu einer größeren Kriegsaktion unfähig sein wird, — angesichts dessen, fragen wir, welchen Zweck kann der lediglich zum Schutze der Grenzen und der Unantastbarkeit der Bundesstaaten geschlossene Dreibund haben?

Der Dreibund hat sich heute überlebt, er ist ein Überbleibsel aus früheren Verhältnissen, welches neue, von jenen grundsätzlich verschiedene Bedingungen nicht mehr vorfindet.

Das Sich-Binden durch den Dreibund ist namentlich für Österreich ein Anachronismus. Außer bei der handvoll Alldentscher, Österreichs ausgesprochener Feinde, wird der deutsche Bundesgenosse nirgends Anklang finden. Deutschland samt seinem Kaiser an der Spitze erklärte sich frei und offen als den Feind des Slawentums. Es ist daher natürlich, daß die eine so hervorragende Mehrheit in Österreich bildenden slawischen Völker nur mit dem größten Widerwillen auf den „Bundesgenossen“ blicken können, welcher die Ausrottung des slawischen Elements in den eigenen Grenzen als seine politische Aufgabe betrachtet. Dasselbe gilt von Transleithanien, woselbst das Bündnis mit Deutschland stets eine offene Abneigung hervorruft und hervorgerufen hat. Welches Recht kann also ein Bündnis haben, welches in der auswärtigen Politik gar keine Vorteile in Aussicht stellt, dagegen aber Österreich unter den Einfluß eines Staates stellt, welcher ganz andere Interessen und ganz andere Beweggründe in seiner inneren Politik verfolgt als dieses.

Wenn jemand, so müssen wir Polen unseren ganzen Einfluß und unser ganzes Ansehen nach dieser Richtung hin aufbieten, um Österreich aus dem Verhältnis zu einem Staate zu eliminieren, welches uns auf eine barbarische Weise bedrückt und uns einen brutalen Kampf auf Tod und Leben erklärt.

Kaiser Wilhelm versäumt obendrein keine Gelegenheit, um zu diesem Kampfe die deutsche Bevölkerung, namentlich den Teil von ihr aufzufordern, welcher, nachdem er sich in den urpolnischen Landen niedergelassen, aus diesen die Polen verdrängen will. Der heutige Gast des Kaisers von Österreich und der Bundesgenosse Österreichs proklamierte sich selbst offen und mit ganzem Nachdruck als einen erklärten Feind der Polen. Er tat dies überall in den polnischen Städten, die er auf seinen fortwährenden Reisen besuchte, mit Marienburg und Thorn beginnend und mit Posen und Gnesen schließend.

Daran zu denken ist eine Nationalpflicht polnischer Diplomaten und Staatsmänner, die in Österreich irgend eine Rolle spielen.

Aus Nr. 117 der Nowa Reforma (Kraau)

vom 24. Mai 1906:

Aus Kattowitz.

Hunderte und Tausende galizischen Volkes werden von obereschlesischen Agenten, die in die hiesigen Gruben

und Hüttenwerke entfendet werden, angeworben. Dieses gesunde und kräftige, sich mit einem niederen Verdienst begnügende und ohne Murren untergeordnetere Arbeiten verrichtende Volk ist hier ein sehr gesuchtes Material. Der Arbeitslohn für den im Schweiß des Angesichts zugebrachten Arbeitstag beträgt etwas über zwei Mark. Aber auch dieser erbärmliche Verdienst ärgerte die Haktisten, welche die Taler, die über die Grenze wanderten, zählten. Der Ärger wurde noch durch den Schmerz erhöht, daß Oberschlesien in nationaler Hinsicht erwachte und der galizische Arbeiter, nachdem er mit dem hiesigen, germanisierten Arbeiter in Berührung gekommen, zum Hauptfaktor seiner Polonisierung wurde.

Die Nachfrage nach einem brauchbaren Arbeiter im hiesigen Industriebezirk war und ist eine große. Das Material ist zwar zur Hand, doch was nützt das, wenn es eine ernste Gefahr für die Politik der preussischen Regierung bildet. Mit einem guten Rat beeilte sich der Regierungs-Präsident in Oppeln, ein erbitterter Feind der Polen, Herr Holz, der den Eigentümern der Industrieanstalten empfahl, an Stelle der Polen Ruthenen anzunehmen. Wo die Ratschläge nichts nützten, dort halfen die zwangsweisen Ausweisungen. Die Ruthenen wurden bestellt und gern angenommen. Man erblickte in ihnen ein den Polen abgeneigtes und mit den Deutschen sympathisierendes Element. Es wurde für sie ein eigener Geistlicher, der Pfarrer Januski, herbeigeschafft, welcher, die ruthenischen Siedelungen in Oberschlesien bereisend, sie im Glauben an Gott und in der Abneigung gegen die Polen befestigt. Es ist klar und verständlich, daß gerade die Zentrumsgeistlichkeit, welche die polnische Nationalbewegung am eifrigsten bekämpft, mit der größten Bereitwilligkeit diesem Geistlichen die Pforten der katholischen Kirchen öffnete, in welchen er einen besonderen Gottesdienst nach griechisch-katholischem Ritus abhält.

Die Ruthenen haben jedoch als Arbeiter die in sie gesetzten Hoffnungen getäuscht. Zunächst gab die schwierigere Verständigung mit ihnen Veranlassung zur Steigerung der Unfälle, dann aber übten die häufigen, fortwährenden Streitigkeiten mit den hiesigen Arbeitern einen ungünstigen Einfluß auf den Lauf der Arbeit aus; kurz sie ersetzten hinsichtlich der Leistungsfähigkeit den polnischen Arbeiter nicht. Die deutschen Industriellen kümmerten sich deshalb, geleitet vom eigenen Interesse, um die Politik des Herrn Holz nicht, entließen die Ruthenen und nahmen wieder die Polen an.

Im laufenden Jahre dreht sich wieder eine Schar preussischer Agenten in Galizien herum und sucht nach lebender Ware. Nichts nützen die den Industriellen übersendeten Polizeivorschriften, daß zur Beschäftigung der Galizier eine polizeiliche Genehmigung erforderlich sei, weil dort, wo eine derartige Genehmigung fehle, nicht der Schlosser, sondern der Schmied gehangen werde. Fast täglich werden von den preussischen Beamten haufenweise jene Unglücklichen an die Grenzstation in Myslowitz abgehoben. Unlängst wurden auf diese Weise 40 Arbeiter aus einer Grube in Michalkowiz ausgewiesen. Diese Ausweisungen sind aber so, als wenn jemand Wasser in einem Siebe trüge. Die einen wurden ausgewiesen, andere reisten neu zu.

Aus diesem Grunde wurde zum 16. d. Mts. in dieser Angelegenheit eine Konferenz nach Kattowitz einberufen, welche unter dem Vorsitz des berühmten Herrn Holz, bei Beteiligung von Kommissaren des Handelsministeriums und des Ministeriums des Innern, sowie Vertretern der Großindustrie stattfand. Die Beratungen waren vertraulich. Worüber dort gesprochen wurde, kann aus den Preßstimmen der Zentrumsorgane gefolgert werden, welche, je mehr das

Fiasko ihrer Partei in der hiesigen Gegend näher rückt, um so eifriger sich in den kreuzritterlichen Mantel hüllen und um so aufmerksamer die polnischen Anzeigen verfolgen. So hat z. B. das hier führende Gleiwitzer Zentrumsorgan, die „Oberschl. Volksstimme“, die Ausgewiesenen denunziert und deren Rückkehr nach Galizien gefordert, während das katolisch-katholische Beuthener Organ, die „Oberschlesische Grenz-Ztg.“, den Rat gibt, anstatt der Polen Rumänen kommen zu lassen.

Indes, um die Lage auszunutzen, verlangen die deutschen Industriellen, allen Stimmen entgegen, von den Ministerien für sich und die polnischen Arbeiter aus Galizien Zugeständnisse oder weitgehende Konzessionen.

Frw.

Aus Nr. 238 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 31. Mai 1906:

Überall dieselben.

Lemberg, den 30. Mai.

Den Deutschen an der Ostsee wird es mit jedem Tage immer schwüler und unbequemer unter den drei Ostsee-Gouvernements bewohnenden dortigen Nationalitäten. Die Letten und die Estländer ertrugen lange Jahre hindurch stillschweigend den Hochmut und die Arroganz der deutschen „Herren“, gingen ihnen ruhig aus dem Wege und vermieden überhaupt jeden Konflikt, schließlich überzeugten sie sich doch, daß sie es trotz des besten Willens zu einem friedlichen Zusammenleben mit ihnen auf keine Weise bringen werden, daß sie in ihnen nicht verträgliche Nachbarn, sondern nur auf ihren Untergang und ihr Unglück lauernde Feinde haben. Die letzten so bekannten Ereignisse, welche die Ostseeprovinzen erschütterten und an denen die deutschen „Herren“ einen so hervorragenden Anteil als russische Schergen nahmen, riefen unter der Ostseebevölkerung eine Art elementaren Hasses gegen die Deutschen hervor. Die Folge davon war die Massenauswanderung der Ostseedeutschen nach dem Heimatlande, Auswanderungen, welche von der deutschen Presse als das Ergebnis der Verfolgung „unschuldiger“ deutscher Ansiedler seitens der ortsangesehnen Bevölkerung angesehen wurden. Jetzt hat die deutsche Presse neues Material gefunden, um sich vor der ganzen Welt über das traurige und natürlich ihrer Ansicht nach unverdiente Los der Ostseedeutschen zu beklagen, und zwar anlässlich der Wahlen zur Duma. Denn die Deutschen haben es wohl tatsächlich niemals erwartet, daß unter den elf in die Duma gewählten Abgeordneten, Estländern, Letten, Russen und Juden, auch nicht einer aus ihrer Mitte gewählt werden würde. Sie sprachen stets so viel von ihrem Besitzstande in den Ostseeprovinzen, unterhielten sich so hochmütig von der dereinstigen völligen Besitzergreifung dieser Provinzen seitens des Deutschen Reiches, und hier konnten sie auch nicht einen einzigen ihrer Kandidaten durchbringen.

Unter solchen Umständen kann — wie die „Rölnische Volkszeitung“ ganz zutreffend bemerkt — von „deutschen“ Provinzen in Rußland an der Ostsee keine Rede sein, und es fragt sich, ob nicht die Deutschen selbst dazu beigetragen haben, daß alle anderen Nationalitäten ihnen gegenüber eine so feindliche Haltung annehmen. Früher wurde immer von einer religiösen Bedrückung und Verfolgung der Protestanten in den Ostseeprovinzen gesprochen und außerdem behauptet, daß alle protestantischen Einwohner der russischen Orthodoxie geschlossen entschiedenen Widerstand leisteten. Aber die Letten und die Estländer sind ebenfalls Protestanten, trotzdem aber reichen sie den orthodoxen

Russen und den Juden die Hand und bezeichnen in ihren Blättern nur die Deutschen als ihre „Feinde.“ Wenn zufällig der Ostseeadel katholisch wäre, so würde er zweifellos in der deutschen Presse einem Hagel der gewaltigsten Vorwürfe begegnen. Mindestens würde behauptet werden, daß seine ultramontanen Überzeugungen ihn isoliert, ihn aller Sympathien beraubt und bewirkt hätten, daß er ein so schändliches Fiasko gemacht habe. Der Ostseeadel hat aber durch sieben Jahrhunderte und eine zeitlang fast ausschließlich in diesen Provinzen geherrscht.

Wenn nach einer so langen Herrschaft auch nicht ein Deutscher in die Duma gewählt worden ist, so ist das Ergebnis mehr als demütigend. Die in den Ostseeprovinzen gewählten Abgeordneten gehören ohne Ausnahme zu den „Radetten“, denn die Deutschen halten zur Partei der Rechten. Eigentlich müßte man sich darüber wundern, daß eine in solcher Minderheit sich befindende Partei, wie die deutsche Ostseepartei, sich nicht anderen bedrückten Nationalitäten angeschlossen habe. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Ostseebaren stets an der Spitze der allrussischen Reaktionen marschierten, stets zur Bedrückung aller anderen Nationalitäten bereit waren, wenn sie nur dafür plein pouvoir in ihren Provinzen erhielten. Laut Wunsch der erbittertesten Panславisten konnte man Katholiken und Juden, Armenier im Kaukasus, Estländer und Letten im Norden bedrücken — sie sahen alledem im Vertrauen auf die bürokratische Allmacht ruhig zu.

Dagegen vermindert sich ihr Einfluß immer mehr, und alle anderen Nationalitäten verbinden sich gegen sie. Auch wurde ihre Volkstümlichkeit dadurch nicht größer, daß sie sich mit allen Mitteln nicht nur der Amnestie, sondern auch der Begnadigung der Revolutionäre und der politischen Verbrecher und sogar der teilweisen Herabsetzung ihrer Strafen widersetzen.

Überhaupt war die Herrschaft der 160000 Deutschen in den im ganzen zwei Millionen Einwohner zählenden Ostseeprovinzen nur so lange möglich, als sie auf die Unterstützung der russischen Regierung rechnen konnten. So war es auch früher. Die Verhältnisse haben sich jedoch mit dem Augenblick geändert, als auch in Rußland eine nationale Strömung erwachte. Gegenwärtig setzen die Deutschen in den Ostseeprovinzen alle ihre Hoffnungen in die Annahme, daß das Experiment mit der Duma mißlingen und die extreme Reaktion zur Herrschaft gelangen werde, welche auch ihnen zur Wiedererlangung des früheren Einflusses verhelfen werde. Diese Berechnungen ruhen jedoch auf ziemlich schwachen Unterlagen.

So wie die Sache jetzt steht, muß der Besitzstand der Deutschen in den Ostseeprovinzen, von welchem die deutsche Presse immer so viel geschrieben und an den sie so viel glänzende Hoffnungen geknüpft hat, zu Dingen gerechnet werden, die nicht mehr bestehen. Und das müssen wir den Deutschen lassen, daß sie sich ein derartiges Ergebnis ehrlich verdient haben, denn sie haben alles mögliche getan, um sich den Haß derer zuzuziehen, unter denen zu wohnen ihnen bestimmt war.

Aus Nr. 5 des Sokół (Lemberg)

vom Mai 1906:

Polnische Hymne.

O heiliges, polnisches Heimatland,
Du unser befestigtes Haus,
O welch unbegreiflichen Reiz
Hast du für uns.
In Dir ist mächtige Kraft,

Des Lebens ewige Quelle.
 O Polen, du mein liebes,
 O mein teures Heimatland,
 Von den Mauern Czestochaus herab
 Der Mutter-Gottes Blick,
 Deiner Herrin und Königin,
 Folgt jedem deinem Schritt.
 Und mit ihrem Schild bewaffnet,
 Gehüllt in ihren Zauber
 Gingst du groß und würdig
 Nach der Gegend von Chocim, Wien und Bar,
 Wo das Bett der Weichsel sich schlängelt
 Bis nach der Ostsee Strand.
 Bis dahin ist dein Name berühmt,
 Bis dahin deiner Geschichte Lauf.
 O hebe dich empor, du weißer Adler,
 O bewerkstellige das Wunder,
 Es möge die Sonne des früheren Ruhmes
 Beschau'n das polnische Volk!
 Vaterland, mein liebes,
 O Polen, du mein Heimatland,
 In dir wohnt eine mächtige Kraft,
 Des Lebens ewige Quelle!
 Für deine Freiheit und Ehre
 Ein freudiges Lied ertönen lassend
 Geben wir unser ganzes Leben hin,
 Vergießen wir all' unser Blut.

Aus Nr. 4 des Sodalas Marianus (Krafauf)
 vom April 1906:

Der internationale Marianenkongreß in Einsiedeln im Jahre 1906.

Schon gelegentlich des Marianenkongresses in Freiburg (1903) wurde der Wunsch ausgesprochen, ähnliche Versammlungen alle zwei Jahre folgen zu lassen. Ende 1904 versammelte sich in Rom ein weltlicher Kongreß und dieser war einer der Art und Weise, auf welchen man des 50-jährigen Gedenktages der Verkündigung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis gedachte.

Als Ort des nächsten Kongresses wurde damals, mit Einverständnis des Kardinals Fischer, des dortigen Erzbischofs, Köln bestimmt und der Kongreß auf das Jahr 1906 festgesetzt. Da jedoch die alljährliche Versammlung der Deutschkatholiken in den Grenzen der Kölner Erzdiözese stattfinden soll, hat Kardinal Fischer gebeten, den Marianenkongreß in einem anderen Jahre in Köln abhalten zu wollen. Da nun in zwei Jahren, als dem 50-ten Jahrestag der Erscheinung in Lourdes, besondere Feierlichkeiten stattfinden sollen, unter diesen auch ein internationaler Kongreß, so hat man beschlossen, als Ort für die diesjährige Versammlung das Städtchen Einsiedeln in der Schweiz zu wählen.

Es ist im östlichen (deutschen) Teil dieses Landes gelegen, Sitz einer Benediktinerabtei, berühmt seit Jahrhunderten durch eine wundertätige Statue der Mutter Gottes, welche zu ehren alljährlich Tausende von Pilgern aus dem Lande und von jenseits der Grenzen herbeieilen. Dieses schweizerische Czestochau ist auch gewöhnt Pilger aufzunehmen, und man muß zugestehen, daß es dies besser versteht, als unsere Wallfahrtsorte. Im August dieses Jahres wird sich dort ein Landeskongreß zu Ehren des allerheiligsten Herzens Jesu versammeln und unser Kongreß wird die Fortsetzung hiervon bilden, und zwar wird er in die Tage vom 18. bis zum 20. August fallen.

Der unlängst gewählte Abt der Benediktiner, Thomas Bossart, griff den Gedanken, sich in Ein-

siedeln zu versammeln, mit großer Freude auf, und der Bischof Johann Fidelis Battaglia in Coir übernahm auf Bitten der Organisatoren des Kongresses den Vorsitz in den Versammlungen.

Eins der Hauptziele soll die gemeinsame Verständigung sein mit all den Organisationen, die in den verschiedenen Ländern arbeiten, um den Ruhm der Mutter Gottes zu verbreiten, also mit den Bruderschaften, den Kongregationen, den Vereinen, der marianischen Presse, den Geistlichen, die in den Wallfahrtsorten arbeiten.

Hierüber belehren kann uns am besten das nachfolgende

Programm.

A. Internationale Organisation zu Ehren Marias.

I. Kongresse:

- a. Internationale Organisation zur Abhaltung von Kongressen, die alle zwei Jahre stattfinden sollen.
- b. Wahl eines ständigen ausführenden Komitees.
- c. Wahl nationaler Komitees und der Leiter derselben.
- d. Wahl von Diözesan-delegierten mit Vorbehalt ihrer Bestätigung durch die Bischöfe.
- e. Entwurf der Statuten.

II. Marianische Presse.

- a. Wahl des Pressesyndikats.
- b. Mittel zu ihrer allgemeinen Verbreitung.
- c. Eröffnung eines Zentral-Korrespondenzbureaus.
- d. Wahl der Korrespondenten.
- e. Entwurf der Statuten.

III. Heiligtümer Marias.

- a. Entwicklung der Pilgerfahrten.
- b. Entwurf eines Führers durch die verschiedenen heiligen Stätten.
- c. Eröffnung internationaler Bureaus zum Zwecke der Erleichterung der Pilgerfahrten.
- d. Entwurf der Statuten.

IV. Bruderschaften und Kongregationen.

- a. Bund der Bruderschaften und marianischen Kongregationen.
- b. Betrifft die Propaganda für sie.
- c. Betrifft Einführung von Versammlungen für die Sodalen.

V. Marienritter.

Ihr Wirken, ihre Organisation und Entwurf von Statuten, zugleich auch die Wahl von Vorsitzenden für die einzelnen Länder.

VI. Die schönen Künste im Dienste Marias.

- a. Bilder, Statuen, Medaillen, wie sie sein müssen.
- b. Art und Weise, ihre mißbräuchliche Fabrikation zu hindern.
- c. Marianische Bibliotheken und Museen.

B. Der belehrende Teil.

I. Die dogmatischen Referate sollen der Erklärung der Enzyklika Pius X., ad diem illum laetissimum vom 11. Februar 1904, die von dem Ruhm Marias handelt, gewidmet sein.

II. Liturgisch-strenggläubige Referate.

III. Historische Referate.

IV. Referate über den Einfluß des Ruhms Marias auf die sozialen Angelegenheiten.

Die Wahl der Arbeiten aus den letzten drei Teilen ist dem freien Willen der Autoren überlassen, insofern sie nur das Imprimatur ihrer Diözesanbehörde haben.

Erwünscht sind Arbeiten, die dem Leben und Wirken des heiligen Ludwig Maria Grignon de Montfort, des eifrigen Verkünders des Ruhmes Marias, des Verfassers des Traktats über die wahre Verehrung zu ihr, gewidmet sind.

Die Arbeiten müssen vor dem 1. Juli an den Prälaten Johann Kleiser, Protonotar und apostolischen Missionar in Freiburg i./Schweiz eingesandt werden. Dieser erteilt auch alle näheren Informationen.

Wir werden nicht verfehlen, über die weiteren Vorbereitungen zu dem Kongreß in den nächsten Nummern des „Sodalis“ zu berichten.

Maryan Vartinowski.

Aus Nr. 139 des Kurjer Warszawski (Warschau)

vom 21. Mai 1906:

Aufruf des Industrievereins.

Der Vorstand des Industrievereins in Warschau über sandte uns mit der Bitte um Veröffentlichung nachfolgenden Artikel:

Eine ganze Reihe von Monaten ist schon seit dem Zeitpunkt vorübergegangen, in welchem in unserem Lande der heiße Kampf mit den bisherigen sozialen Verhältnissen begonnen hat, ein Kampf in Form von stets erneuten und absichtlich herbeigeführten Streiks.

Bei den ersten Rundgebungen dieser Art waren die wirtschaftlichen Ziele, nämlich die Verbesserung der Existenz der Arbeiter, noch nicht so sichtbar, in die erste Reihe traten vielmehr politische Ziele, das Bestreben nach Freiheit, die, allen Volksschichten gemeinsam, dieser Bewegung die allgemeine Sympathie sicherten.

Bald jedoch traten die idealen Ziele, zu deren Erreichung der Streik führen sollte, in die zweite Reihe und sie nahmen einen immer mehr ausgeprägt wirtschaftlichen Charakter an. Und auch noch in dieser Form fand der Kampf, der die Arbeitsbedingungen und die schwierige Lage der Arbeiterklasse aufbessern wollte, freundliche Aufnahme bei der ganzen Volksgesamtheit.

Doch stets erneute und immer weitergehende Forderungen überschritten bald das Maß des Billigen und das Maß dessen, was unsere Produktionsverhältnisse aushalten konnten.

In unserem Lande, in welchem von einer Seite unsere Industrie es mit einer gefährlichen Konkurrenz zu tun hat, während sie andererseits, da sie hauptsächlich für den Markt im Zarenreiche produziert, mit der die geographisch günstiger gelegenen Märkte beherrschenden russischen Industrie konkurrieren muß, in unserm Lande also würde eine derart unverhältnismäßige Erhöhung der Produktionskosten sofort die Existenz der solidesten Unternehmen untergraben. Leider haben die in dieser Hinsicht gemachten Zugeständnisse nichts zur tatsächlichen Aufbesserung der Lage der Arbeiter beigetragen, denn, wie vorauszusehen war, es erfolgte zugleich mit den Aufbesserungen eine Preiserhöhung für die Wohnung, die Lebensmittel und die Bekleidungsstücke.

Schwache Stimmen der Vernunft, die laut zu werden begannen, konnten die öffentliche Meinung nicht überzeugen. Es genügt, an den warmen Beifall zu erinnern, der jeden Sieg der Streikenden über die Arbeitgeber begleitete, jede Erfüllung von Forderungen, die von den Arbeitern erpreßt worden war.

Die so dreist gemachte Bewegung überschritt denn auch bald die Grenze alles Billigen und, übermäßig gemacht durch den Mangel an Widerstand

und durch die Straflosigkeit, trat sie auf den Weg der Gewalttaten, auf den Weg der Anschläge auf das Privateigentum und auf die persönliche Sicherheit.

Streiks, als Kampfmittel zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen, sind von jeher überall vorgekommen. Nirgends haben sie jedoch jemals einen so wilden Charakter angenommen wie bei uns. Wo anders wurden gegenseitig Opfer gebracht, Zugeständnisse gemacht und gegenseitige Verständigung führte zur Festlegung von Bedingungen, die für beide Teile erfüllbar waren. Eine auf solcher Grundlage getroffene Verabredung wurde von beiden Teilen geachtet und die Arbeit wurde mit erneuten Kräften aufgenommen.

Im Gegensatz hierzu ist es bei uns ganz anders gekommen. Jedes gemachte Zugeständnis machte aufs neue begierig, erzeugte immer weitere unbegründete Forderungen und die getroffenen Verabredungen wurden seitens der Arbeiter in den meisten Fällen nicht gehalten.

Obgleich unsere Industrie in ihren Zugeständnissen viel weiter gegangen ist als es die Produktionsverhältnisse gestatteten, trotzdem die ungeheuren Verluste die Existenz vieler Unternehmer untergruben, reichte dies dennoch alles nicht aus, und es verhinderte nicht wieder stets erneute Streiks.

Die Streiks nahmen jetzt den Charakter des Klassenhasses an und waren ein Kampf mit der eigenen Volksgesamtheit. Die von der anarchistischen Agitation aufgehetzten Arbeiter begannen auf dem Wege des Terror die Befriedigung der ungerechtfertigsten Forderungen zu erzwingen. Die Streikenden verlangten die Allgewalt über die Werkstätten der Arbeit.

Ohne jeden gerechten Anlaß, unter gleichzeitiger Anwendung abscheulicher Gewalttaten, begannen sie die Meister aus den Fabriken zu jagen und den Fabrikanten und der Fabrikleitung gegenüber den Revolverterror anzuwenden. Denselben Terror wenden auch die Agitatoren und ihre Beschützer gegenüber den ruhigen und strebsamen Arbeitern an, deren Mehrzahl, noch nicht betört, froh wäre, zur normalen Arbeit zurückzukehren und froh wäre, die Möglichkeit zu haben, ruhig ihrem Verdienste nachzugehen.

Es wurden neuerdings von dem Gerberbunde abscheuliche Mißbräuche und Gewalttaten enthüllt, Vorkommnisse, die wenigstens bis jetzt noch nicht weggebannt worden sind und die die weitere Etappe auf dem Wege der Vernichtung zeigen, auf den die Agitatoren die Arbeiter drängen. Immer häufiger kommen die Fälle von Vernichtung von Waren vor, um Schaden anzurichten, wie es in den Gerbereien und während des Streiks der Schneider, der Schuhmacher usw. der Fall war.

Die Agitatoren versprechen den ihnen blindlings folgenden hypnotisierten Rasenden, daß sie auf diesem Wege in den Besitz der Fabriken und Werkstätten kommen würden, sie klären sie jedoch nicht darüber auf, daß sie, wenn sie auch auf dem Wege der Vergewaltigung des individuellen Eigentums die Werkstätten und Produktionsgerätschaften erlangen würden, diese dennoch für sich allein nicht zur Existenz ausreichen und keinem von ihnen Verdienst und Mittel zum Lebensunterhalt sichern würden.

Die schon heute sichtbaren Folgen dieser Gewalttaten sind mörderisch und der entstandene Schaden unberechenbar.

Der Wert der Arbeit ist gesunken, anstatt der Steigerung der Produktion sinkt ihre Skala immer

mehr, die Möglichkeit, irgend welche Termine inne zu halten, existiert nicht mehr, das Vertrauen der Kundschaft geht verloren, die schon längst gegebenen Aufträge werden zurückgezogen. Der Mangel an Arbeit macht sich immer mehr fühlbar. Unsere Industrie, die hauptsächlich für die Märkte im Zarenreiche produziert hat, ist nicht imstande, die Konkurrenz mit dem russischen Handel auszuhalten, bei dem weder die Dauer des Arbeitstages, noch die Produktionskosten eine Änderung erfahren haben, noch auch mit der uns überflutenden Industrie der Grenzstaaten, in denen ebenfalls der Arbeitstag nicht gekürzt worden ist und wo, unabhängig hiervon, die Produktion wegen der geringen Anzahl von Feiertagen eine größere ist.

Im allgemeinen gibt es jenseits der Grenze im Laufe eines Jahres 20 Arbeitstage mehr als bei uns.

Die Fabriken gehen eine nach der andern zu Grunde, in den Fabriken, in denen man noch arbeitet, ist die Produktion durchschnittlich 30 bis 50 Prozent und noch mehr zurückgegangen. Die auf's äußerste getriebenen Fabrikanten sind gezwungen zu liquidieren, oder wer es kann, der schließt seinen Betrieb auf unbestimmte Zeit. Viele haben, um das Leben zu retten, das Land verlassen. Immer weitere Kreise des Volkes sind ohne Arbeit, woraus die deutsche Industrie Nutzen zieht.

Die vernichtende Agitation ist nur gegen die Fabrikindustrie gerichtet, aber sie hat auch die Handwerker und Handarbeiter ergriffen, die zu Hause in eigenen Werkstätten arbeiten, und sie führt tausende solcher Leute ins Elend, in deren Interesse sie den Kampf zu führen angibt.

Ein schreiender Beweis dafür, daß die vernichtende Agitation die Grenzen des unmittelbaren Kampfes mit dem Kapital überschritten hat, sind die Streiks der Wasserwerke, Apotheken und vieler anderer, die gerade die Ärmsten treffen, und hierdurch zur Aufregung der ganzen Bevölkerung führen.

Nach dieser Aufregung streben die Heher der Bewegung, indem sie die Mengen der Arbeiter mit Utopien täuschen.

Der in Anregung gebrachte Streik der in den Krankenhäusern Angestellten ist auch ein klarer Beweis für die äußerste Verwilderung, die von den Umsturzparteien propagiert wird. Von den Spitälern zieht doch nur der ärmste Teil der Bevölkerung Nutzen. Der Streik des Hospitalpersonals hätte natürlich die Schließung der Krankenhäuser mit sich bringen müssen, es wäre dies also ein Schlag, der gegen die Elenden geführt werden würde. Und dies alles geschieht unter der Losung „des Kampfes mit dem Kapital und der Verteidigung der Interessen des Volkes“.

Die Arbeiter, deren größter Teil arbeiten möchte, wissen nicht, wie sie sich gegen die Gewalttaten und den Terrorismus schützen sollen, da gerade die vernünftigen Arbeiter, die keiner Arbeiteragitation unterliegen wollen, keiner Organisation angehören, die sie beschützen könnte.

Die Industriellen, sich selbst überlassen, sind, da sie keinen Punkt haben, an dem sie sich gegen das Schwinden des Gesetzes und der Ordnung wehren können, bei der Ratlosigkeit der Behörden nicht imstande, den schweren Folgen und dem Unglück vorzubeugen, das dem ganzen Lande durch die Fortdauer und das Tolerieren dieser Gewalttaten und dieser Gesetzlosigkeit droht.

In einem solchen Augenblicke, in der Erkenntnis der Bedeutung der Industrie und ihres fernereren Geschicks für das ganze wirtschaftliche Leben des

Landes und für die ungeheuren Massen der Arbeiter und Handwerker jeder Art; in dem Bewußtsein von dem Unglück, das der Allgemeinheit bei einer weiteren Fortdauer und dem weiteren Tolerieren dieser Gewalttaten und dieser Gesetzlosigkeit droht, — hält es der Industrieverein für seine Bürgerpflicht, die Aufmerksamkeit der ganzen Volksgesamtheit auf das bedrohliche der gegenwärtigen Lage aufmerksam zu machen, auf die Notwendigkeit der Beteiligung und tatkräftigen Hilfe der Presse, der öffentlichen Meinung, der Arbeiter selbst und überhaupt sämtlicher Faktoren, die in anderen Ländern nicht gestatten, daß die Anarchie und Gewalttaten ihnen über den Kopf wachsen.

Die Hilfe und die Beteiligung aller Leute ist hierzu notwendig. Die Industriellen allein sind nicht imstande, diese häßliche, mörderische Seuche zu bekämpfen, diesen häßlichen zerstörungswütigen Gegner, der das ganze Land zum Ruin treibt und es in einen Abgrund von Elend, Verzweiflung und Wildheit stürzt.

Der Vorstand des Industrie-Vereins.

Aus Nr. 141 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 23. Mai 1906:

Wieder die Anarchie.

Das erste Auftreten der russischen Duma hat für eine Zeit lang die Aufmerksamkeit unserer Volksgesamtheit von den inneren Verhältnissen des Königreichs abgelenkt.

Die Presse brachte in wirklich gewissenhafter Weise alle pathologischen Kundgebungen des Landesorganismus, aber die Leute waren allzusehr mit dem Wahlkampf und der Politik der Kadetten beschäftigt, um sich mit dem Blute tiefer zu beschäftigen, das die Anarchie unserem Lande abzapft, mit dem ungeheuren Maß von Elend, für das die Tore Polens von dem vom Zerstörungswahnsinn befallenen Sozialismus geöffnet worden sind. Ohne Widerhall gingen die alarmierenden Gerichte von Gewalttaten der Arbeiter in den Gerbereien vorüber, keinen Widerhall fand die Ermordung jener Schuster und Schneider, die, um ihre Familien vor dem Hungertode zu retten, entgegen den Befehlen des Streikkomitees um das liebe Stückchen Brot arbeiteten, ohne Widerhall blieb die massenhafte Vertreibung der national Denkenden aus den Fabriken und Werkstätten. Die Seele der Volksgesamtheit lebte nicht einmal vor Entrüstung, als die Zeitungen die Ermordung von zwei Frauen in Ilyh berichteten, von denen die eine aus dem Grunde ermordet wurde, weil sie vor Gericht ein den Terroristen ungünstiges Zeugnis abgelegt hatte, die andere, weil sie zufällig bei der Ermordung ihrer Genossin zugegen gewesen war. Tatsachen, die in allen zivilisierten Ländern das Innerste der Volksseele erschüttern würden, für welche in Amerika das Publikum das vergossene Blut durch Lynch rächen würde, haben bei uns nur einen schwächlichen Meinungsaustausch hervorgerufen, da man sich mit Kombinationen der „hohen Politik“ beschäftigte.

Und es mußte erst der Kollektivanruf des Industrievereins kommen, der Aufruf, der den Schmerz und die lange Furcht um die Zukunft des Vaterlandes ausdrückte, um wieder die Aufmerksamkeit der Volksgesamtheit auf die drohende innere Lage unseres Landes zu lenken.

In der Tat, dieser Aufruf mit seiner trockenen, jedes stilistischen Auspuges beraubten Charakteristik der Anarchie ist sprechender als viele feurige Prefaritel, die zur Rettung der bedrohten Posten auffordern. Niederdrückend ist die Macht der nackten Tatsachen, die der Industrieverein zur öffentlichen Kenntnis bringt. Wir kannten sie alle, aber erst jetzt, als sie in Reih und Glied vor uns standen, als sie zu uns nicht als vereinzelte Episoden der Anarchie sprachen, sondern als ein häßliches, ungeheures, düsteres Ganzes, erst jetzt wird die Volksgesamtheit vielleicht verstehen, daß das ganze Land auf einem Vulkan tanzt, und daß es, wenn nicht heute so doch morgen, in einen ungeheuren Schutthaufen verwandelt werden kann.

Dies ist schon nicht mehr eine Streikepidemie, das ist der wilde Schall der allgemeinen Zerstörung. Es helfen keine Zugeständnisse, es hilft nicht die schon bis auf die Spitze getriebene Nachsicht des polnischen Arbeitgebers gegenüber dem polnischen Arbeiter, denn der durch eine verbrecherische Agitation losgelassene sozialistische Furor fordert die allmächtige Diktatur, wenn auch um den Preis der Vernichtung alles Bestehenden. *Tabula rasa!* Und auf ihr der Thron des Proletariats!

Alle Verpflichtungen, alle Grundsätze sind geschwunden. Man hat es versucht, mit den Arbeitern einig zu werden, aber es genügt der Ruf des ersten besten Straßentribunen, im Augenblick alle Verabredungen zu nichte zu machen.

„Der Wert der Arbeit — so sagt der Aufruf — ist gesunken; anstatt der Vervollkommenung der Produktion senkt sich ihre Skala immer tiefer, die Möglichkeit, irgend welche Termine inne zu halten, existiert nicht mehr, das Vertrauen der Kundschaft geht verloren, schon längst gegebene Fabrikationsaufträge sind zurückgezogen worden.“

Eine Fabrik nach der anderen geht zu Grunde, und in denen, die noch arbeiten, ist die Produktion um 30 bis 50 Prozent und noch mehr gesunken. Die zum äußersten getriebenen Fabrikanten müssen liquidieren, oder sie schließen, wenn es möglich ist, ihre Etablissements auf unbestimmte Zeit. Viele gehen, um ihr Leben zu retten, über die Grenze.“ Aber hiermit noch nicht genug! Mord folgt auf Mord! Die ehrenhaftesten Menschen, die edelsten Beschützer der Arbeiterklasse erschlägt man, oder man fährt sie auf Schubkarren aus den Fabriken. Die Bureaus der Fabrikbeamten sind von wilden Volkshäufen belagert, die den gefangenen Beamten sogar das Wasser entziehen, damit sie „vor Durst krepieren sollten.“ In der Stadt treiben sich bewaffnete Banden umher und dringen in Privatwohnungen ein, um die Arbeiten, die von den Handwerkern mit nach Hause genommen worden sind, mit Petroleum und mit Schwefelsäure zu begießen. Jeden Augenblick fällt ein Schuß, jeden Augenblick gibt es eine Leiche.

Was nun? Schlagen wir an unsere Brust und sagen wir offen, daß zur Überhandnahme der Frechheit der Anarchie auch die Volksgesamtheit selbst beigetragen hat. Denn die Zeiten sind doch noch nicht lange vorüber, in denen jeder, der nur immer so dreist war nach Rücksichten zu rufen, mit einem sogenannten verächtlichen „chuligan“ zusammentraf.

Aber es scheint, daß die Stunde der Ernüchterung gekommen ist, und daß die Volksgesamtheit zu verstehen beginnt, daß nur ein kräftiger, solidarischer, rücksichtsloser Protest im Stande sein kann, die losgelassene Furie des Umsturzes aufzuhalten. Und dieser Protest muß sich vor allen Dingen durch die Beteiligung der Arbeitgeber an der Bekämpfung der Streikepidemie zeigen. Dieses gemeinsame Vorgehen brach die gewaltige Arbeitslosigkeit in Deutschland,

dieses gemeinsame Vorgehen offenbarte sich in dem Beschluß der Metallwarenfabrikanten in Frankreich, auf Grund welcher Organisation den sozialistischen Arbeitern der Arbeitgeberbund entgegengestellt wurde. Dieser Bund hat anerkannt, daß, solange die Streikbewegung nicht eine wirtschaftliche, sondern eine revolutionäre Bewegung ist, alle Zugeständnisse fruchtlos sein werden, und daß man sich des Unrechts und der Gewalttaten nur durch Übermacht erwehren kann. Ein Kompromiß sei unmöglich geworden und der Kampf müsse beginnen. Zu diesem Zwecke hat man beschlossen, alljährlich 6 Millionen Francs als Kampfmateriel zurückzustellen, um den von einem Streik bedrohten Fabrikanten zu ermöglichen, die Zeit des Arbeitsstillstandes auszuhalten. Es wurde weiter beschlossen, in jedem Falle solidarisch vorzugehen und auf einen Boykott mit einem Boykott zu antworten, auf einen Streik der Arbeitnehmer mit einem Streik der Arbeitgeber.

Auch in Italien beginnt die öffentliche Meinung nach den letzten sozialistischen Bewegungen ganz anders als bisher die Politik der Streiks einzuschätzen. Es entstehen ungeheure Organisationen zur Unterdrückung der Anarchie, es entstehen Verbände, die gestützt auf große Kapitalien, der Streikseuche ein Ende machen wollen. Und gleichzeitig meldet sich überall, bei der hohen Regierung, unter der Bourgeoisie, in den Kreisen der Handwerker, sogar unter den Arbeitern selbst das energische Bestreben, mit voller Rücksichtslosigkeit, mit allen Mitteln des Staates und des Gesetzes die wilde Agitation zu unterdrücken, die dem Arbeiter im Grunde genommen nur Tränen und Hunger bringt und das ganze Land in einen Trümmerhaufen verwandelt.

Das energische Auftreten des Kabinettspräsidenten Sonnino gegenüber den sozialistischen Abgeordneten wurde von der ganzen italienischen Kammer mit stürmischem Beifall begrüßt. Sogar die Linksparteien haben eingesehen, daß der Sozialismus schon heute jedes Recht auf Rücksicht eingebüßt hat. Es genügt mitzuteilen, daß die Arbeiter in Turin mit den Arbeitgebern einen Vertrag abgeschlossen haben, der ihnen eine ansehnliche Aufbesserung ihres Verdienstes garantierte. Die sozialistischen Aufbeher befahlen jedoch, diesen Vertrag zu brechen und sie motivierten ihr Vorgehen mit dem revolutionären Ausspruch: „die Arbeitslosigkeit muß fortdauern!“

Das Gleiche geschieht bei uns. Nicht um die Existenz des Arbeiters kümmert sich der Agitator, sondern um die Alleinherrschaft der Anarchie. Dort wo Ordnung herrscht und gearbeitet wird, verliert der Straßentribun des Sozialismus an Bedeutung und seine unumschränkte Gewalt. Sein Element und die Grundlage seiner Macht ist der Sturm, der Sturm ohne Ende. Er haßt also die Ruhe und sogar dort, wo das Interesse des Arbeiters befriedigt ist, ruft er mit Schaum vor dem Munde: „Die Arbeitslosigkeit muß fortdauern.“

Wann werden es die Arbeiter verstehen — sagt der Temps — daß zwischen dem Kapital und der Arbeit, trotz der Mißstände, die durch gesetzliche Vorschriften beseitigt werden können, viel mehr Berührungspunkte vorhanden sind als zwischen den Arbeitern, die von ihrer Arbeit leben und zwischen den Arrangeuren der Streiks, die mit dem Gelde der Arbeiter sich ernähren?

Dieser Augenblick — das glauben wir bestimmt — wird früher oder später kommen. Um aber das Bewußtsein des Proletariats schneller hervorzurufen, um die Allmacht der Anarchie zu brechen, um den Zauber der falschen Propheten des Umsturzes zu vernichten, ist nicht nur das gemeinsame Vorgehen aller Arbeit-

geber notwendig, sondern auch die Ernüchterung der öffentlichen Meinung, die schon zu lange mit dem äußeren sozialistischen Anschein von Humanität schon getan hat.

Das ganze Gebäude beginnt einzustürzen. Es ist also nicht Zeit zu subtilen Schattierungen bei der Abschätzung der Kundgebung des Terrors und der Geziellosigkeit. Man muß den Mut fassen, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, anstatt in jeder Gewalttat irgend einen Ausfluß großer Ideen zu suchen, und durch diese Nachsicht die allgemeine Disharmonie zu verstärken und die Raubjucht der betörten Haufen zu ermutigen. —ski.

Aus Nr. 88 des Robotnik*) (Warschau)

vom 27. April 1906:

Der landwirtschaftliche Streik.

Unsere Kräfte und Mittel.

In sechs Kreisen des Warschauer Bezirks haben schon seit einigen Tagen die landwirtschaftlichen Streiks begonnen. Auf einigen Vorwerken des Kreises Blonsk wurden unsere Forderungen schon nach einer eintägigen Arbeitseinstellung bewilligt. Zum größten Teil jedoch geben die Besitzer nicht nach und sie haben beschlossen, gegenüber dem immer weiteren Umsichgreifen des Streiks zu einer Beratung zusammenzukommen, um eine einheitliche solidarische Aktion gegen die Streikbewegung einzuleiten. Unverzüglich begann im ganzen Gebiete des Landes der Kampf zwischen der ländlichen Arbeiterklasse und den Vertretern des landwirtschaftlichen Kapitals. Einen leichten Sieg haben wir nicht erwartet und wir erwarten ihn auch jetzt nicht, deshalb haben wir uns auch bei Zeiten auf einen hartnäckigen Kampf vorbereitet.

Nicht alles ging nach den Absichten der Organisatoren des Streiks, nicht alles ließ sich zur rechten Zeit vorbereiten. Bei den heutigen entsetzlichen Zuständen mußten wir auf Schritt und Tritt zahlreiche Hindernisse überwinden. Die Beschaffung und Verbreitung von 1/2 Million Exemplaren von Streikflugblättern ist ein Werk, dessen sich unsere Parteitechnik mit Recht rühmen kann. Jedoch eine doppelte unverschuldete Unterbrechung Ende März und andere Umstände gestatteten unseren Technikern nicht, in der festgesetzten Zeit die Arbeiten zu beenden, die im Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Streik standen, weshalb sich der Beginn der Bewegung um eine Woche verschob, was mit Rücksicht auf den schnell vorübergehenden Zeitabschnitt der eiligsten Feldarbeiten unsere Gewinnchancen bedeutend verschlechtert hat, besonders in Gegenden mit leichtem Boden.

Andererseits erschweren der Terrorismus der Polizei, die fliegenden Abteilungen und andere Plagen des Kriegszustandes in allerhöchstem Maße die Arbeit unserer ländlichen Agitatoren.

In vielen Gegenden unseres Landes fürchtet sich die Landbevölkerung, terrorisiert durch die massenhaften Verhaftungen und die ungeheuren Geldstrafen, vor jedem fremden Menschen, der sich im Dorfe zeigt, und jeder unserer Agitatoren muß neben seinen unmittelbaren Aufgaben auf Schritt und Tritt jenen passiven Widerstand, jene Kraft

der Furcht überwinden, die in allerhöchstem Maße die Tätigkeit auf ländlichem Terrain erschweren. Natürlich hat die Nationaldemokratie nicht gezögert, Alles zu tun was den Streik schädigen konnte.

Die abenteuerlichsten Gerüchte wurden in Umlauf gesetzt, ganze Legenden über den erwarteten Streik wurden fabriziert, unter den Landbewohnern wurden verdummende Märchen verbreitet, um sie gegen die Streikenden aufzureizen. Es wurden besondere Kampforganisationen und fliegende Abteilungen geschaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Streikenden zu verzagen, was auch schon in dem berüchtigten vertraulichen Rundschreiben der Volksabteilung der Nationaldemokraten angekündigt wurde.

Man kann schwer voraussehen, welche Früchte diese provokatorische Arbeit tragen wird, in jedem Falle muß man darauf gefaßt sein, daß der normale Verlauf des wirtschaftlichen Kampfes in gewissen Orten von gemieteten Streikbrecherbanden gestört werden wird. Häufig jedoch werden jene Garden den Gutsbesitzern schlechte Dienste leisten, die streikenden Arbeiter werden sich im Gefühl ihrer gerechten Sache wehren und mancher von den Gutsbesitzern wird es bitter bereuen, daß er auf die bewaffnete Hilfe der schwarzen Bande der Nationaldemokraten gebaut hat. Wir unsererseits haben alles getan, was in unserer Macht stand, um den Streiks einen normalen Verlauf zu sichern und sie auf den Weg eines planmäßigen und zielbewußten wirtschaftlichen Kampfes zu leiten. Als wir an das Organisieren der Streiks gingen, waren wir uns der Schwierigkeit der ganzen Aufgabe sehr wohl bewußt.

Die größte und allerelementarste Schwierigkeit in dieser Angelegenheit bildet der Mangel jeglicher geistigen Kultur unter den breiten Schichten der ländlichen Arbeiterbevölkerung. Der Analphabetismus und die geistige Schwerfälligkeit haben die ländliche Arbeitermasse auf viele Jahre von den Kämpfen im Leben des industriellen Proletariats getrennt und auch heute ist das ländliche Volk, trotzdem das Getümmel der Revolution in seiner Mitte getobt hat, auf größere selbständige Handlungen noch nicht vorbereitet. Wenn das Empfinden für das soziale Unrecht unter dem landwirtschaftlichen Proletariat auch vollkommen klar ist, so ist es, im Ganzen genommen, doch noch sehr weit von dem Klassenbewußtsein entfernt, das den Menschen den revolutionären Schwung zu großen Taten gibt und das ihnen hilft, alle Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden.

Unser ländliches Proletariat ist in der heutigen Phase seiner Entwicklung noch nicht reif genug, sofort beim ersten Schlage das zu erringen, was ihm, nach genauer Berechnung, von dem landwirtschaftlichen Kapital unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gebührt.

Deshalb passen sich auch unsere Streikforderungen dem Maße der heutigen Bereitschaft und den Mitteln des ländlichen Proletariats an und sie sind niedriger als die Norm, die nach den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Landwirtschaft aufgestellt ist. Trotzdem stoßen diese Forderungen auf großen Widerstand seitens der Gutsbesitzer, weil sie ziemlich weit über die Norm der heutigen Hungerlöhne hinausgehen. Das ländliche Proletariat wird alle Kräfte zusammenraffen müssen, um die Verbesserung der Existenzbedingungen zu erringen, die ihm unsere Aufrufe bezeichnet haben. Ein jedes Überschreiten dieser auf das genaueste berechneten Skala könnte einen derartig rücksichtslosen Widerstand des landwirtschaftlichen Kapitals hervorrufen, daß er die frischen, im Klassenkampfe noch unerprobten Kräfte des ländlichen Arbeitervolkes brechen

*) Der Robotnik ist ein Organ der P. P. S. und erscheint in illegaler (geheimer) Weise in Warschau. (Red. des Gef. Überbl.)

und auf gewisse Zeit hinaus die weitere Entwicklung der ländlichen Arbeiterklasse lahm legen würde. Aber in der Angelegenheit der Dauer der Entwicklung des ländlichen Proletariats werden diese Forderungen und der Kampf um sie stets der Grundstein und der Ausgangspunkt zu weiteren wirtschaftlich-sozialen Errungenschaften bleiben.

Diesen unsern Streikforderungen werden wir einen besonderen Artikel widmen und wir werden bei der ausführlichen Besprechung dieses wichtigen Augenblicks die führende Idee hervorheben, die die ländliche Abteilung unserer Partei bei der Bearbeitung dieser Forderungen geleitet hat.

Aus Nr. 88 des Robotnik (Warschau)

vom 27. April 1906:

Veröffentlichungen der P. P. S., die dem landwirtschaftlichen Streik gewidmet sind.

Aufruf des Zentralarbeiterkomitees an die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in 100 000 Exemplaren.

Aufruf des Zentralarbeiterkomitees an die Landleute. 100 000 Exemplare.

Aufruf des Zentralarbeiterkomitees an die Gutbesitzer. 20 000 Exemplare.

Fingerzeige für die Streikenden. 50 000 Exemplare.

Allgemeine Forderungen. 100 000 Exemplare.

Die Aufgaben des Kreises Ploß. 5000 Exemplare.

Aufruf an die auf Gütern beschäftigten Fachhandwerker. 15 000 Exemplare.

„Ein gutes Wort der P. P. S. an das ländliche Arbeitervolk“. 2000 Exemplare.

„Was bezwecken die landwirtschaftlichen Streiks?“ 5000 Exemplare.

„Volkszeitung Nr. 13 (Streiknummer)“ 50 000 Exemplare.*)

Aus Nr. 89 des Robotnik (Warschau)

vom 28. April 1906:

Genossen!

Es naht heran unser großer Arbeiterfeiertag — der Tag des ersten Mai!

Wenn wir an diesem Tage eine Befichtigung unserer Armee vornehmen werden, so wird dies nicht eine friedliche Parade sein, sondern eine Mobilisation der Kriegerkräfte gegenüber den mobilisierten zarischen Soldnern.

Wir müssen zeigen, daß die Zehntausende von blutigen Opfern, die das Proletariat Rußlands und Polens im Kampfe um die Freiheit gebracht hat, die Energie nicht geschwächt, unsere Reihen nicht gelockert haben.

Der Feind lauert auf den Augenblick unserer Ermattung. Sowohl der Zar als auch die Bourgeoisie wollen uns alles das entreißen, was wir schon errungen haben, sie wollen unsern Siegeszug aufhalten.

Stellen wir an unserm Feiertage jede Arbeit ein, mögen die Werkstätten und Fabriken still stehen! Durch einen allgemeinen Streik im ganzen Lande wollen wir unsere Kraft bekunden, und dort, wo es möglich ist, wollen wir zu Straßendemonstrationen übergehen.

Wir müssen zeigen, daß wir zum weiteren Kampfe bereit sind.

*) Hiernach sind also etwa 450 000 Flugblätter sozialistischen und aufreizenden Inhalts unter das Landvolk verteilt worden. (Red. d. Ges.-überbl.)

Auf zum Mai feiertag, Genossen und Genossinnen! Mögen die Feinde erzittern! Möge Freude und Fröhlichkeit in unsere Herzen dringen!

Es lebe der erste Mai!

Es lebe die Revolution!

Aus Nr. 89 des „Robotnik“ (Warschau)

vom 28. April 1906:

Unsere Amnestie.

Seit einer Reihe von Wochen arbeiten die Henker des Zaren unaufhörlich, um in aller kürzester Zeit alle ihnen zugänglichen Freiheitskämpfer an den Galgen zu bringen. Wehrlose Gefangene erwartete meist ohne Urteil oder, was auf eins herauskommt, durch das Urteil des schurkischen Kriegsgerichts unfehlbar der Tod, wenn die Schurken Grin, Konstantinow oder Iwanow erklärten, daß das von ihnen gequälte Opfer zu den Kämpfern gehört habe.

Die bürgerlichen Zeitungsschreiber hatten für diese Ehrlosigkeiten keine Worte des Protestes, — sie verstanden es nur, bei den Wahlen zur zarischen Duma zu politisieren, sich das Heil von der — Amnestie zu versprechen.

Es lernten die staatliche und zarische Amnestie kennen der Landmann Chojnacki und so viele andere, deren Leichen den Märtyrerweg der Revolution bezeichnen. Wir ziehen es vor, auf eine andere Amnestie zu rechnen, auf die kühne und entschlossene revolutionäre Tat.

Am 24. April wurden dem Untersuchungsgefängnis in der Dwiebnastr. (Pawia) 10 Gefangene entlassen, denen die Todesstrafe drohte: Hochocki, Gaczewski, Drocki, Morganty, Volk, Jndyci, Rudakowski, Michalski, Klotaczewski und Czarniecki. Diese Gefangenen warteten seit einer Reihe von Wochen auf Erfüllung ihres Geschicks. Aber eine Hand voll Genossen, es waren nur sieben, brachte ihnen die Freiheit. Der Plan war bisher in der Geschichte unerhört und zugleich herrlich, sowohl was den Einfall als auch die Ausführung anbetrifft.

Abends übersandte angeblich der Oberpolizeimeister Meyer telephonisch einen Befehl, in dem ein vollständiges Verzeichnis von 10 Personen aufgeführt wurde, die des Nachts nach der Zitadelle überführt werden sollten. Laut Befehl sollten die Gefangenen und der Transportwagen 2 Uhr nachts bereit sein. Um die bezeichnete Stunde erschien im Pawia ein Genosse Gendarmerieoffizier mit sechs Polizisten. Es wurde eine vorzüglich gefälschte „bumaga“, dieser Fetisch der russischen Bürokratie, überreicht und nach 15 Minuten fuhr diese Maskerade die vorerwähnten Genossen in dem Wagen heraus. Sorge bereitete nur der Fuhrmann, da viel davon abhing, daß er nicht vorzeitig Lärm schlug. Er wurde gefesselt, ihm ein Knebel in den Mund gesteckt und er in diesem Zustande in dem schnell geleerten Gefängniswagen zurückgelassen. Es wurden also 10 Leute gerettet, ohne daß ein Tropfen Blut vergossen wurde.

Die Brownings kehrten mit allen Patronen in ihren Behältern zurück und unsere Genossen sind jetzt schon an einem sicheren, solchen Leuten wie Grin unzugänglichen Orte.

Aus Nr. 93 des Robotnik (Warschau)

vom 9. Mai 1906:

Genossen!

Am 10. Mai beginnen die parlamentarischen Verhandlungen des Bürgertums des ganzen Staates mit der zarischen Regierung.

In der zarischen Duma organisieren sich die Vertreter des Bürgertums gegen das revolutionäre Proletariat.

Die Regierung wendet sich an die bürgerlichen Abgeordneten und verlangt ihre Hilfe zur Beruhigung des Landes, zur Dämpfung der revolutionären Bewegung.

In der Duma wird das Bündnis des Bürgertums mit der mörderischen Regierung geschlossen werden, früher oder später, das Bündnis der Gegenrevolution, das Bündnis der Verräter des Volkes?

Im ganzen Lande wütet noch der Kriegszustand. Die zarischen Gefängnisse sind mit unsern Brüdern überfüllt. Verräterische Todesurteile sind fast tägliche Erscheinungen.

In einem solchen Augenblick geht das Bürgertum zur Duma, in einem solchen Augenblick soll der Verrat der Revolution ausgeführt werden.

In diesem Augenblick kann das Proletariat nicht schweigen. Es wird auch nicht die Arbeiterklasse verstummen, deren opferwilliges Blut die zarische Regierung in Strömen vergossen hat, die ohne Freiheit nicht leben kann.

In dem Augenblick, in dem der Verrat des Bürgertums ausgeführt werden soll, antwortet das Proletariat:

Weg mit dem Zarat!

Weg mit der zarischen Duma!

Weg mit der bürgerlichen Gegenrevolution!

Es lebe die Warschauer Konstitution!

Keine Verhandlungen mit dem Zarat!

Tod dem Zarat!

Im Namen dieser Losungen wird das Proletariat nicht ruhen, bis im letzten bewaffneten Kampfe die Grundlagen des Zarats zusammenstürzen werden und die Revolution siegen wird.

Im Namen dieser Losungen proklamiert das Arbeiter-Zentralkomitee der P. P. S. einen eintägigen Generalstreik für Donnerstag, den 10. Mai, und wir fordern die Genossen auf, überall, wo es nur möglich ist, sich manifestierend auf den Straßen zu zeigen.

Es lebe die Revolution!

Aus Nr. 93 des Robotnik (Warschau)

vom 9. Mai 1906:

Zum 10. Mai.

Am 10. Mai versammelt sich in Petersburg die Duma. Nicht diese Duma ist gefordert worden, nicht um diese Duma hat das revolutionäre Proletariat Polens und Rußlands gekämpft. Es hat ein **anderes** Parlament verlangt, **andere** Vertreter, **andere** Wahlen. Diese Duma nennt man die Kosakenduma. Es (das Proletariat) hat sich von ihr abgewendet, es hat den scheinbaren Konstitutionalismus, der von der Regierung der Revolution entgegengestellt wurde, verachtet, es ist wohl erschreckt und in seiner Existenz bedroht, aber es ist noch nicht gestürzt, es lebt noch. Unter dem Schutze der Bajonette des Herrn Skallon wählte das polnische Bürgertum ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Nationalität, unter wunderlichen politischen Kombinationen, entgegen der Majorität des polnischen Volkes, entgegen den Millionen der arbeitenden Bevölkerung, sechsunddreißig Strohänner, die in ihrem Unverstand, in ihren nationalistischen Stiefeln sich anmaßen, Vertreter einer solchen Nation, wie es die unfrige ist, zu sein. Diese Usurpatoren der augenblicklichen politischen Gewalt versprechen, daß es ihnen

gelingen wird, mit fester Hand in der Petersburger Duma die Freiheit der Nation zu erkämpfen; wenn sie dort ihre Stimmen mit dem Chor der russischen Konstitutionellen vereinigen würden, dann würden sie sogar die Autonomie des Königreichs Polen erkämpfen. Weiter reichen schon nicht mehr die nationalistischen Träumereien des polnischen Bürgertums, weiter reichen nicht mehr die Gedanken der Nationaldemokraten.

Aber was hat denn auch der wirklich Demokratismus mit der Nationaldemokratie mit Ausnahme des Titels gemeinsam? Beginnt denn die Krähe in den Farben des Papageis zu schimmern, wenn wir ihr einen Flügel grün färben, oder wird denn die Henne zum Pfau, wenn wir ihr einen Pfauenschweif anbinden? Und deshalb baut das polnische Proletariat keinerlei Hoffnungen auf die Repräsentanten, die die bürgerlichen Pharisäer in die Duma gesandt haben, die unter dem Schutze der Bajonette die allpolnischen feigen Memmen enthandt haben, die ländlichen und städtischen Bürger, die um ihr Kapital zitterten. Die nächste Zukunft wird wenigstens die klar blickenden Leute belehren, daß diese 36 Gesalbten des Herrn Skallon und des polnischen Kapitalismus nur aus dem Grunde hingefahren sind, um in der Petersburger Duma ihre ganze Politik des Eynismus, der Eigenliebe, des Rückgangs und des Verrats zu zeigen, diese Politik, die von den polnischen Sozialisten schon seit vielen Jahren gebrandmarkt wird. Man wird erfahren, daß der politische und soziale Fortschritt, daß das Streben nach Freiheit, daß der wahre Demokratismus in Polen nur im sozialistischen Lager lebt.

Wir legen noch einmal Protest gegen die zarische Duma ein, gegen die Annäherung der politischen Gewalt durch die Minorität, die, die Bajonette und Kartätschen der zarischen Regierung benutzend, in der drückenden Luft der staatlichen Reaktion zu Abgeordneten Mandatsträger der altpolnischen Dummheit, der altbürgerlichen Feigheit und des Verrats gewählt hat.

Die Wahl solcher und ähnlicher Abgeordneten ist noch etwas mehr, noch etwas hundertfach schlimmeres: Es ist ein brutaler Diebstahl, da diese zarische, diese kosakische, diese vom Proletariat verachtete Duma doch die Krönung der ersten Etappe der Revolution ist. Nicht einmal diese Duma wäre jemals in dem despotischen und bürokratischen Rußland entstanden, wenn nicht die Revolution gewesen wäre. Und heute geht in diese Duma, zu deren Erkämpfung das polnische Bürgertum nichts beigetragen hat, in diese Duma, deren Ziegel mit dem Blute des kämpfenden Proletariats getränkt sind, des Proletariats, das unser Bürgertum zu unterdrücken trachtet, dem es auf den Lebensweg Dornen und scharfkantige Steine streut, in diese Duma geht heute das Bürgertum, um dort gegen das Proletariat gerichtete Gesetze zu beschließen. Das Proletariat hat dies schon durchschaut und es erwartet von dem Bürgertum nicht anderes als Verrat. Es verachtet die bürgerliche Duma und die bürgerliche Dankbarkeit. Es erinnert nur daran, daß sein Protest gegen die Duma, gegen die Wahlen, gegen die Usurpatoren, nicht nur ein Protest auf dem Papiere sein wird. Das Proletariat hat sein Schwert nicht in die Scheide gesteckt, auch noch nicht den friedlichen Waffenstillstand angekündigt. Das Gegenteil ist der Fall! Noch einmal erinnert es daran, daß die Revolution noch immer fort dauert, daß sie von Tag zu Tag wächst und daß sie nicht aufhören wird, bis alle Forderungen des arbeitenden Volkes erfüllt sein werden, bis sich die Warschauer und die Petersburger Konstituanten versammeln werden, und beide von dem höchsten Willen des arbeitenden Volkes und nicht von Klassenprivilegien berufenen gesetzgebenden

Körperchaften die wirkliche demokratische Konstitution hoch halten und das gegenseitige Verhältnis des polnischen und des russischen Volkes festsetzen werden.

Aus Nr. 93 des „Robotnik“ (Warschau)

vom 9. Mai 1906:

Das Ende Wittes und was wird nun geschehen?

In dem automatischen Puppentheater, das auch russischer Staatsrat genannt wird, ist ein Hanswurst durch einen andern ersetzt worden. Das bisher von Herrn Witte innegehabte Portefeuille erhielt mit dem Willen des Oberregisseurs, mit dem Willen des in den Palästen der kaiserlichen Stadt verborgenen Generals Trepow, der neue Ministerpräsident Gorewitsch. Bedeutet dieser Dekorationswechsel auch einen Systemwechsel? Die Frage ist wert, um sich genauer mit ihr zu beschäftigen.

Zunächst wollen wir den Fall des Herrn Witte besprechen. Als Herr Witte im Herbst vorigen Jahres zurückkehrte nach glücklicher Beendigung des Friedensschlusses mit Japan, da betrachtete ihn die russische öffentliche Meinung als den von der Vorsehung gesandten Mann, der es verstehen würde, auch im Innern des Reiches die Ruhe wieder herzustellen, die Revolution zu unterdrücken und die schwankende Regierungspolitik auf das Gebiet der Reform zu leiten. Man sagte damals, daß der geniale Vermittler, der es verstanden hatte, Rußland mit Japan zu versöhnen, auch jener geniale Faktor sein würde, der es verstehen würde, die zarische Regierung mit dem revolutionären russischen Volke zu versöhnen. Die Hofclique verstand es auch, den Zaren hiervon zu überzeugen und eines Tages erfuhren wir von einem Memorial, in welchem Herr Witte die weitgehendsten sozialen und konstitutionellen Reformen, Garantien der bürgerlichen Freiheit und viele andere Dinge ankündigte, die mit Haut und Haar aus der englischen Konstitution abgeschrieben waren. Der Zar erkannte dies Memorial als verpflichtend für das russische Ministerium an und am 30. Oktober unterschrieb er den sogenannten Konstitutionsakt, der mit kurzen Worten den Inhalt jenes Memorials enthielt. Es gab damals in Rußland naive Leute, die behaupteten, man müsse diese Versprechen, diese Eide ernst nehmen. Witte, als der einzige verschlagene Bureaukrat Rußlands, hatte nach ihrer Meinung eingesehen, daß man fernerhin Rußland nicht mehr selbstherrlich und despotisch regieren könne und daß eine Konstitution zur ferneren Existenz der monarchischen Gewalt im russischen Reiche unbedingt erforderlich wäre.

Sie irrten sich. Witte erschrak unter dem Einfluß der allgemeinen Streiks vor den Drohungen des Volkes und gab nach. Gleichzeitig aber bemühte er sich darum, in ganz Rußland blutige Zwistigkeiten zwischen den reaktionären und fortschrittlichen Elementen hervorzurufen, die wilden Instinkte des Lumpenproletariats zu wecken und diese Instinkte gegen die Intelligenz und gegen die Juden zu heizen. Wenn dieses Mittel auch die Revolution nicht ersticken, wenn es sie auch nicht im Blute der Revolutionäre ertränken würde, so würde es sie doch auf jeden Fall schwächen. Das war der wahre Witte, dieser alte russische Bureaukrat, der an nichts glaubt, ausgenommen an den 20-ten eines jeden Monats, an welchem Tage man in den Regierungskassen die Beamtengehälter auszahlt. Das war der wirkliche Witte, dieser alte Börsenspieler, der nach zwei Fronten hin spekuliert, der mit der einen Hand auf Hausse

setzt, während er mit der andern Hand Baisse spielt, der Witte, der vorwärts geht, sich aber zugleich auch den Rücken deckt. Einen solchen Mann darf man nicht nach seinen Versprechungen und Eiden fragen. Was gehen ihn Versprechungen und Eide an. Für ihn ist die Wahrheit — maskierte Lüge; ein solcher Mann wundert sich, daß es Leute gibt, die aus seinen Worten die Wahrheit heraus hören wollen. Und als später, im Gewühl der blutigsten Reaktion Witte gefragt wurde, warum er die, die an ihn glaubten, in die Irre geführt hätte, wunderte er sich, daß man seine Worte so falsch, so unrichtig verstanden hätte. Nur die Sozialisten, nur die Revolutionäre hatten den Wert seiner Worte richtig geschätzt. Nur sie allein bauten keine Luftschlösser. Sie allein wußten, daß sie ohne Kampf nichts erreichen würden, daß die Regierung im Kampfe mit der Nation erst noch ein Laojan, Mukden und Tschuschima erleben müsse, daß erst dann, wenn sie vollkommen geschlagen und vernichtet sein werde, man an eine Konstitution und an eine demokratische Regierung denken können. Die Bourgeoisie ließ sich betören und erkannte erst dann, als sie den Apfel vom Baume der Erkenntnis gegessen hatte, das Gute und das Böse. Man muß hinzufügen, daß der Genuß dieses Apfels ein Meer von Blut gekostet hat.

Schon im Dezember ließ sich in Rußland niemand mehr von Witte täuschen und niemandem lag etwas an seinem längeren Bleiben im Amte. Sogar am Hofe ließ sich niemand mehr von seiner Fähigkeit täuschen und Trepow und Durnowo bedauerten, daß der Zar nachgegeben und überhaupt irgend welche Konstitutionsdokumente unterschrieben hatte. Zwar sagte der Zar, daß er sich nie seiner Selbstherrschaft entäußern werde oder entäußert habe, aber es war doch immerhin unangenehm, daß die russischen und ausländischen Zeitungen die Nachricht gebracht hatten, der Zar hätte sich seiner Selbstherrschaft entäußert. Folglich liegt er jetzt. Was noch schlimmer ist, die geringsten Leute wiederholen jetzt, daß der Zar ein Verräter und Betrüger ist. Diese Gerüchte sind auch durch die Mauern des Zarenpalastes gedrungen und haben dort widerliche Empfindungen erweckt. Wer war der Schuldige? Nur Witte. Und bald beschloß man, den Faktor zu entfernen, der alles versprochen, aber nichts gehalten, der seinem Herrn Verluste und Demütigungen verschafft hatte.

Und der im Oktober allmächtige Witte wäre schon im Januar geflogen, wenn nicht — das Geld gewesen wäre.

Der Schatz war leer und man mußte ihn mit Gewalt füllen. Der frühere Finanzminister Kokowzew wurde nach Paris gesandt, um sich wegen einer Anleihe zu bemühen. Kokowzew kehrte leer heim. Die Hofclique, Durnowo, ja selbst der nächste Vertraute des Zaren, Trepow, erklärten, daß nur Witte, der Liebling der Börse und der Bankiers, sich um Geld bemühen könnte und deshalb blieb Witte länger im Amte und er tat als regierte er Rußland. In der Tat geschah dies nur dem Anschein nach. Rußland wurde auch weiter von Trepow und Durnowo regiert. Rußland wurde auch weiter von den Kosaken und der schwarzen Bande, die seit längerer Zeit als staatliche Institution organisiert ist, regiert. Schließlich wurde jedoch Anfang April die Anleihe perfekt und in diesem Augenblick wurde Witte gezwungen, seine Demission einzureichen. Man hörte auf mit ihm zu rechnen. Im kaiserlichen Lager verständigte man sich mit Durnowo, ohne auf den Ministerpräsidenten irgend welche Rücksicht zu nehmen. Im Ministerrat erlaubte sich Durnowo auf herausfordernde Art die Ansichten und Worte Wittes zu kritisieren. Um das Maß des Bösen vollzumachen kam der den russischen Satrapen völlig unerwartete

allgemeine Sieg der Kadetten. Witte begann zu befürchten, daß, wenn er gemeinsam mit Durnowo vor der Duma stehen würde, mit diesem Mörder, dessen Hände so häufig mit dem unschuldig vergossenen Blut der Opfer der Reaktion bes Fleckt worden sind, er es nicht verstehen würde, die Sturmflut der Reaktion aufzuhalten, und daß er zugleich mit dem ganzen Kabinett stürzen würde. Wenn er also Durnowo vor Eröffnung der Duma würde stürzen können, dann würde es ihm vielleicht gelingen, so rechnete er, die Duma zu betören und die ganze Verantwortung für die abscheuliche Reaktion auf den dann nicht mehr anwesenden Durnowo zuwälzen. Aus diesen Gründen übersandte Witte dem Zaren sein Gesuch um Entlassung, in welchem er anführte, daß er nicht länger mit Durnowo zusammen arbeiten könnte. Der Zar erklärte sich mit der Entlassung Durnowos einverstanden, genehmigte aber zum großen Erstaunen Wittes auch dessen Gesuch. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!

Auf diese Art erlosch an dem Horizont der russischen Bureaufkratie der Stern Wittes. Keiner wird es bedauern. Wenn Witte Ende Oktober gegangen wäre, dann wäre er demonstrativ gegangen, die naiven Leute hätten hinter diesem Abgang die Absicht des Premiers gesucht, Rußland zu dienen, Rußland zu retten. Weil ihm dies nicht gelungen sei, wäre er gegangen. Aber Witte ist nicht abgegangen. Staatsmänner gehen wohl ab, nicht aber Bureaukraten. Ehrliche Leute kapitulieren, aber nicht Börsenleute. Gladstone wäre gegangen, aber nicht Witte. Heute würde der Pflanzler den Neger, der lieber dem Pflanzler als der Nation dienen wollte, über die Schwelle jagen. Die öffentliche Meinung wälzt Witte die Verantwortung für die blutigen Geschehnisse der letzten Monate auf. Die Schatten von Zehntausenden der hinterrücks überfallenen Opfer werden die Zimmer bevölkern, in denen der pensionierte russische Premier ausruhen wird. Die Zeit wird nichts verwischen, wird nicht die blutigen Flecken weglöschen, wird nichts entschuldigen, wird nichts vergessen.

Sergius Juljewitsch Witte hieß sein ganzes Leben Sergius Juljewitsch — Zulik. Als solcher wird er in die Geschichte übergehen. Früher wurde er genannt Witte, der Börsenspieler, dann wurde ihm der Beiname Witte, der Faktor, gegeben. Die letzten Monate fügten diesen Titeln noch den Beinamen hinzu: Witte, der Schinderknecht.

Herr Trepow zog am Schnürchen, Herr Witte fiel um und an seine Stelle trat Goremykin. Was bedeutet dieser Wechsel? Etwa einen Wechsel des Systems? Wer ist denn dieser Herr Goremykin? Etwa ein Vertreter der russischen Nation? Ach bewahre, er ist ein ebensolcher Bureaukrat wie Herr Witte, ebensolch ein reaktionärer Mensch wie Herr Durnowo, er ist ein Mensch, der es verstanden hatte, zu Alexanders III. Zeiten, also in den Zeiten der schlimmsten russischen Reaktion, Minister zu sein. Und dennoch kennzeichnet die Ernennung Goremykins eine charakteristische Änderung in der Politik des Zaren. Goremykin gilt für einen Kenner der ländlichen Verhältnisse. In der Duma werden sich sehr viele Landwirte befinden. Viele von diesen wissen noch nicht, welcher Partei sie sich anschließen sollen. Deshalb versucht die Regierung alles, um die Vereinigung der Landwirte mit den Kadetten nicht zustande kommen zu lassen und sie bemüht sich, in der Duma eine Bauernpartei zu schaffen, auf die sie ihren Einfluß geltend machen könnte. Sie hat sogar einen gewissen Terogin gefunden, der sich den Bauern im Grodzker Gouvernement gegenüber als Kadett ausgab

und als solcher von ihnen in die Duma gesandt wurde. Jetzt hat Terogin seine Karten aufgedeckt und hat Herrn Durnowo seine Dienste angeboten. Herr Durnowo hat sich mit ihm verständigt und Herr Terogin hat in St. Petersburg ein Haus bezogen, in welches die Gouverneure alle ländlichen Deputierten dirigieren. Bis hierher war alles in Ordnung. Herr Durnowo empfing Terogin, Herr Terogin empfing das Haus und er wollte auch die Deputierten empfangen. Aber die Deputierten erkannten den Verrat und verließen das Haus. Sie erklärten, man hätte sie nicht nach St. Petersburg gesandt, um Verhandlungen mit dem Agenten des Herrn Durnowo zu führen, sondern um die Freiheit des Volkes zu verteidigen und Grund und Boden für dasselbe zu erringen. Sie sammeln sich jetzt in St. Petersburg und in ihren Versammlungen fallen Beschlüsse, von denen Herrn Goremykin die Ohren klingen werden. Die Bauern fordern allgemeine Amnestie, sie fordern, daß die vorige Regierung vor Gericht gestellt werde, sie fordern die bürgerliche Freiheit, sie fordern Grund und Boden. Sie werden sich leicht überzeugen, daß sie in nicht allzulanger Zeit mit diesen Forderungen anstoßen werden, daß die von der zarischen Regierung berufene Duma diese ihre Forderungen nicht wird berücksichtigen können, daß man sie also auflösen oder daß sie sich von selbst in eine revolutionäre Duma, in eine Konstituante, verwandeln wird. Hierüber werden wir später, sobald die Duma ihre Arbeiten aufgenommen haben wird, schreiben. Heute handelte es sich nur darum, zu zeigen, daß es gleich ist, ob Witte oder Goremykin. Die russische Bureaufkratie kann die tragische Situation, in der sich die russische Regierung befindet, nicht lösen. Die letzten Mohikaner der verschwindenden Bureaufkratiemwelt versuchen mit verschiedenen Schlüsseln die Türen, die das neue Leben verbergen, zu öffnen. Es helfen jedoch weder Schlüssel noch Dietriche, weder Arzte noch Kartätschen. Die Bureaufkratie vermag auf keine Weise diese Tür zu öffnen. Die Bureaufkratie kennt nicht die Zauberformel, auf welche sich, wie im arabischen Märchen, das Sesam öffnet. Diese Zauberformel kennt nur eine Macht in dem weiten russischen Reiche und diese erlösende und schöpfende Macht ist die — Revolution.

Aus Nr. 94 des „Robotnik“ (Warschau)
vom 14. Mai 1906:

An die Bezirkskomitees.

In der vorletzten Sitzung der örtlichen Organisations- und Agitationsabteilung wurde der exekutiven Abteilung die Herausgabe einer Schrift, die sich speziell der Organisationsfragen annimmt, empfohlen. Kraft des Beschlusses des Zentral-Arbeiter-Komitees werden besondere Nummern des Robotnik erscheinen, die vorwiegend oder ausschließlich den Organisations-Angelegenheiten gewidmet sein sollen. Die heutige Nummer des Robotnik ist die erste dieser Art. Weitere Organisationsnummern werden, entsprechend den Einsendungen diesbezüglichen Materials seitens der Bezirkskomitees, folgen. Bis jetzt haben die größten Bezirke: Warschau Stadt, Lodz, das Kohlenrevier, keinen Rechenschaftsbericht über den Stand der Entwicklung der Parteibewegung im April gesandt. Wir bitten alle Bezirkskomitees, die bis jetzt den Bericht für April noch nicht eingesandt haben, diese Angelegenheit sofort zu erledigen.

Die Exekutive der örtlichen D.-A.-Abteilung.

Aus Nr. 96 des „Robotnik“ (Warschau)
vom 18. Mai 1906:

Aus dem Parteileben in Warschau.

Aus Praga.

Die in dem Rechenschaftsbericht aus Praga enthaltenen Ziffern geben wir mit Vorbehalt wieder; völlige Genauigkeit war, trotz der Bemühungen, nicht zu erreichen gewesen. Unsere Angaben, welche 13 Fabriken betreffen (alle größeren und ein Teil der kleineren Fabriken unseres Bezirks), von denen wir bisher eine Antwort erhalten haben, genügen indessen, um den allgemeinen Stand der Sache zu charakterisieren.

Insgesamt arbeiten in diesen Fabriken 3100 Arbeiter (hierunter 1340 Frauen). In dieser Zahl sind enthalten:

1. Ständige Abnehmer des Robotnik und anderer Veröffentlichungen der P. P. S. sind 850 vorhanden oder ein Viertel der gesamten Arbeiter-schaft.
2. Beiträge an die Kasse der P. P. S. zahlen 1040 oder mehr als ein Drittel.
3. Die Zahl der Leute, die sich für das Programm der S. D.*) aussprechen, beträgt 135 oder $\frac{1}{23}$ der Gesamtzahl.
4. Die Zahl der Leute, die sich für das Programm der N. D.***) aussprechen, beträgt 135 oder $\frac{1}{23}$ der Gesamtzahl.
5. Volksparteiler 2, Proletarier 1.
6. Arbeiter, die sich für die Bewegung nicht interessieren, sind 550 oder über $\frac{1}{6}$ der Gesamtzahl vorhanden.

Auf Grund der vorstehenden Berechnungen können wir sagen, daß lediglich die Arbeiterorganisation der P. P. S. im Arbeiterleben in Praga den Ton angibt.

Die Organisation in unserm Bezirk befindet sich gegenwärtig in dem Übergangsstadium, von dem System der „Kokos“ zu dem System der organisatorischen „Kolos“, und sie ist noch nicht völlig auf den Weg der normalen Entwicklung gelangt. Die Zahl der „Vortragzirkel“ beträgt 60; sie zählen überwiegend 10 bis 20 Personen, manche bis 40. Die in den Zirkeln gehaltenen Vorträge haben zum Zweck die elementaren sozialistischen Kenntnisse und die Parteiaus-bildung. Der Kursus dauert einige Monate, die Versammlungen finden einmal in der Woche statt und dauern $1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ Stunde. Außer den Zirkeln haben wir noch 4 Agitatoren-schulen, die von mehr als 40 Genossen besucht werden. Eine von den Schulen ist die Zentralschule. Der Kursus besteht in 20 Vorträgen, die 2—3 Stunden dauern.

Außer den Zirkeln und den Schulen haben wir noch Fabrikorganisationen; die wöchentlich abgehaltenen Versammlungen sind gewidmet den laufenden Angelegenheiten, der Vorbereitung der Genossen auf den Kampf in dem gegenwärtigen Augenblick, der Vorbereitung auf die neuen Bedingungen des politischen Lebens, zugleich auch ihrer programmäßigen Ausbildung. Das Versammlungsprogramm setzt sich gewöhnlich aus zwei Teilen zusammen, aus theoretischen Besprechungen und aus Unterhaltungen über die laufenden Angelegenheiten.

*) Sozialdemokratie, welche im Weichselgebiete im Gegensatz steht zur P. P. S.

**) Nationaldemokratie.

Aus Nr. 96 des Robotnik (Warschau)
vom 18. Mai 1906:

Parteikonferenzen.

Die Bezirkskonferenz des Dabrowo'er Kohlenreviers hat am 8. April stattgefunden. An der Konferenz beteiligten sich 106 Delegierte, ein Mitglied des Zentral- Arbeiter-Komitees (C. K. K.) und ein Mitglied der Exekutive der Organisations- und Agitations-Abteilung. Die Tagesordnung der Konferenz war folgende:

1. Eröffnung der Konferenz.
2. Prüfung der Mandate.
3. Bericht über den Gantag.
4. Bericht über die Konferenz der D. A. K.-Abteilung und Diskussion hierüber.
5. Bericht des D. K. K. und Diskussion hierüber.
6. Wahlen.
7. Die Angelegenheit des Parteibeitrages.
8. Die Angelegenheit der Abteilung für Verteilung von Flug-schriften der neuen Papierabteilung (podziatu bibuły).
9. Rechenschaftsbericht über die Ausgaben der Bezirke.
10. Der Feiertag des 1. Mai.
11. Freie Anträge.

Der Berichterstatter des D. K. K. hob vor allem die Fehler bei der Arbeit hervor (Technik, jüdische Arbeit), die hervorgerufen seien durch die ungenügende Zahl entsprechender Kräfte. Gegenwärtig sind die erwähnten Abteilungen schon besetzt worden. Die Reorganisation wurde auf Grund des neuen Statuts einige Tage vor der Konferenz durchgeführt. Die Fortschritte in der Agitation sind sichtbar. Die Arbeit unter der Intelligenz ist erst im Anfangsstadium, zuletzt wurde eine Organisation unter der Schuljugend gebildet.

Wirtschaftliche Kämpfe gab es in den letzten Zeiten wegen der Stöckung in der Industrie fast garnicht; gegenwärtig ist diese Stöckung vorübergegangen und man muß die allergrößte Aufmerksamkeit darauf richten, daß man Fabrikkomitees auf entsprechende Weise errichtet.

Es wurde dann ein neuer D. K. K. gewählt.

In Sachen des Parteibeitrages wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Bezirkskonferenz des Dabrowo'er Kohlenreviers als autonome Institution für das Territorium des Bezirks beschließt, als Minimum die Summe von 20 Kopfen monatlich für den Parteibeitrag festzusetzen. Mit der Einziehung der Beiträge werden sich die Fabrik-, Kohlen-gruben- und Nachkomitees befassen.“

Aus Nr. 148 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 30. Mai 1906:

Die Notwendigkeit der Verteidigung.

Von einem unserer Mitbürger erhalten wir folgende Mitteilung:

Es ist unerhört! Jawohl, unerhört!

Es ist unwahrscheinlich, und dennoch wahr!

So redet man seit dem Überfall auf die Kasse der Industriellen, aber hiermit noch nicht genug.

Wir müssen uns offen eingestehen, daß wir uns in einem wilden Lande befinden, wo jeder selbst an seine Verteidigung denken muß, oder wir müssen uns sagen, daß sich die Leute in gewissen Gruppen vereinigen müssen, die zum Zwecke die Verteidigung, wenn auch nicht aller, so doch dieser Gruppen haben.

Die Diebe und Mörder organisieren sich, und im Gegensatz hierzu können sich jene nicht zur gemeinsamen Verteidigung organisieren, auf die die Diebe und Mörder vor allen Dingen lauern?

Der erste und der zweite Überfall trafen Unvorbereitete. Aber der zehnte oder zwanzigste Überfall muß einen organisierten Widerstand finden, der nicht nur den Raub von Schätzen zu verhüten im Stande ist, sondern der auch die Unmöglichkeit gewährleistet, jene zu ermorden, die zufällig sich in der Nähe der Koftbarkeiten befinden.

War denn eine so vermögende Institution, wie es die Kasse der Industriellen ist, nicht im Stande, jeden Beamten mit einem Revolver zu versehen, war sie nicht im Stande, anstelle eines unbewaffneten Portiers einige bewaffnete Leute aufzustellen, Alarmsignale einzurichten, die ganze Kassenabteilung durch eine Scheidewand abzusondern usw.?

Das, was schon in so vielen Finanzinstituten vorgekommen ist und was sich zuletzt in der Kasse der Industriellen ereignet hat, kann heute, morgen oder übermorgen in jedem andern Privatinstitut vorkommen. Und ist eins derselben auf einen räuberischen Überfall, wie es sich gehört, vorbereitet?

Meine Herren, — so könnte man zu den Vorstehern dieser Institute sagen — wenn ihr es nicht versteht, eure Schätze zu hüten, dann erleiden dadurch jene Verluste, die euch diese Schätze anvertraut haben; aber es ist euch nicht erlaubt, weder das Leben eurer Beamten, noch jener Personen, die in den von euch festgesetzten Geschäftsstunden eure Bureaus betreten, zu gefährden! . . .

Es können allerdings, auch trotz der schärfsten Vorsichtsmaßregeln, Unfälle eintreten, aber dann werden diese Fälle nicht so zahlreich und von so häßlichen Folgen begleitet sein, als wenn man überhaupt keine Vorsichtsmaßregeln trifft.

Wir haben uns an einen Schutz gewöhnt, der leider niemals ein Schutz war, der früher aber wenigstens einen Schein von Schutz bot, der jetzt aber nicht einmal mehr diesen Schein hat. Sollten wir uns also wie eine Hammelherde dem Terror der Mörder unterwerfen, der Mörder, die schließlich weder zahlreich noch stark sind und die nur infolge unserer Indolenz übermächtig geworden sind? —

Alle Finanzinstitute, alle Kassen müssen ihre Delegierten über Verteidigungsmittel nachdenken lassen, und sie müssen diese Mittel sofort zur Ausführung bringen.

So kann, so darf es nicht weitergehen!

Der polizeiliche und der militärische Schutz sichern, wie wir sehen, die Stadt nicht im geringsten gegen die ständig erfolgenden räuberischen und mörderischen Überfälle.

Seitdem der militärische Schutz die höchste Stufe erreicht hat, sind die zahlreichsten und frechsten Überfälle vorgekommen!!! . . .

Der letzte Überfall auf die Kasse der Industriellen mußte allen Leuten die Augen öffnen und sie zur Selbstverteidigung ermuntern.

Werden wir uns noch beklagen und warten, werden wir noch warten und uns beklagen? —

Saget mir doch, worauf wartet ihr noch, und bei wem wollt ihr euch beklagen? . . .

Ez.

Aus Nr. 148 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 30. Mai 1906:

Aus Lodz.

Heute früh 9 Uhr versammelten sich in der Fabrik von Adam Ostorf, Widzewskastraße Nr. 204, im Gs-

saale die Arbeiter der Fabrik, um über ihre Lage anlässlich der Unterbrechung der Arbeit am gestrigen Tage zu beraten und um sich mit dem Fabrikvorstand zu verständigen.

Während der Beratungen drangen einige Sozialisten ein, die von den Arbeitern wieder die Aufnahme der von ihnen vertriebenen Arbeiter forderten. Nachdem die Sozialisten diese Forderung gestellt hatten, warteten sie gar keine Antwort ab, sondern sie liefen schnell auf die Straße und begannen von dort aus mit Revolvern nach den Fenstern des Gsaaes zu schießen. Nachdem sie dreißig Schüsse abgegeben hatten, entflohen die Straßenräuber ungestraft. Die Kugeln hatten fast alle Fenster zertrümmert, ja sogar die Fensterrahmen zerschmetterte. Eine der Kugeln tötete einen Arbeiter unbekannten Namens, eine zweite verwundete den Arbeiter Janiak tödlich.

Außer diesem Gewaltakt vollführten die Sozialisten noch einen zweiten, ebenfalls heute früh, Ecke Lubelska- und Starozarzewskastraße. Hier überfielen Sozialisten einen Nationalisten unbekannten Namens und gaben auf ihn zehn Schüsse ab. Zweie von diesen verwundeten ihn tödlich im Unterleib und an der Hand. Der Verwundete wurde in völlig bewußtlosem Zustande nach dem Krankenhause geschafft.

Heute früh vertrieben die den äußersten Linksparteien angehörenden Arbeiter der Fabriken von Hugo Halsjohm und Gebrüder Magolow die nationalen Arbeiter aus den Werkstätten, und sie erlauben ihnen nicht, wieder zur Arbeit anzutreten.

Gestern nachmittags 4 Uhr versammelten sich in den Geschäftsräumen der Fabrik von Schmidt & Weichert an der Lipowastraße die Besitzer der Bandfabriken aus Lodz und Warschau, um mit den Arbeiterdelegierten aus diesen zwei Städten sich über den seit 5 Wochen in diesen Fabriken herrschenden Streik zu verständigen.

Da die Fabrikanten nach gegenseitiger Verständigung kategorisch erklärten, daß sie die Löhne nicht um 40 Prozent, wie dies die Delegierten verlangen, erhöhen könnten, daß sie gleichfalls nicht daran dächten, den Lohn für die 5 Wochen dauernde Streikzeit zu zahlen, verließen die Delegierten den Saal, schlossen in ihm alle Fabrikanten ein und erklärten, daß sie sie nicht eher herauslassen würden, als bis sie sich verpflichten würden, den Lohn auch für die Zeit des Streiks zu zahlen.

Erst nach fünfstündiger Haft, 11 Uhr nachts, gelang es den Fabrikanten, die Arbeiter zu bewegen, sie aus dem Saale herauszulassen, jedoch taten die Arbeiter dies unter der Bedingung, daß die Fabrikanten, wenn sie am nächsten Freitag nicht die Löhne für die Zeit des fünf Wochen währenden Streiks bezahlt haben würden, dem energischen Terror der sozialistischen Parteien anheimfallen würden.

Im heutigen Kurjer lodzki lesen wir:

Gestern erschien bei einem Lodz'er Arzt eine gewisse Kamilla G., ein Mädchen von 19 Jahren, in Begleitung von Fräulein R., der Wärterin eines der Lodz'er Krankenhäuser, forderte die Vornahme einer Untersuchung und die Ausstellung eines ärztlichen Zeugnisses über ihren Gesundheitszustand.

Aus leicht verständlichen Gründen müssen wir bei der Niederschrift dieser Worte verschiedene Absätze mildern, manche ganz fortlassen. Fräulein G. bekannte dem Arzte folgendes:

„Als ich mich im Kloster bei der Rozlowska in Plock befand, wurde mir fast täglich Gewalt angetan, ohne Rücksicht auf den von mir geleisteten Widerstand. Ich wollte aus dieser Hölle entfliehen, aber alle meine Bemühungen in dieser Hinsicht waren erfolglos. Das gleiche geschah mit den andern Schülerinnen und Nonnen. Schließlich nahm mich Komalski, der mich,

mit den größten Aufmerksamkeiten überschüttete, zu sich als Wirtin. Als mein Herr mich einmal allein ließ, benutzte ich diese Gelegenheit und entfloh nach Łódź zu meiner Bekannten, Fräulein R., da ich mich in meinem Zustande nicht vor meinen Eltern sehen lassen kann.“

Wie uns der Arzt informiert, befindet sich die G. in andern Umständen, und sie zeigt, unabhängig hiervon, die Kennzeichen einer schweren venerischen Erkrankung.

Aus Nr. 149 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 31. März 1906:

Politische Intrigen.

Seit dem Augenblick der Abfahrt unserer Abgeordneten nach Petersburg und seit dem Beginn der parlamentarischen Tätigkeit der Polenfraktion, erhält sich in weiteren Kreisen unserer Volksgesamtheit das Gerücht, daß innerhalb unseres Landes eine Fronde entstanden ist, die hinter den Kulissen die Arbeit der in der Duma befindlichen polnischen Vertreter vernichtet, daß gewisse Leute nach Petersburg fahren, um den Kadetten über den aristokratischen und reaktionären Charakter der Abgeordneten aus dem Königreiche die Augen zu öffnen; schließlich ist unter den Landbewohnern das tendenziöse beunruhigende Gerücht verbreitet, daß die Abgeordneten aus dem Volke, erkaufte von den Nationalisten, die Sache des Volkes zu verraten beabsichtigen.

Was an diesen Dingen wahr ist, wissen wir nicht, wir wollen uns auch nicht, ohne bestimmte Beweise in der Hand zu haben, mit den Anklagen des *Dzwon Polski* solidarisch erklären, mit den Anklagen, daß diese ganze ekelhafte und gefährliche Arbeit das Werk der fortschrittlichen Demokratie ist, die sich angeblich auf diese Weise für die Niederlage rächen will, die sie bei den Wahlen davongetragen hat, die dafür die Stellung der polnischen Fraktion erschüttern, sie in den Augen der Volksgesamtheit kompromittieren und sie zur Niederlegung der Mandate zwingen will. Wir sind sogar geneigt, anzunehmen, daß dieser Argwohn auf dem Boden der journalistischen Kampagne entstanden ist, den die fortschrittlich-demokratische Presse auf brutale und neidische Art und Weise gegen die Polenfraktion geführt hat und die sie unaufhörlich bei der ganzen Welt und besonders bei den Kadetten als eine Sammlung von Ignoranten und zurückgebliebenen Menschen denunziert. Es ist eine ganz natürliche Sache, daß, wenn eine Intrigue, die gegen die Polenfraktion gerichtet ist, gewittert wird, sich der Verdacht der Volksgesamtheit dorthin richten muß, von wo bisher die schärfsten und dem nationalen Interesse schädlichsten Angriffe auf unsere Abgeordneten gekommen sind, aber solange der *Dzwon Polski* keine Beweise dafür beibringen wird, daß seine Vorwürfe etwas mehr sind als Einbildungen und Gerüchte, solange werden wir uns auch eines jeden Angriffs auf die fortschrittlich-demokratische Partei enthalten. Denn diese Partei besitzt unter ihren Führern Leute, die die allgemeine Achtung verdienen und von denen man nur schwer voraussetzen kann, daß sie zu irgend welchen unehrenhaften Intrigen ihre Hand geboten haben.

Aber Tatsache bleibt Tatsache, und sie erfordert entschieden eine Aufklärung. In Petersburg ist ganz unerwartet eine geheimnisvolle Deputation von Männern aus dem Volke erschienen (aus den Gouvernements Warschau, Lublin und Siedlec), die sich weigert, klar zu sagen, zu welchem Zwecke sie erschienen ist, die aber durchschimmern läßt, daß sie entsandt

worden ist, um die polnischen Abgeordneten, die aus dem Volke hervorgegangen sind, zu überwachen. Diese rätselhaften Kontrolleure in Bauernkitteln wollen nicht sagen, von wem sie gesandt worden sind. Sie umgeben sich mit geheimnisvollem Schweigen, aber sie wiederholen, daß es unter den Polen überaus schlecht stehe, daß man den ländlichen Abgeordneten nicht traue und daß man den Leuten auf die Finger sehen müsse.

Das Gerücht von dieser rätselhaften Delegation mußte die Volksgesamtheit beunruhigen. Man kann nur schwer annehmen, daß die Leute aus den drei Gouvernements aus eigener Initiative eine Kommission zur Kontrolle der ländlichen Abgeordneten entsandt haben sollen, besonders da diese bis jetzt noch gar keine Gelegenheit gehabt hatten, irgendwie Stellung zur Landfrage zu nehmen. Und um diese handelt es sich ihnen doch hauptsächlich. Wäre es nun ein selbständiges Werk der Vorsicht der Leute gewesen, dann hätten diesem doch irgend welche Versammlungen, irgend welche Bauernberatungen in den drei Gouvernements des Königreiches vorangehen müssen. Bis jetzt ist niemandem von solchen Volksversammlungen etwas bekannt geworden, und deshalb kann man auch die Delegation unmöglich als die Frucht des gemeinsamen Beschlusses der Landbevölkerung des Warschauer, Siedlecer und Lubliner Gouvernements betrachten.

Weit wahrscheinlicher ist die Annahme, daß irgend eine hinter den Kulissen stehende Gruppe einige Leute gefunden hat, denen sie die polnische Fraktion als ein höchst reaktionäres Element geschildert hat, und die sie dann, vielleicht auf eigene Kosten, nach Petersburg geschickt hat, um dort in der polnischen Vertretung eine Spaltung zwischen den Abgeordneten aus dem Volke und den Abgeordneten aus der Intelligenz hervorzurufen, eventuell auch um nachher vor der russischen Volksgesamtheit, vor der Duma und vor den Kadetten behaupten zu können, daß die Polenfraktion nicht als der Ausdruck des nationalen Willens, insbesondere nicht als der Ausdruck des Volkswillens angesehen werden könne. Wer der rätselhafte Regisseur dieser Intrigue und politischen Fronde ist, wissen wir nicht. Der Argwohn, der sich auf das sozialistische Lager gerichtet hat, erscheint uns nicht berechtigt, denn es ist doch allgemein bekannt, daß diese Partei mit der ganzen parlamentarischen Arbeit ihren Spott treibt, daß sie die Wahlen boykottiert hat, daß sie sich nicht nach der Duma umsieht und daß sie das ganze Abgeordnetenwesen, das auf der Grundlage des von der Regierung diktierten Wahlreglements ruht, für einen Verrat an der Arbeiterfrage hält. Man kann also unmöglich annehmen, daß eine Partei, die der Duma gegenüber einen so rücksichtslos oppositionellen Standpunkt einnimmt, irgend eine Deputation zur Überwachung der ländlichen Abgeordneten entsenden sollte. Wer den ganzen gegenwärtigen Parlamentarismus für einen Unsinn hält und nur in der Revolution das Heil sieht, der wird sich nicht den Kopf mit kleinlichen Intrigen zerbrechen, um das Ansehen und die Bedeutung der polnischen Fraktion zu brechen.

Und dennoch existiert diese Delegation von Männern aus dem Volke, dennoch hat sie jemand nach Petersburg gesandt. Wir haben schon in der Einleitung gesagt, daß wir der fortschrittlichen Demokratie als Partei nicht zutrauen, daß sie an solche Arbeit mit Hand angelegt hat. Aber die Angelegenheit ist zu wichtig, um sie mit Protesten zu erledigen, sie ist zu wichtig, um sie als Bagatelle zu betrachten. Möglich ist es, daß die Veranlassung zu dieser Kontrolle Individuen bildet, die sich um die Sanktion der Partei nicht kümmern, sondern die auf eigene Faust das Volk regieren und Polizisten in Bauernkitteln ausenden, um die ländlichen Abgeordneten überwachen zu lassen.

Möglich ist es, daß hier der Wille einzelner Personen tätig ist, die fanatisiert und vom Haß gegen die Polenfraktion getrieben sind, und daß keine Partei als Partei etwas mit dieser Delegation zu schaffen hat. Wie die Sache sich auch immer verhalten mag, so ist es das Recht und die Pflicht der Volksversammlung, die Arrangeure dieser Intrigue zu demaskieren. Denn man kann in ihr die widerrwärtige Sucht, Unfrieden zu stiften, spüren, man kann die tendenziösen Absichten spüren, das Vertrauen des Volkes zu seinen Vertretern zu erschüttern, man kann die Absicht spüren, die polnische Vertretung zu spalten, die Abgeordneten im Bauernfittel mit den Abgeordneten im überrock in Zwiespalt zu bringen, die polnische Fraktion vor der Duma und der russischen Volksversammlung zu diskreditieren.

Dies ist ein Anschlag auf das Land und auf die Nation. Klagen wir nicht die Landleute an, daß

sie diese niederträchtige Arbeit übernommen haben, denn sie sind nur die Opfer des politischen Schwindels. Beschuldigen wir dagegen jene, die, den Mangel an Aufklärung im Volke ausnuzend, ein Häuflein des polnischen Landvolkes betört haben und dieses dann nach Petersburg sandten, um dort gleich bei Beginn der parlamentarischen Arbeit die Arbeit jener Leute lächerlich zu machen und zu vernichten, in deren Hände das Vaterland sein Schicksal gelegt hat, und die zweifellos ehrenhafter und überlegter die Interessen des polnischen Mannes wahrnehmen werden, als jene Clique der Doktrinäre — wie Krasinski sagt — die stets das „Volk“ rufen, niemals aber die „Nation“, die den Interessen des Volkes, seinen Entwicklungsbedingungen bei ihrer Lebensunflugheit die allerfatalsten Dienste leisten.

W. K.